

## ■ TROTZ WACHSTUMSSCHWÄCHE HOHES LEISTUNGSBILANZDEFIZIT

### ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IM JAHR 1996

*Die Konjunkturlaute in Westeuropa und Nachwirkungen von Wechselkursverschiebungen dämpften 1996 das Exportwachstum, die nunmehr entschieden betriebene Budgetkonsolidierung jenes der Inlandsnachfrage. Dennoch entwickelten sich sowohl der private Konsum als auch die Investitionen besser, als der allgemeinen Stimmungslage entsprochen hätte. Die hohe Importneigung spiegelt nicht nur die Nachwirkungen der Abwertungen in Konkurrenzländern in den letzten Jahren, sondern auch strukturbedingte Wettbewerbsschwächen im Inland wider, vor allem im Tourismus und anderen Dienstleistungssparten. Das Leistungsbilanzdefizit bleibt weiterhin hoch. Die Arbeitslosigkeit stieg vor allem zu Jahresbeginn, stabilisierte sich aber in der Folge.*

Österreichs Wirtschaft verharrte im vergangenen Jahr in einer Schwächephase. Der Ende 1993 in Gang gekommene Aufschwung war um die Jahresmitte 1995 überraschend ins Stocken geraten, Nachfrage und Produktion tendierten in der Folge abwärts. In den ersten Monaten des Jahres 1996 verstärkte der lange und ungewöhnlich kalte Winter den Abschwung, der damit seinen Tiefpunkt erreichte. Die witterungsbedingten Produktionsausfälle in Industrie und Bauwirtschaft konnten im Frühjahr wettgemacht werden, der Groß- und Einzelhandel profitierte von der regen Konsumnachfrage: Vor Inkrafttreten von Steuererhöhungen und anderen Maßnahmen des „Sparpakets“ zur Budgetkonsolidierung kauften viele Haushalte neue Fahrzeuge und andere langlebige Güter. Ab dem Sommer ließ der private Konsum erwartungsgemäß deutlich nach, doch belebte sich gegen Jahresende die Nachfrage aus dem Ausland. Insgesamt kam dennoch die Erholung der Konjunktur nur mühsam voran. Das Brutto-Inlandsprodukt stieg im Jahresdurchschnitt 1996 gegenüber dem Vorjahr real um knapp 1%, kaum halb so rasch wie im mittelfristigen Trend und auch im internationalen Vergleich relativ langsam.

### WECHSELKURSBEDINGTE UND TIEFERLIEGENDE WETTBEWERBSPROBLEME

Für die Wachstumsschwäche waren mehrere Umstände maßgebend:

- Erstens spiegelte sie Stagnationstendenzen im internationalen Umfeld wider. In Westeuropa waren seit Mitte 1995 gleichfalls die Auftriebskräfte der

Entstehung des realen Brutto-Inlandsproduktes

	1992	1993	1994	1995	1996
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Land- und Forstwirtschaft	-3.1	-0.2	+2.8	-3.0	+1.0
Sachgüterproduktion und Bergbau	+0.1	-3.2	+4.0	+3.5	+1.1
Industrie und Bergbau	-0.1	-3.7	+4.1	+3.7	+1.0
Gewerbe	+0.8	-1.5	+3.7	+2.7	+1.3
Energie- und Wasserversorgung	+3.9	+3.4	-0.6	+4.8	+0.7
Bauwesen	+5.5	+5.4	+5.6	-0.7	-0.5
Handel <sup>1)</sup>	+1.7	-0.7	+1.9	+0.2	-0.0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+4.9	+1.8	+5.2	+2.9	+2.0
Vermögensverwaltung <sup>2)</sup>	+3.7	+2.8	+1.6	+2.6	+2.9
Sonstige private Dienste <sup>3)</sup>	+1.7	+3.5	+1.6	+1.9	+1.4
Öffentlicher Dienst	+2.5	+2.6	+2.0	+0.8	+0.4
Rahwertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	+2.0	+0.5	+2.9	+1.8	+1.0
Brutto-Inlandsprodukt	+2.0	+0.4	+3.0	+1.8	+1.0
Ohne Land- und Forstwirtschaft	+2.2	+0.4	+3.1	+2.0	+1.0

<sup>1)</sup> Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen. - <sup>2)</sup> Banken und Versicherungen. Realitätenwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsdienste. - <sup>3)</sup> Sonstige Dienste, private Dienste ohne Erwerbscharakter und häusliche Dienste.

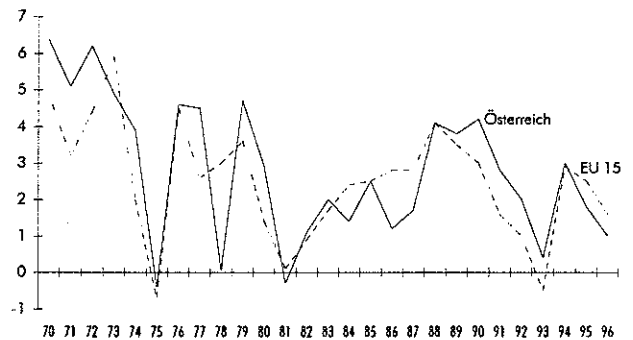
Konjunktur erlahmt – eine Folge des über ein Jahr währenden Zinsauftriebs und des gleichzeitigen Einschwenkens der Fiskalpolitik auf einen deutlich restriktiven Kurs. In vielen Ländern hatten sich über Jahre zu hohe Budgetdefizite aufgebaut, zudem übten die Bedingungen für den Eintritt in die geplante Europäische Währungsunion („Maastricht-Kriterien“) Druck auf die Regierungen aus, entschiedene Maßnahmen zur Konsolidierung zu setzen. So notwendig diese waren, wirkten sie aber kurzfristig jeweils dämpfend auf die Inlandsnachfrage und verstärkten einander hierin im internationalen Verbund Österreich als kleines, stark exportorientiertes Land konnte sich diesem Einfluß nicht entziehen

*Mit dem Bundeshaushalt 1996/97 kam die Budgetkonsolidierung im Hinblick auf die Maastricht-Kriterien einen entscheidenden Schritt voran.*

- Zweitens belasteten die umfangreichen Wechselkursverschiebungen des Frühjahrs 1995 in der Folge die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Abwertung der italienischen Lira traf österreichische Anbieter auf ihrem zweitwichtigsten Auslandsmarkt, der Wertverlust des Dollars wirkte sich nicht nur auf die Ausfuhr in die USA, sondern auch auf Drittmärkten negativ aus. Im Jahresdurchschnitt 1995 stieg der nominell-effektive Wechselkurs des Schillings um fast 4%; das beeinträchtigte die Exportchancen erst im folgenden Jahr in vollem Umfang, wenngleich mittlerweile auf den Devisenmärkten eine markante Korrektur erfolgt war.
- Drittens erwies sich auch in Österreich ein Abbau der überhöhten Budgetdefizite als unumgänglich und dringend. Nach vorgezogenen Neuwahlen einigten sich die Partner der neuen Koalitionsregierung im Frühjahr 1996 auf ein umfassendes Programm zur

Konjunkturzyklen

Reales Brutto-Inlandsprodukt, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Budgetkonsolidierung 1996/97, das sowohl Einsparungen als auch Steuererhöhungen umfaßt. Sie hatten zur Folge, daß das verfügbare Realeinkommen der Haushalte im Jahr 1996 nahezu stagnierte.

- Schließlich hatten einzelne Wirtschaftsbereiche mit spezifischen Struktur- und Anpassungsproblemen zu kämpfen. Viele Dienstleistungsbranchen waren bis zur EWR-Teilnahme und zum EU-Beitritt Österreichs von ausländischer Konkurrenz weitgehend abgeschirmt. Integration und Marktöffnung setzen sie nun unter erheblichen Wettbewerbsdruck und zwingen zu Kostensenkung, Rationalisierung und zur besseren Nutzung von Produktivitätsreserven. Dies gilt für den Handel ebenso wie für Banken und Versicherungen, letztlich selbst für die öffentliche Verwaltung. Ähnlich macht seit der Ostöffnung rohstoff- und lohnintensiven Gewerbe- und Industriezweigen Billigkonkurrenz zu schaffen. Die inländische Bautätigkeit leidet nach jahrelangem Boom nun unter Überkapazitäten, die Tourismuswirtschaft einerseits unter dem Preisverfall für Flugpauschalreisen, andererseits unter einem Wandel der Kundenwünsche, dem sie nur teilweise Rechnung tragen kann.

**ROBUSTER WARENEXPORT**

Angesichts der schwierigen Umstände – schwache Auslandskonjunktur und Auftrieb des effektiven Schillingkurses – erwies sich der Warenexport als erstaunlich robust. Im Jahresdurchschnitt stieg er preisbereinigt wohl schwächer als 1995 – unter dem unmittelbaren Eindruck des EU-Beitritts –, immerhin aber um rund 5½%. Österreichische Anbieter konnten damit global Marktanteile gewinnen. Der internationale Handel, angeregt auch durch den erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde des GATT, expandierte neuerlich merklich rascher als die Produktion; Integrationseffekte im europäischen Binnenmarkt dürften sich für Österreich weiter günstig ausgewirkt haben. Anders als bisher eher geschützte Sektoren erwies sich die exportorientierte Industrie als

*Verwendung des nominellen verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens*

	1996 Mrd S	1996 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Brutto-Inlandsprodukt	2 416,0	+27
Minus Exporte i w S <sup>1)</sup>	937,7	+57
Plus Importe i w S <sup>2)</sup>	967,2	+62
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	2 445,5	+29
Privater Konsum	1 345,6	+35
Öffentlicher Konsum	454,3	+23
Brutto-Anlageinvestitionen	597,2	+2,6
Ausrüstungen	225,3	+4,4
Bauten	334,7	+1,4
Mehrwertsteuer für Investitionen	37,2	
Lagerveränderung und Statistische Differenz	48,3	

<sup>1)</sup> Ohne Transitverkehr (einschließlich Transitsaldol) – <sup>2)</sup> Ohne Transitverkehr

durchaus wettbewerbsfähig; sie hatte in langen Jahren gelernt, den hohen Anforderungen der harten Währung zu entsprechen. So fing sie den starken Preisdruck teils in knapperen Ertragsmargen, vor allem aber durch geringere Lohnkosten und Rationalisierung ab. Zudem tätigten die Unternehmen umfangreiche Investitionen zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf längere Sicht.

Dagegen konnte die Tourismuswirtschaft fehlender Nachfrage und Preisdruck kaum durch Rationalisierung begegnen. Viele Betriebe leiden unter akuter Ertragschwäche, sie engt die Finanzierungsbasis für Investitionen ein. Eine wichtige Ursache für die Krise sind geänderte Kundenwünsche, denen die heimischen Anbieter selbst durch die Verbesserung ihrer Leistungen nur zum Teil Rechnung tragen können. Stärker noch als durch das Ausbleiben ausländischer Gäste wurde die Bilanz durch den Umstand belastet, daß die Österreicher ihre Reiseziele immer häufiger ins Ausland verlagern.

**TRÜBE STIMMUNG BEEINTRÄCHTIG PRIVATE AUSGABENNEIGUNG KAUM**

Schleppendes Wirtschaftswachstum, budgetäre Sparmaßnahmen und verstärkter Konkurrenzdruck engen den Spielraum für Einkommen und Beschäftigungschancen ein und trüben die Erwartungen von Konsumenten und Investoren. Unter diesen Bedingungen erwies sich 1996 die private Nachfrage als erstaunlich robust. Die Haushalte waren bereit, zusätzlichen Konsumbedarf auf Kosten des Sparens zu decken. Im Gegensatz zu in Umfragen vielfach geäußertem Pessimismus war „Angstsparen“ als generelles Phänomen nicht festzustellen. Vielmehr sank die private Sparquote erheblich (von 13½% auf 12¼% des verfügbaren Einkommens). Auch die Unternehmen steigerten ihre Ausgaben für Investitionen kräftig, obwohl sie ihre Auftragslage und Kapazitätsauslastung überwiegend als unbefriedigend einstuften. Für Maschinen und Ausrüstungen gaben sie real um insgesamt 4% mehr aus als 1995, die Industriebe-

*Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, real*

	1992	1993	1994	1995	1996
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Privater Konsum	+ 2,8	+ 0,7	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,5
Öffentlicher Konsum	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,3
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 1,7	- 1,6	+ 6,8	+ 2,3	+ 1,4
Ausrüstungen netto <sup>1)</sup>	- 3,6	- 8,2	+ 8,8	+ 6,1	+ 4,0
Bauten netto <sup>1)</sup>	+ 5,8	+ 2,9	+ 5,6	- 0,2	- 0,5
Inländische Endnachfrage	+ 2,4	+ 0,5	+ 3,6	+ 2,0	+ 1,3
Lagerbildung	(A) - 0,1	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,8	- 0,1
	(B) (8,7)	(12,6)	(27,2)	(40,4)	(39,4)
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 2,3	+ 0,7	+ 4,5	+ 2,8	+ 1,2
Exporte i w S	+ 1,2	- 1,6	+ 5,2	+ 5,4	+ 5,3
Importe i w S	+ 1,8	- 0,7	+ 8,2	+ 7,3	+ 5,4
Außenbeitrag	(A) - 0,3	- 0,4	- 1,5	- 1,1	- 0,3
Brutto-Inlandsprodukt	+ 2,0	+ 0,4	+ 3,0	+ 1,8	+ 1,0

(A) Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten  
(B) Mrd S zu Preisen von 1983 – <sup>1)</sup> Ohne Mehrwertsteuer

triebe erhöhten ihre Investitionen sogar weitaus stärker. Rationalisierung und Modernisierung erwiesen sich unter den geänderten Rahmenbedingungen vielfach als zwingendes Investitionsmotiv, die generell gute Ertragslage und sinkende Zinsen boten günstige Finanzierungsbedingungen.

**ARBEITSPLATZABBAU DURCH FRÜHPENSIONIERUNGEN GEMILDERT**

Auf dem Arbeitsmarkt verschärfte sich der Angebotsüberhang. Industrie und Gewerbe reagierten auf die Konjunkturverschlechterung rascher als in der Vergangenheit mit Personalabbau. Unter nunmehr schärferen Wettbewerbsbedingungen stellte auch der Dienstleistungssektor per Saldo kaum zusätzliche Arbeitskräfte ein. Vielfach wurden Personalstandskürzungen durch die Inanspruchnahme von Frühpensionen erleichtert – der Andrang zu den Frühpensionen verstärkte sich auch im Hinblick auf bevorstehende Leistungskürzungen erheblich. Bei einem Rückgang der Zahl der unselbständig Beschäftigten um rund 20.900 im Jahresdurchschnitt 1996 stieg dennoch registrierte Arbeitslosigkeit um 14.800. Mit der Erholung der Konjunktur kam gegen Jahresende die Verschlechterung des Arbeitsmarkts zum Stillstand. Im internationalen Vergleich ist die Arbeitslosenquote in Österreich mit rund 4% weiterhin niedrig.

**INFLATION AUCH NACH AUSLAUFEN DES EU-BEITRITTEFFEKTS NIEDRIG**

Der Preisauftrieb verlangsamte sich 1996 neuerlich, die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 1,9%. Schwache Nachfrage und schärferer Wettbewerb erschwerten es, Preiserhöhungen durchzusetzen; der Lohnauftrieb ließ unter dem Eindruck steigender Arbeitslosigkeit nach. Auswirkungen des EU-Beitritts spiegelten sich in nahezu unveränderten

Das Volkseinkommen und seine Verteilung 1996

	Zu laufenden Preisen Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Brutto-Inlandsprodukt	2.416,0	+2,7
Faktoreinkommen aus dem/an das Ausland	- 7,6	.
Brutto-Nationalprodukt	2.408,3	+2,7
Minus Abschreibungen	324,7	+5,8
Netto-Nationalprodukt	2.083,6	+2,2
Minus indirekte Steuern	352,7	+5,7
Minus indirekte Steuern an die EG	19,8	+8,2
Plus Subventionen	66,3	+5,4
Volkseinkommen	1.777,4	+1,6
Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit	1.244,2	+1,4
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung und unverteilter Gewinne der Kapitalgesellschaften	637,7	+3,7
Einkünfte des Staates aus Besitz und Unternehmung abzüglich Zinsen für die Staatsschuld und Konsumentenschulden	- 104,6	

Preisen von Nahrungsmitteln und Industriewaren kräftig blieb die Teuerung dagegen im Bereich der Wohnungs- und Energiekosten, teilweise auch der öffentlichen Tarife und Gebühren

**NOCH KEINE TRENDUMKEHR ZUR VERBESSERUNG DER LEISTUNGSBILANZ**

Entgegen den Erwartungen besserte sich Österreichs Leistungsbilanz trotz nachlassender Inlandskonjunktur kaum. Zwar verringerte sich das Defizit von 47 Mrd. S im Jahr 1995 auf 42½ Mrd. S, blieb aber gemessen am BIP mit 1,8% hoch. Zudem sank der Abgang fast ausschließlich aufgrund deutlich niedrigerer Nettozahlungen zum EU-Haushalt, die die Transferbilanz entlasteten. Hingegen verschlechterte sich sowohl die Bilanz im Warenhandel als auch – und vor allem – im Reiseverkehr. Die Nettoeinnahmen aus dem grenzüberschreitenden Tourismus (1996 rund 23 Mrd. S) sind binnen weniger Jahre auf weniger als ein Drittel gesunken. Das hohe außenwirtschaftliche Ungleichgewicht spiegelt – neben kurzfristigen Effekten wie jenen aus der effektiven Höherbewertung des Schillings – strukturbedingte Wettbewerbschwächen wider. Die ungebrochen hohe Investitionsneigung im Inland läßt auf mittlere Sicht eine Steigerung der Wettbewerbs- und Exportkraft erhoffen, auch wenn sie unmittelbar die Bilanz – über höhere Importe – belastet.

**WIRTSCHAFTSPOLITIK VOR GRÖßEREN HERAUSFORDERUNGEN BEI GERINGEREM HANDLUNGSSPIELRAUM**

Die Wirtschaftspolitik wurde durch die schwache Konjunktur und die neuen externen Rahmenbedingungen vor schwierige Aufgaben gestellt. Einerseits erforderte die nachlassende Nachfrage aus dem In- und Ausland konjunkturstützende Impulse der öffentlichen Haushalte, zumindest über die Wirkung der automatischen Stabilisatoren, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit einzudäm-

Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1992	1993	1994	1995	1996	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Arbeitsmarktangebot</i>						
Erwerbspersonen <sup>1)</sup>	+ 0,7	+ 0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	
Angebot an Unselbständigen <sup>2)</sup>	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	
Arbeitslosenquote	in %	5,9	6,8	6,5	6,6	7,0
<i>Arbeitsmarktnachfrage</i>						
Erwerbstätige <sup>3)</sup>	+ 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,3	- 0,7	
Unselbständig Beschäftigte lohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld <sup>4)</sup>	+ 0,8	- 0,3	+ 0,5	+ 0,0	- 0,6	
Industriebeschäftigte	- 3,5	- 6,5	- 3,6	- 1,0	- 3,5	
Ausländische Arbeitskräfte	+ 2,8	+ 1,3	+ 4,9	+ 3,2	+ 0,0	
Geleistete Arbeitszeit in der Industrie	+ 0,1	- 0,2	+ 1,2	- 0,6	± 0,0	
Erwerbsquote (bruttal) <sup>5)</sup>	in %	46,1	45,9	45,7	45,4	45,2
Erwerbsquote <sup>6)</sup>	in %	68,3	68,0	67,8	67,5	67,1
<i>Arbeitsstückkosten</i>						
Gesamtwirtschaft <sup>7)</sup>	+ 4,5	+ 3,8	+ 0,5	+ 1,9	+ 0,4	
Industrie	+ 3,8	+ 0,9	- 3,6	- 0,6	- 1,0	
<i>Arbeitsproduktivität</i>						
BIP je Erwerbstätigen	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,6	
Industrieproduktion je Industriebeschäftigten	+ 2,5	+ 4,3	+ 8,9	+ 6,1		

<sup>1)</sup> Unselbständige lohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld + Selbständige + Arbeitslose. – <sup>2)</sup> Unselbständige lohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld + Arbeitslose. – <sup>3)</sup> Selbständige + Unselbständige (laut Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). – <sup>4)</sup> Unselbständige + Selbständige + Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung. – <sup>5)</sup> Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen. – <sup>6)</sup> Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit in % des BIP, real

men. Hohe Budgetdefizite, die in den letzten Jahren die entsprechenden Zielgrößen deutlich überschritten hatten, ließen hierfür jedoch keinen Spielraum. Andererseits erforderte der schärfere Wettbewerbsdruck von außen eine Beschleunigung institutioneller Reformen und Maßnahmen zur Deregulierung verschiedener Wirtschaftsbereiche, die vielfach auf Widerstand der Betroffenen stießen, zumal bei labiler Einkommens- und Arbeitsmarktlage. Daß durch Integration und internationale Öffnung der Aktionsradius der nationalen Wirtschaftspolitik erheblich eingeschränkt ist, rückte generell stärker ins Bewußtsein.

Orientierungspunkt der Geldpolitik blieb das Wechselkursziel, also die enge Bindung des Schillings an die DM. Sie hat durch friktionsfreie Praxis über viele Jahre auf den Finanzmärkten hohe Glaubwürdigkeit erlangt, die auch durch die politischen Differenzen des Jahres 1995 um den Konsolidierungskurs nicht erschüttert werden konnte. In enger Absprache mit den Notenbanken anderer Hartwährungsländer senkte die OeNB in mehreren kleinen Schritten die Leitzinsen. Die marktbestimmten Zinssätze gaben im kurzfristigen wie im langfristigen Bereich im Jahresdurchschnitt 1996 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 1 Prozentpunkt nach (im Jahresverlauf um rund ½ Prozentpunkt) und wichen jeweils kaum von jenen in Deutschland ab. Auf den Devisenmärkten herrschte seit den Turbulenzen vom März 1995 – als im Gefolge der Krise des mexikanischen Peso der Dollar in eine Schwächephase geraten war und die italienische Lira sowie die iberischen Währungen hatten abwerten müssen – relative Ruhe; die Aufwärtstendenz des effektiven Wechselkurses des Schillings erreichte schon bald nach dieser Zäsur ihren Höhepunkt und kehrte sich allmählich in die Gegenrichtung. Im Durchschnitt 1996 gab

**Außenhandel, Zahlungsbilanz**

	1992	1993	1994	1995	1996	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Exporte Waren						
Nominell	+ 1,8	- 4,2	+ 9,7	+ 9,4	+ 5,3	
Real	+ 2,6	- 3,4	+ 8,7	+ 8,3	+ 5,4	
Importe Waren						
Nominell	+ 0,3	- 4,9	+ 11,3	+ 7,6	+ 5,2	
Real	+ 1,2	- 4,4	+ 10,3	+ 7,1	+ 5,1	
Terms of Trade	+ 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,5	- 0,3	
Handelsbilanz	Mrd. S	-106,4	- 97,7	-116,4	-116,1	-122,0
In % des BIP		- 5,2	- 4,6	- 5,1	- 4,9	- 5,0
Leistungsbilanz <sup>1)</sup>	Mrd. S	- 1,6	- 8,2	-20,6	- 47,0	- 42,4
In % des BIP		- 0,1	- 0,4	- 0,9	- 2,0	- 1,8

Q: OeNB, WIFO-Berechnungen 1995 und 1996; Schätzung des WIFO - <sup>1)</sup> laut OeNB; 1996: vorläufig revidierte Werte

der Schillingkurs nominell-effektiv um 1½% nach, in realer Rechnung (dank weiterhin überdurchschnittlich hoher Preisstabilität in Österreich) um 2%. Nach dem Sommer beschleunigte sich die Abwärtstendenz mit dem Aufschwung des Dollarkurses und der Rückkehr der italienischen Lira in den Wechselkursmechanismus des EWU.

**FORTSCHRITT DER BUDGETKONSOLIDIERUNG**

In der Budgetpolitik gelang nach den vorgezogenen Wahlen zum Nationalrat vom Dezember 1995 der zuvor vergeblich angestrebte Kurswechsel in Richtung Konsolidierung. Die mittlerweile weithin anerkannte Notwendigkeit hiezu ergab sich einerseits aus großen Abweichungen von budgetpolitischen Vorgaben in den letzten Jahren, die den Zinsen- und Schuldendienst zu Lasten der eigentlichen öffentlichen Aufgaben stark anschwellen ließen, andererseits aus den Implikationen der Wechselkursbindung an die DM und schließlich aus den Verpflichtungen des Maastricht-Vertrags. Insbesondere die darin festgelegte Bedingung für die Teilnahme an der Kerngruppe der Europäischen Währungsunion, das Defizit der öffentlichen Haushalte bis zum Jahr 1997 auf 3% des BIP zu limitieren, setzte die Sanierungsbemühungen in Österreich unter großen Zeitdruck. Im Februar 1996 einigten sich die Koalitionspartner auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket, das in den Jahren 1996 und 1997 die Ausgaben des Bundes um rund 62 Mrd. S entlasten und zusätzliche Einnahmen von knapp 47 Mrd. S (wovon 12 Mrd. S den Ländern und Gemeinden zufließen) erschließen sollte. Für den Bund wurde erstmals ein gemeinsamer Haushalt für zwei Jahre beschlossen, auch die nachgeordneten Gebietskörperschaften wurden in die Konsolidierungsstrategie eingebunden. Erste Maßnahmen aus dem „Paket“ traten im Frühjahr 1996 in Kraft, der überwiegende Teil der effektiven Anhebung der direkten Steuern allerdings erst mit Jahresbeginn 1997. Tatsächlich gelang es erstmals seit langer Zeit, das Defizit im Bundeshaushalt erheblich zu senken, und zwar von knapp 118 Mrd. S im Jahr 1995 auf unter 90 Mrd. S. Einschließlich der Haus-

**Preise und Einkommen**

	1992	1993	1994	1995	1996	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Verbraucherpreise	+ 4,1	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,2	+ 1,9	
Deflator des Brutto-Inlandsproduktes	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,1	+ 1,7	
Exportpreise Waren	- 0,8	- 0,8	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	
Importpreise Waren	- 0,9	- 0,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1	
Erzeugerpreise Industrie	+ 1,4	- 1,8	+ 0,7	+ 1,3	.	
Weltmarktrohstoffpreise (Schillingbasis) <sup>1)</sup>	- 6,8	- 4,6	+ 0,5	- 2,8	+11,8	
Terms of Trade						
Waren und Dienstleistungen	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,3	
Waren	+ 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,5	- 0,3	
Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme <sup>2)</sup> in der Gesamtwirtschaft	+ 6,4	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,8	+ 1,3	
Je Beschäftigten	+ 5,6	+ 4,2	+ 3,1	+ 3,8	+ 1,9	
Verfügbares persönliches Einkommen	+ 4,9	+ 3,7	+ 7,3	+ 4,0	+ 2,2	
Sparquote <sup>3)</sup>	in %	12,6	12,2	13,6	13,4	12,3

<sup>1)</sup> HWWA-Index. - <sup>2)</sup> Ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. - <sup>3)</sup> Sparen (verfügbares persönliches Einkommen minus privater Konsum) in % des verfügbaren persönlichen Einkommens

halte von Ländern und Gemeinden verringerte sich die – für das Maastricht-Kriterium relevante – Defizitquote von fast 6% im Jahr 1995 auf 4½% des BIP, womit die kurzfristige Sanierungsaufgabe plangemäß etwa zur Hälfte bewältigt werden konnte.

**ENGE GRENZEN FÜR LOHNPOLITIK**

Wenig Spielraum hatte auch die Lohn- und Einkommenspolitik. In den exportorientierten Wirtschaftszweigen ließen Nachfrage und Produktion als Folge der Konjunkturschwäche in Westeuropa und vorhergegangener Wechselkurssturbulenzen empfindlich nach; Tourismus und Bauwirtschaft hatten mit Strukturproblemen zu kämpfen; in bisher geschützten Sektoren intensivierten sich durch die EU-Integration der Wettbewerb; der öffentliche Dienst stand unter dem Druck der dringlichen Konsolidierung. Unter diesen Bedingungen drohten höhere Lohnkosten in forcierte Rationalisierung und verstärkten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu münden. Zurückhaltung in den Tarifabschlüssen und kaum nennenswerte Drift in den Effektivverdiensten ließen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt 1996 um 2% steigen (nach + 3¼% im Vorjahr). Stärker dämpfend wirkte das „Sparpaket“, vor allem die Kürzung von Sozialtransfers, die in der Vergangenheit in Jahren mäßiger Lohnentwicklung die Massenkaukraft gestärkt hatten. Das real verfügbare Einkommen der Haushalte erhöhte sich kaum (+ 0,2%)

Bei geringem Lohnauftrieb verbesserte sich Österreichs internationale Wettbewerbsfähigkeit leicht, soweit sie durch die Arbeitskosten bestimmt wird. Zwar verlangsamte sich auch der Produktivitätsfortschritt, wie stets bei nachlassender Konjunktur; mit einer Steigerung des BIP je Erwerbstätigen um 1½% blieb er dennoch vergleichsweise kräftig: Der wachsende Rationalisierungsdruck zwingt zu kurzfristiger Anpassung der Personalkapazität an die Auftragslage und läßt kaum Spielraum für zyklische Auslastungsschwankungen. Die Lohnstückkosten stiegen in der Gesamtwirtschaft mit + 0,4%

langsamer als im Vorjahr, in der Industrie mit ihrem relativ großen Rationalisierungspotential gaben sie wie in den zwei Jahren zuvor nach (-1%). Vor allem aber begünstigte die Wechselkursentwicklung die internationale Wettbewerbsposition: Die Lohnstückkosten sanken in einheitlicher Währung gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner um fast 3% (gegenüber Deutschland um 0,6%)

Statistik: Christine Kaufmann

## ZINSKONVERGENZ IN EUROPA UND DOLLARAUFWERTUNG PRÄGEN FINANZMARKTGESCHEHEN

Die Entwicklung auf den europäischen Rentenmärkten war 1996 hauptsächlich von der starken Konvergenz langfristiger Zinssätze geprägt – die Zinsdifferenz zu Deutschland verringerte sich in den meisten europäischen Ländern stark. Ursachen dieser Entwicklung waren hohe Preisstabilität, niedrige Inflationserwartungen und die positiven Markterwartungen über das Zustandekommen der Europäischen Währungsunion. In den USA haben die langfristigen Zinssätze seit Anfang 1996 steigende Tendenz, seit dem II. Quartal sind sie höher als in Deutschland.

Seit Herbst 1996 nehmen Finnland (14. Oktober) erstmals und Italien (25. November) wieder am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems teil. Die zentralen Paritäten wurden mit 5,8424 FIM je ECU bzw. 1.906,48 LIT je ECU festgelegt

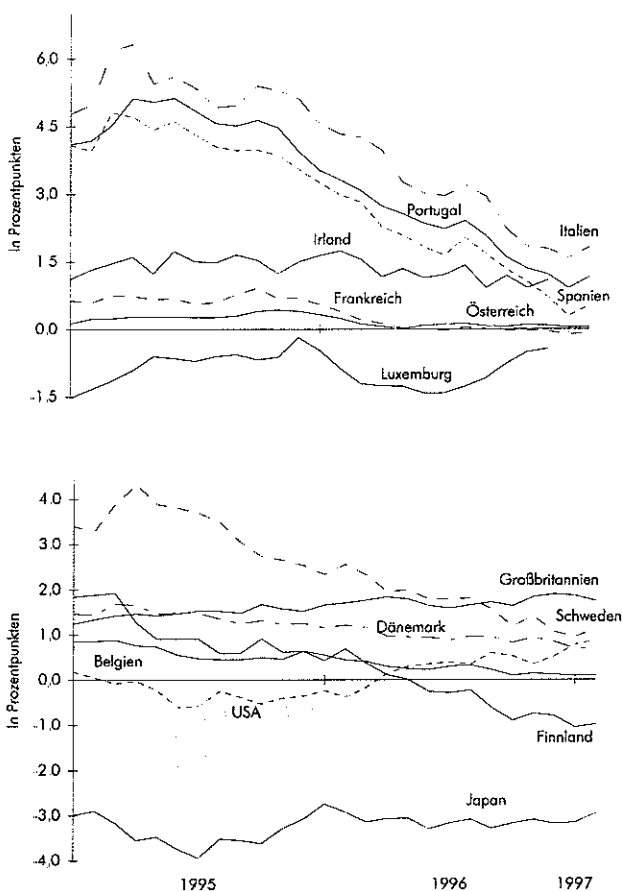
Die europäische Geldpolitik war aufgrund der anhaltend schwachen Konjunktur in Europa und Japan und der allgemein niedrigen Inflation auf eine weitere Senkung der von den Notenbanken kontrollierten Zinssätze ausgerichtet.

### ERSTMALS SEIT 1991 REAL-EFFEKTIVE ABWERTUNG DES SCHILLINGS

Verglichen mit den letzten Jahren entwickelten sich die internationalen Devisenmärkte 1996 ruhig. Die seit Mitte 1995 beobachtete Stärkung des Dollars hielt an. Seit April 1995 (dem Tiefststand in der Nachkriegsgeschichte) gewann der Dollar gegenüber dem Schilling mehr als 21% an Wert (von 9,71 S auf 11,79 S im Februar 1997). Im selben Zeitraum wertete die italienische Lira von ihrem ebenfalls im April 1995 erreichten Tiefstwert um über 25% auf. Das britische Pfund verzeichnete zwischen November 1995 und Februar 1997 eine Wertsteigerung gegenüber dem Schilling von fast 23%

Im Jahresdurchschnitt 1996 wertete der Schilling gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner ab (schwedische Krone +11,6%, italienische Lira +10,8%, Dollar +5,0%) Diesen Abwertungseffekten stand eine

Zinssatzdifferenzen zu Deutschland für langfristige Staatsanleihen

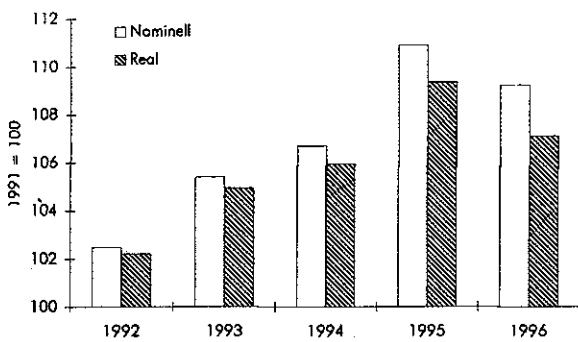
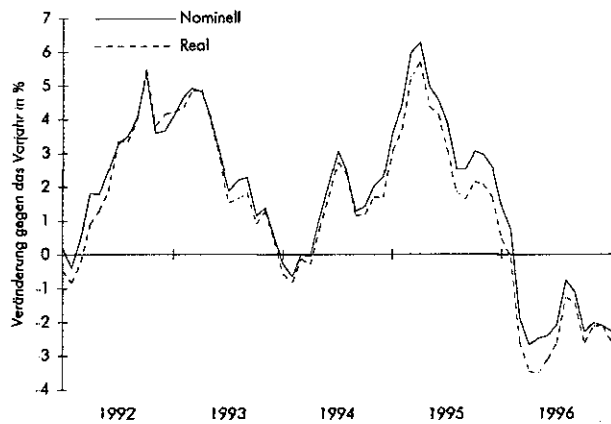


effektive Aufwertung des Schillings gegenüber dem japanischen Yen (-9,6%) und der türkischen Lira (-39,8%) gegenüber. Im effektiven Wechselkursindex spiegeln sich die bilateralen Kursänderungen als nominell-effektive (-1,5%) bzw. real-effektive Abwertung (-2,1%). Der Unterschied zwischen nominell- und real-effektivem Wechselkurs ist hauptsächlich auf die relative höhere Inflation in Italien und der Türkei zurückzuführen; abgeschwächt wird dieser Effekt durch den Inflationsvorsprung Österreichs gegenüber Deutschland. Die kumulierte Aufwertungstendenz des österreichischen Schillings ist damit aber nur teilweise korrigiert. Der Schilling war 1996 um 9,3% (nominell) bzw. 7,1% (real) höher bewertet als 1991.

### GELDMARKT: ENTSPANNTE LIQUIDITÄTSSITUATION

Die Deutsche Bundesbank setzte 1995 und 1996 vier Zinssenkungsschritte im Ausmaß von insgesamt 2 Prozentpunkten. Der Diskontsatz lag mit 2,5% auf dem niedrigsten Niveau der Nachkriegsgeschichte. Diese Zinsänderungen wurden von der OeNB jeweils nachvollzogen, und der österreichische Diskontsatz beträgt nun ebenfalls 2,5%. Der GOMEX-Satz wurde in den letzten 12 Monaten in drei Schritten um insgesamt 0,35 Prozentpunkte auf 3,4% – das seit Bestehen dieses

Effektiver Wechselkurs des Schillings

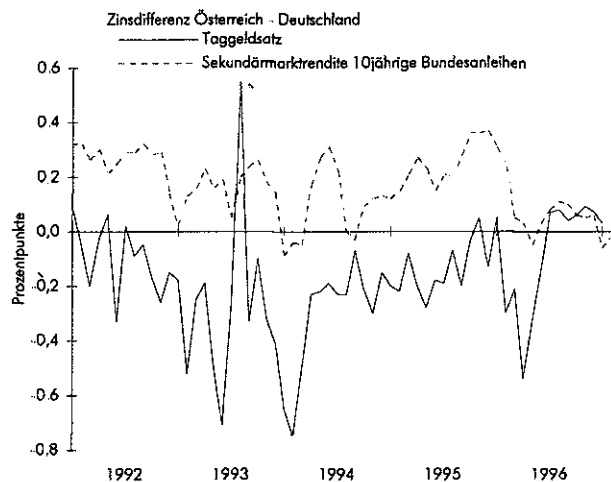
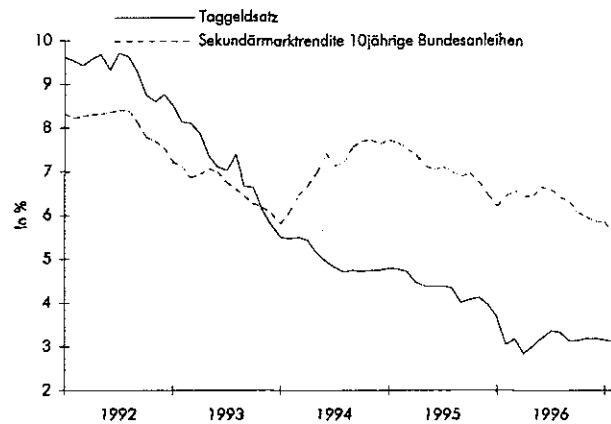


Refinanzierungsinstruments niedrigste Niveau – gesenkt Der Zugang zur Lombardfazilität ist seit Anfang 1996 „offen“, d. h. der individuelle Lombardkreditrahmen wurde abgeschafft, und Kreditinstitute können ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf ohne Einschränkung decken<sup>1)</sup> Der Lombardsatz von 4,75% – er wurde zuletzt im April 1996 um ½ Prozentpunkt auf dieses Niveau gesenkt – bildet nun die Zinsobergrenze auf dem Geldmarkt. Nachdem der Tendersatz im Dezember 1995 unter den GOMEX-Satz gesenkt worden war, verlor das GOMEX-Geschäft seine Bedeutung als Hauptrefinanzierungsinstrument an die Liquiditätsbereitstellung in Form des Tendersverfahrens. Diese Verlagerung in der Offenmarktpolitik soll dem österreichischen Bankensystem die Möglichkeit geben, sich an das vor 1996 wenig genutzte Tendersverfahren zu gewöhnen. In der Europäischen Währungsunion sollen im Tendersverfahren abgewickelte Offenmarkttransaktionen das Hauptinstrument der Europäischen Zentralbank sein. Die OeNB führte 1996 insgesamt 44 einwöchige Mengentender zu einem Zinssatz von 3,2% (bis 2. September) bzw. 3,0% (ab 2. September) durch.

Der Taggeldsatz ging im Jahresdurchschnitt gegenüber 1995 um 1,2 Prozentpunkte auf 3,2% zurück. Gegen-

<sup>1)</sup> Der unbeschränkte Zugang zu dieser Lender-of-last-resort-Fazilität ist aber nur für Kreditinstitute mit Refinanzierungsplafond (für Wechselrediskont und GOMEX-Geschäfte) möglich

Zinsentwicklung in Österreich



über den letzten Jahren – der österreichische Taggeldsatz war seit 1992 mit wenigen Ausnahmen deutlich niedriger gewesen als der deutsche – verengte sich die Differenz der Geldmarktzinsen zwischen Österreich und Deutschland, und im 2. Halbjahr 1996 lag der österreichische Taggeldsatz – wenn auch nur geringfügig – über dem deutschen.

Im Jahresdurchschnitt 1996 sank die Sekundärmarktrendite für langfristige Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren von 6,2% auf 5,8%. Der Zinsabstand zu Deutschland verringerte sich im Jahresverlauf und betrug im Jänner 1997 lediglich 4 Basispunkte. Die Sekundärmarktrendite für den gesamten Rentenmarkt fiel im Jahreschnitt um 1,2 Prozentpunkte auf 5,33% und lag damit um 24 Basispunkte unter der deutschen. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf die verstärkte Emission von österreichischen Bundesanleihen mit kürzeren Laufzeiten zurückzuführen.

WANDEL IM REISEVERHALTEN ALS STRUKTURPROBLEM DER LEISTUNGSBILANZ

Die österreichische Leistungsbilanz wies 1996 in der vorläufig revidierten Fassung ein Defizit von 42,4 Mrd. S

Ausgewählte Komponenten der österreichischen Kapitalbilanz

	1992	1993	1994	1995	1996	1992	1993	1994	1995	1996
	Mrd S					Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd S				
Leistungsbilanz	- 1,6	- 8,2	-20,6	- 47,0	- 42,4	- 2,4	- 6,6	-12,4	-26,4	+ 4,8
Langfristiger Kapitalverkehr	7,9	75,3	9,3	78,9	- 11,1	+32,3	+67,4	-66,0	+69,6	-90,5
Kapitalanlagen im Ausland	-72,4	- 47,9	-71,9	- 97,6	-130,5	+ 1,6	+24,5	-24,0	-25,7	-34,7
Direktinvestitionen	-20,6	- 17,1	-13,7	- 10,5	- 14,9	- 5,5	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	- 4,3
Festverzinsliche Wertpapiere	-27,7	- 14,0	-39,0	- 24,5	- 70,7	- 9,3	+13,7	-25,0	+14,5	-46,9
Aktien und Investmentzertifikate	- 1,5	- 6,3	- 9,1	- 5,0	- 11,5	- 0,0	- 4,8	- 2,8	+ 4,1	- 6,5
Kredite	-13,1	- 2,0	- 8,8	- 24,7	- 30,0	+18,5	+11,2	- 6,9	-15,9	- 5,6
Ausländische Kapitalanlagen im Inland	80,3	123,2	81,2	176,5	119,4	+30,7	+43,0	-42,0	+95,3	-55,7
Direktinvestitionen	10,3	11,4	15,0	6,4	40,2	+ 6,1	+ 1,1	+ 3,6	- 8,6	+34,8
Wertpapiere	65,4	106,0	35,2	119,2	43,1	+34,7	+40,7	-70,9	+84,0	-75,6
Aktien und Investmentzertifikate	2,5	13,8	15,2	12,6	28,7	+ 0,1	+11,3	+ 1,4	- 2,7	+17,1
Kredite	- 0,4	3,4	7,8	18,5	7,8	- 1,3	+ 3,8	+ 4,5	+10,7	-11,7
Kurzfristiger Kapitalverkehr	13,2	- 34,9	24,4	- 14,3	56,3	-11,6	-48,0	+59,2	-38,7	+77,9
Kapitalanlagen im Ausland	-56,0	- 54,0	-36,8	- 50,4	- 22,8	-69,6	+ 2,1	+17,2	-13,5	+33,4
Ausländische Kapitalanlagen im Inland	69,2	19,1	61,2	36,1	79,1	+57,9	-50,1	+42,1	-25,1	+44,4
Lang- und kurzfristiger Kapitalverkehr	21,1	40,5	33,7	64,6	45,1	+20,6	+19,4	- 6,8	+31,0	-12,6
Veränderung der Währungsreserven	30,0	34,2	5,5	20,1	31,3	+19,6	+ 4,2	-28,7	+14,6	+11,2

Q: OeNB 1996: vorläufig revidierte Daten - Devisenabfluß + Devisenzufluß

aus (-1,8% des BIP), geringfügig weniger als im Vorjahr (-47 Mrd. S). Das seit 1994 kumulierte Leistungsbilanzdefizit betrug 110 Mrd. S. Die Hauptursachen dieser Entwicklung liegen in Strukturänderungen im Bereich des Reiseverkehrs und der Transferbilanz. In den letzten Jahren sinkt der Überschuß in der Reiseverkehrsbilanz stark, er war 1996 um 46% niedriger als 1994. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf einen Anstieg der Ausgaben der Österreicher im Ausland zurückzuführen (1994 +11,7%, 1995 +9,4%, 1996 +6,5%), während die Reiseverkehrseinnahmen zurückgingen oder stagnierten (1994 -4,7%, 1995 -2,0%, 1996 +0,8%). Die Ausgaben für Auslandsreisen i. e. S. betragen nach Angaben der OeNB 1996 95,5 Mrd. S (+10,4%), wobei fast 87% für Urlaubsreisen aufgewandt wurden. Die Einkaufsausgaben im Ausland (Direktimport) erreichten 29,5 Mrd. S. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 4,8% kam vornehmlich aufgrund der Lira-Aufwertung zustande.

Das Defizit der Transferbilanz verringerte sich 1996 gegenüber 1995 um über 10 Mrd. S auf rund 11 Mrd. S. Laut OeNB betrug der Beitrag Österreichs zum EU-Haushalt 1996 26 Mrd. S (1995 23 Mrd. S), die Zahlungen der EU an Österreich machten 23 Mrd. S aus (1995 10 Mrd. S).

Die Kapitalverkehrsbilanz brachte 1996 einen Saldo von 45,1 Mrd. S (1995 64,6 Mrd. S), der Netto-Kapitalimport ging also um über 30% zurück. Der Abfluß an langfristigen Finanzierungsmitteln betrug 1996 11,1 Mrd. S gegenüber einem Zufluß von 78,9 Mrd. S im Jahr 1995. Die Saldendrehung resultierte aus einem Anstieg der langfristigen Forderungen um 32,9 Mrd. S und einem Rückgang der langfristigen Verbindlichkeiten um 57,1 Mrd. S.

Die Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen im Ausland machten 14,9 Mrd. S aus (1995 10,5 Mrd. S). Die Anlagen der Inländer in langfristigen ausländischen

Wertpapieren (festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Investmentzertifikate) stiegen gegenüber dem Vorjahr um 53,0 Mrd. S auf nunmehr 82,9 Mrd. S; besonders groß war die Nachfrage nach festverzinslichen Anlagen.

Der Rückgang der langfristigen Verbindlichkeiten Österreichs gegenüber dem Ausland von 176,5 Mrd. S 1995 auf 119,4 Mrd. S 1996 geht auf zwei einander teilweise kompensierende Effekte zurück: Zum einen stiegen die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich um 33,8 Mrd. S auf 40,2 Mrd. S (Banken 12,3 Mrd. S, Wirtschaftsunternehmen und Private 27,9 Mrd. S); dies ist hauptsächlich auf die Übernahme österreichischer durch ausländische Unternehmen zurückzuführen. Andererseits ging aber die Nachfrage des Auslands nach österreichischen langfristigen Wertpapieren um 60 Mrd. S auf 71,7 Mrd. S zurück; dabei kaufte das Ausland um 76,1 Mrd. S weniger an festverzinslichen Wertpapieren und um 16,1 Mrd. S mehr an Aktien und Investmentzertifikaten als ein Jahr zuvor. Diese Entwicklung war hauptsächlich durch das größere Renditedifferential vor allem gegenüber Wertpapieren aus den USA und durch die Abwertung des Schillings gegenüber wichtigen Währungen begründet.

Auch im kurzfristigen Bereich änderte sich die Richtung des Netto-Kapitalstroms: Nach einem kurzfristigen Netto-Kapitalexport von 13,9 Mrd. S im Jahr 1995 ergab sich 1996 ein Netto-Kapitalimport von 56,3 Mrd. S. Die kurzfristigen Forderungen gegenüber dem Ausland sanken um 27,6 Mrd. S, die Verbindlichkeiten stiegen um 42,5 Mrd. S.

Die offiziellen Währungsreserven nahmen mit +31,3 Mrd. S erheblich stärker zu als im Vorjahr (+20,1 Mrd. S). Dies ist zum größten Teil auf Bewertungsgewinne der Dollarreserven der OeNB zurückzuführen. Der Bestand an offiziellen Währungsreserven betrug Ende 1996 269,8 Mrd. S (Forderungen gegen



Mittelaufbringung und Mittelverwendung des Bankensystems

	1994	1995	1996	1994	1995	1996
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<b>Inländische Mittelaufbringung</b>						
Sichteinlagen	207,4	228,1	262,6	+ 14,8	+ 10,0	+ 15,1
Termineinlagen	101,3	111,4	105,5	- 11,2	+ 10,0	- 5,3
Spareinlagen	1.445,4	1.501,9	1.550,2	+ 5,0	+ 3,9	+ 3,2
Bauspareinlagen	154,3	167,0	177,7	+ 9,7	+ 8,2	+ 6,4
Eigene Inlandsemissionen an Nichtbanken	621,2	685,4	710,3	+ 12,3	+ 10,3	+ 3,6
<b>Inländische Mittelverwendung</b>						
Direktkredite	2.227,0	2.353,4	2.497,2	+ 3,7	+ 5,7	+ 6,1
An den öffentlichen Sektor	415,4	456,5	491,0	+ 1,9	+ 9,9	+ 7,6
An Unternehmen	1.222,5	1.271,6	1.285,6	+ 3,7	+ 4,0	+ 1,1
An Private	500,3	526,1	578,6	+ 5,0	+ 5,1	+ 10,0
Fremdwährungskredite	115,7	127,3	157,7	+ 9,4	+ 10,0	+ 23,9
Schillingkredite	2.111,3	2.226,1	2.339,5	+ 3,4	+ 5,4	+ 5,1
Titrierte Kredite an inländische Nichtbanken	354,0	392,6	414,8	+ 15,8	+ 10,9	+ 5,7
<b>Auslandsgeschäft</b>						
Auslandsaktiva	1.061,2	1.107,7	1.218,4	+ 7,3	+ 4,4	+ 10,0
Auslandspassiva	1.121,9	1.162,0	1.319,2	+ 3,3	+ 3,6	+ 13,5
Bilanzsumme	4.947,2	5.221,1	5.506,2	+ 5,7	+ 5,5	+ 5,5

Q: OeNB

das Europäische Währungsinstitut 38,2 Mrd. S, Devisen und Valuten 199,3 Mrd. S, Goldreserven 20,1 Mrd. S.

HOHE LIQUIDITÄTSPRÄFERENZ  
KENNZEICHNET EINLAGENENTWICKLUNG

Die Bilanzsumme des österreichischen Bankensektors erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 1996 mit + 5,5% ebenso stark wie im Vorjahr. Die Nachfrage inländischer Nichtbanken nach Direktkrediten (+ 6,1%) wuchs – wie auch in den letzten Jahren – im Bereich der Fremdwährungskredite am stärksten (+ 23,9%). Der geringe Zuwachs (+ 1,1%) der Direktkredite an Unternehmen dürfte neben der mäßigen Konjunkturentwicklung in einer verbesserten Innenfinanzierung des Unternehmenssektors begründet sein – darauf weist auch die Cash-flow-Entwicklung der Industrie hin<sup>2)</sup>

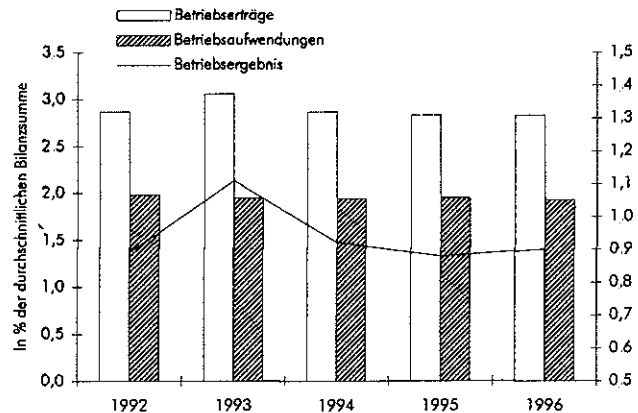
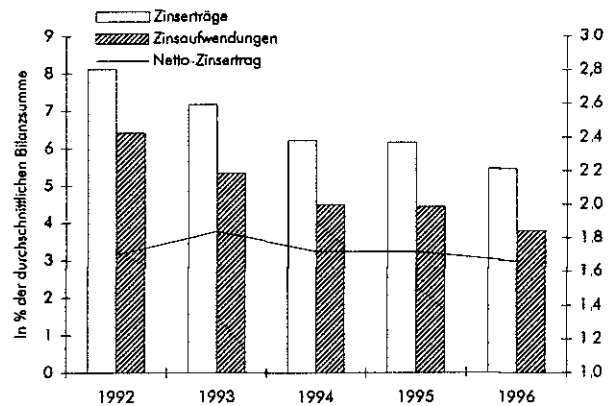
Die Struktur der Mittelaufbringung verschob sich 1996 vermutlich aufgrund der sehr niedrigen kurzfristigen Zinsen zum sehr liquiden Bereich. Die nun schon seit drei Jahren zweistellige Zuwachsrate der Sichteinlagen drückt eine hohe Liquiditätspräferenz der Sparer aus. Dies und die ebenfalls dynamische Entwicklung der Investmentfonds (siehe dazu weiter unten), die vermutlich auf die zunehmend steilere Yield-Kurve zurückzuführen ist, spiegeln eine verstärkte Polarisierungstendenz des Anlegerverhaltens wider: Liquiditätspräferenz neben Anlagen in Wertpapieren, die höhere Renditen versprechen.

Das Auslandsgeschäft entwickelte sich sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite besser als das In-

<sup>2)</sup> Siehe dazu Hahn, F. R., Peneder, M., „Ertragskraft der österreichischen Industrie weiterhin zufriedenstellend. Der Cash-flow im Jahr 1996“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70/31

Ertragslage des Bankensystems

Ohne Bausparkassen



landsgeschäft (Auslandsaktiva + 10%, Auslandspassiva + 13,5% gegenüber dem Vorjahr)

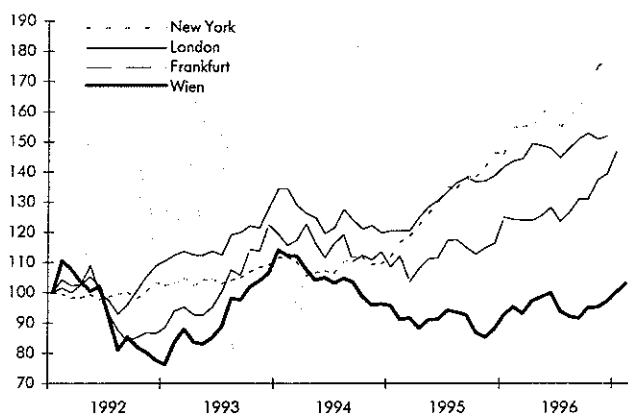
Die erweiterte Geldbasis stieg mit + 5,3% fast gleich stark wie im Jahr zuvor und betrug 250,1 Mrd. S. Der damit verbundene expansive geldpolitische Impuls schlug sich sowohl in der Auslandskomponente (+ 8,1 Mrd. S) als auch im kräftigsten Anstieg der Inlandskomponente (+ 4,4 Mrd. S) seit 1990 nieder. Die Geldmengenaggregate M1' und M3' wuchsen um 11,6% bzw. 4,1%; die relativ starke Zunahme von M1' ging auf die hohe Dynamik der Sichteinlagen bei verhaltenem Wachstum der Spareinlagen zurück.

VERBESSERTE ERTRAGSENTWICKLUNG DES ÖSTERREICHISCHEN BANKENSYSTEMS

Die Ertragslage des österreichischen Bankensystems (ohne Bausparkassen) verbesserte sich 1996 durch einen Anstieg des Teilbetriebsergebnisses um 7,4% (nach + 0,9% 1995). Die Betriebsserträge nahmen um 5,4% zu; der geringe Zuwachs des Netto-Zinsertrags (+ 1,9%, 1995 + 5,4%) wurde dabei durch einen kräftigen Anstieg der Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen (+ 15,0%, 1995 + 2,3%) und des Saldos des

Internationale Börsenindizes

Jänner 1992 = 100



Q: IFS

Provisionsgeschäftes (+ 11,5%, 1995 + 0,3%) überkompensiert

Die Betriebsaufwendungen waren um 4,5% höher als im Vorjahr (1995 + 5,8%); mit + 3,3% (1995 + 6,7%) nahm der Personalaufwand bei leicht steigender Beschäftigung (+ 0,5%) unterproportional zu. Hingegen wurden die Aufwendungen für betriebliche Sozialleistungen (+ 24,4%) und für Betriebspensionen (+ 12,9%) erheblich ausgeweitet. Der Aufwand für Pensionsrückstellungen blieb um fast ein Viertel unter der Vorjahresmarke.

ERHOLUNG DES AKTIENMARKTES –  
INVESTMENTFONDS WEITER DYNAMISCH<sup>3)</sup>

Der österreichische Aktienmarkt erholte sich 1996 nach seiner Talfahrt in den zwei Jahren zuvor einigermaßen, die Kursentwicklung hielt aber mit anderen Börsen wie z. B. der NYSE nicht mit. Trotz einiger Rückschläge im Jahresverlauf (Februar-März, Juni-Juli) stieg der Wiener Börsenindex in der zweiten Jahreshälfte stetig, sodaß sich von Ende Juli bis Ende Dezember eine Erholung um 6,5% ergab. Im Jahresdurchschnitt stiegen der VWBI um 5,2% (1995 -13,4%) und der ATX um 8,7% (1995 -9,9%).

Mit einer Zunahme des Fondsvolumens um 29,7% konnten die Investmentfonds ihre Dynamik auf dem österreichischen Kapitalmarkt behaupten. Nach dem nunmehr vierten Jahr mit zweistelligen Zuwachsraten betrug das Fondsvermögen Ende 1996 mehr als 431 Mrd. S.

Josef Baumgartner

Statistiker: Christa Magerl

<sup>3)</sup> Aufgrund von Umstellungen der statistischen Erhebung durch die OeNB sind Daten für den österreichischen Rentenmarkt zur Zeit nicht verfügbar. Die hier übliche Analyse der österreichischen Rentenmarktentwicklung muß daher entfallen.

EXPORTE 1996 TROTZ ABSCHWÄCHUNG  
WICHTIGE KONJUNKTURSTÜTZE

Die österreichischen Exporte stiegen 1996 um 5½%. Damit schnitt Österreich etwas besser ab als die westeuropäische Konkurrenz und gewann Marktanteile. Die Ergebnisse des Jahres 1995 (+ 9½%) wurden aber nicht erreicht. Da die Importnachfrage trotz Abschwächung der Binnenkonjunktur lebhaft blieb, verschlechterte sich das Handelsbilanzdefizit um 6 Mrd. S auf 122 Mrd. S (WIFO-Schätzung aufgrund von OeNB-Statistiken über Warenzahlungen).

Das Wachstum des österreichischen Außenhandels schwächte sich 1996 infolge der Konjunkturdämpfung im In- und Ausland spürbar ab: Die Exporte übertrafen das Vorjahresniveau nominell um 5,3% nach + 9,4% 1995, die Importe um 5,2% nach + 7,6%. Das Defizit der Handelsbilanz war 1996 mit 122 Mrd. S um etwa 6 Mrd. S höher als 1995 (WIFO-Schätzung auf Basis von Warenzahlungen laut OeNB<sup>1)</sup>). Diese Ergebnisse (1996) decken sich weitgehend mit Schätzungen der Wirtschaftskammer Österreich, die auf Partnerlandstatistiken beruhen (Exporte + 5%, Importe + 6%). Nach Statistiken des ÖSTAT nahmen die Exporte 1995 nominell um 13,2%, im 1. Halbjahr 1996 um 2,1% zu, die Importe um 6,2% bzw. 5,2%. Das Handelsbilanzdefizit war nach diesen Daten 1995 mit 88 Mrd. S um 28 Mrd. S geringer als 1994.

Die Exportpreise dürften 1996 um 0,3% zurückgegangen sein, die Importpreise stagnierten. Real (preisbereinigt) nahmen die Exporte und Importe (WIFO-Schätzung) um etwa 5½% zu. Damit schnitten die österreichischen Exporteure etwas besser ab als jene in Deutschland, der Schweiz und auch im EU-Durchschnitt, und sie erzielten einen Marktanteilsgewinn von etwa 1 Prozentpunkt (Marktwachstum real 4,3%). Der österreichische Export war 1996 eine der wichtigsten Stützen der Konjunktur. Er wuchs aber etwas schwächer als der Welt-handel (+ 6,0%), dessen Expansion sich vor allem auf die Dynamik der außereuropäischen Märkte stützte.

Die Probleme der österreichischen Außenhandelsstatistik – eine Folge der nicht bewältigten Umstellung der Erfassung des Außenhandels mit der EU auf Unternehmensmeldungen (Intrastat) seit dem EU-Beitritt im Jahr 1995 – sind noch nicht gelöst. Anfang 1997 lagen erst

<sup>1)</sup> Annahme: Die Veränderungsrate des Warenhandels ist gleich der Veränderungsrate der Warenzahlungen; 1995 revidierte Werte, 1996 vorläufig revidierte Werte. Monatsangaben sind nur als vorläufige Werte verfügbar (1996 auf Basis vorläufiger Werte: Exporte + 5,5%, Importe + 5,4%).

Osterreichs Außenhandel 1994 bis 1996

		Warenhande		Erweiterte NAL <sup>2)</sup>	
		STAT	WIFO	STAT	WIFO
		Schätzung <sup>1)</sup>		Schätzung <sup>1)</sup>	
		Mrd S			
1994	Export	669,7	512,5	157,2	
	Import	748,6	628,9	119,7	
	Saldo	-78,9	-116,4	37,5	
1995	Export	732,8	580,0	152,8	172,1
	Import	805,7	668,0	137,7	129,0
	Saldo	-72,9	-88,0	15,1	43,1
1996	Export	771,5		180,0	
	Import	848,0		134,8	
	Saldo	-76,6		45,1	
1994 I Halbjahr	Export	319,0	245,9	73,1	73,1
	Import	356,0	304,1	51,9	51,9
	Saldo	-36,9	-58,2	21,3	21,3
1995 I Halbjahr	Export	358,4	293,0	65,4	82,3
	Import	399,1	336,4	62,7	58,2
	Saldo	-40,7	-43,4	2,7	24,1
1996 I Halbjahr	Export	372,8	299,1	73,7	85,6
	Import	410,4	354,0	56,4	60,0
	Saldo	-37,6	-54,9	17,3	25,6

Veränderung gegen das Vorjahr in %

1995	Export	+9,4	+13,2	+9,4	-2,8	+9,4
	Import	+7,6	+6,2	+7,6	+15,0	+7,6
1996	Export	+5,5		+5,5		+5,5
	Import	+5,4		+5,4		+5,4
1995 I Halbjahr	Export	+12,3	+19,1	+12,3	-10,5	+12,3
	Import	+12,1	+10,6	+12,1	+20,8	+12,1
1996 I Halbjahr	Export	+4,0	+2,1	+4,0	+12,7	+4,0
	Import	+2,8	+5,2	+2,8	-10,0	+2,8

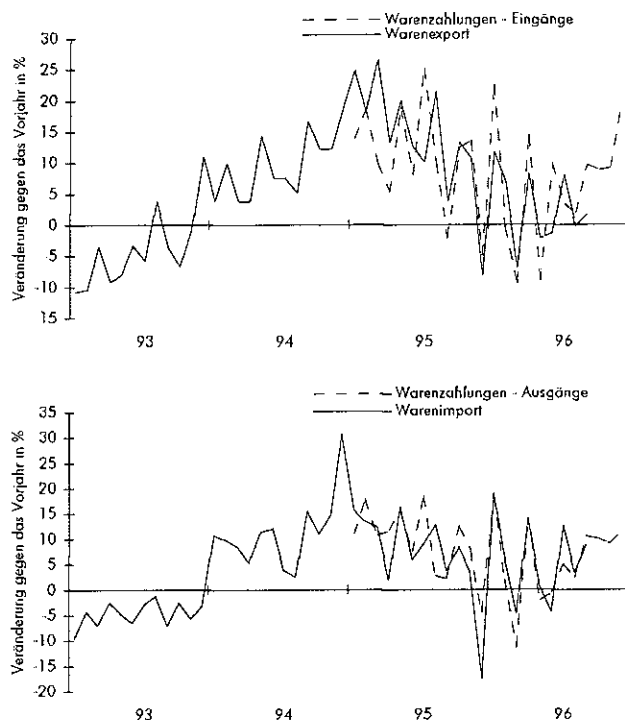
<sup>1)</sup> 1994 und 1995: vorläufig revidierte Werte; 1996: vorläufige Werte. - <sup>2)</sup> Differenz zwischen Warenzahlungen und Warenhandel. - <sup>3)</sup> Annahme: Veränderungsrate des Warenhandels entspricht der Veränderungsrate der Warenzahlungen

die revidierten Statistiken für das Jahr 1995 sowie vorläufige Daten für das I Halbjahr 1996 vor. Das WIFO stützt seine Analyse der globalen Außenhandelsströme weiterhin vor allem auf Statistiken der Warenzahlungen der OeNB. In bezug auf die Waren- und Länderstruktur muß auf die ÖSTAT-Daten zurückgegriffen werden.

Der österreichische Export expandierte bis zum Herbst 1995 kräftig. Dies wird von den Daten sowohl der OeNB als auch des ÖSTAT belegt. Die ÖSTAT-Daten zeigen allerdings für das I. und II. Quartal 1995 stark überhöhte Zunahmen (+23,3% bzw. +15,2%). Das IV. Quartal brachte nach beiden Quellen einen deutlichen Rückgang der Exportdynamik (OeNB +2,0%, ÖSTAT +4,9%), der auch der Entwicklung der internationalen Konjunktur entspricht. Im Laufe des Jahres 1996 belebte sich die Exportdynamik nach OeNB-Daten wieder (III. Quartal +4,7%, IV. Quartal +12,7%). Die ÖSTAT-Daten weisen für die erste Jahreshälfte 1996 eine weitere Abschwächung des Exportwachstums aus, doch dürfte dieses Ergebnis auf das überhöhte Niveau in der Vergleichsperiode 1995 zurückzuführen sein.

Die Importe stiegen (nach beiden Quellen) bis zum Herbst 1995 kräftig; die Unterschiede sind hier relativ gering (Jänner bis September OeNB +10,6%, ÖSTAT +9,8%). Im IV. Quartal 1995 brach die Importnachfrage ein (OeNB +2,8%, ÖSTAT -2,9%), erholte sich aber - ebenfalls nach beiden Quellen - 1996 wieder

Osterreichs Außenhandel 1993 bis 1996

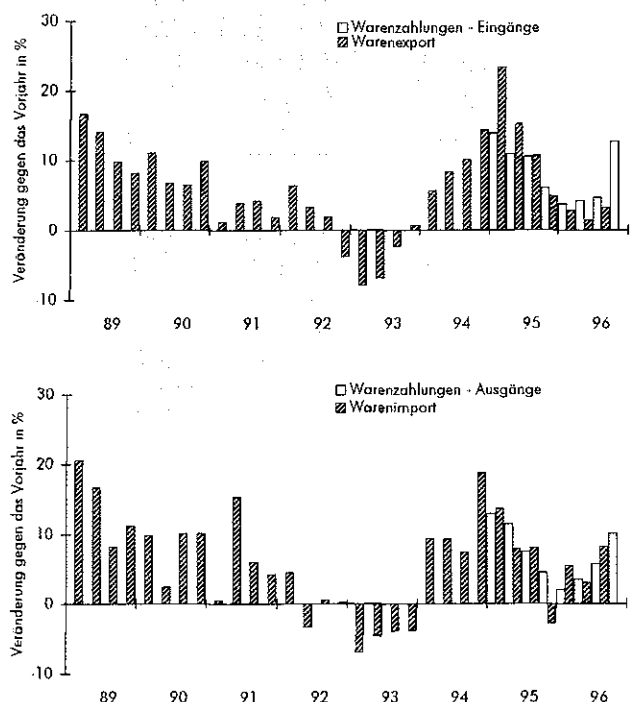


(etwa +5%) erholt. Zu Jahresende war der Importsog bereits recht kräftig.

EXPORTE VON NAHRUNGSMITTELN UND FAHRZEUGEN DEUTLICH GESTEIGERT

Nach Daten des ÖSTAT stützte sich der Exportaufschwung 1995 (+13,2%) auf fast alle wichtigen Wa-

Osterreichs Außenhandel 1989 bis 1996



Warenstruktur des Außenhandels

	Export 1996		1995	Import 1996		1995
	1995	1. Halbjahr		1995	1. Halbjahr	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Anteile am Gesamtexport in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Anteile am Gesamtimport in %
Nahrungsmittel	+28,2	+30,7	3,3	+16,1	+5,7	5,3
Rohstoffe	+9,5	-10,6	4,1	+16,8	-12,3	4,6
Holz	+7,0	-15,3	2,2	+6,3	-20,4	1,2
Brennstoffe	-12,6	+20,6	1,0	+6,8	+12,9	4,4
Chemische Erzeugnisse	+13,8	-1,2	9,2	+9,4	-0,6	10,7
Bearbeitete Waren	+14,2	-2,5	29,1	+7,3	-2,3	19,3
Papier	+22,7	-7,8	6,3	+9,9	-4,1	2,2
Textilien	-1,0	+1,3	3,6	+0,3	-1,6	3,1
Eisen, Stahl	+22,6	-5,8	5,7	+18,7	-11,6	2,9
Maschinen, Fahrzeuge	+13,3	+5,2	39,0	+3,1	+8,2	36,9
Straßenfahrzeuge	+29,5	+16,6	7,3	+6,0	+11,5	11,4
Konsumnahe Fertigwaren	+10,3	-2,3	13,3	+1,2	+9,5	17,5
Alle Waren	+13,2	+2,1	100,0	+6,2	+5,2	100,0

rengruppen; überdurchschnittlich stiegen die Lieferungen von Nahrungsmitteln (+28,2%, davon in die EU +67,8%) und Straßenfahrzeugen (+29,5%) sowie auch der traditionellen Exportprodukte Papier

*Der EU-Beitritt verlieh dem österreichischen Export in die Union spürbare Impulse. Der Exportanteil der EU vergrößerte sich von 64,8% 1994 auf 66,3% im 1. Halbjahr 1996 (ÖSTAT-Daten). Der Exportaufschwung betraf 1995 fast alle wichtigen Warengruppen, im 1. Halbjahr vor allem Nahrungsmittel und Straßenfahrzeuge.*

(+22,7%) und Stahl. Rückläufig waren u. a. die Exporte von Textilien und Brennstoffen. Im Export von Maschinen und Fahrzeugen (insgesamt +13,3%) ergaben sich für Büro- und EDV-Maschinen sowie Motoren überdurchschnittliche Wachstumsraten, der Export von Nachrichtengeräten ging zurück. Die Ausfuhr von konsumnahen Fertigwaren nahm um 10,3% zu, darunter vor allem die Exporte von Schuhen, Meß- und Prüfapparaten sowie Fotoapparaten. In der ersten Jahreshälfte 1996 (insgesamt +2,1%) hielt der Exportboom im Bereich der Nahrungsmittel (+30,7%, EU +34,4%) und Straßenfahrzeuge (+16,6%) an. Die Exporte der mei-

sten anderen wichtigen Warengruppen stagnierten (Chemie -1,2%, Textilien +1,3%) bzw. waren rückläufig (konsumnahe Fertigwaren, Papier, Stahl). Die Ausfuhr von Rohstoffen, die 1995 deutlich angezogen hatte, schrumpfte um 10,6%.

Gemäß den publizierten Statistiken wurden 1995 vor allem mehr Nahrungsmittel (+16,1%), Rohstoffe (+16,8%) sowie Vorprodukte (chemische Erzeugnisse +9,4%, bearbeitete Waren +7,3%, davon Stahl +18,7%) importiert. Die Importnachfrage nach Maschinen und Fahrzeugen (+3,1%, davon Straßenfahrzeuge +6,0%) sowie insbesondere nach konsumnahen Fertigwaren (+1,2%) war hingegen schwach. Dieses Ergebnis läßt sich nicht ohne weiteres mit der regen Investitionstätigkeit im Inland (Ausrüstungsinvestitionen real +6,1%) sowie dem nach wie vor relativ starken privaten Konsum (+1,9%) in Einklang bringen.

Im 1. Halbjahr 1996 zeigt die Statistik eine Belebung der Nachfrage nach konsumnahen Fertigwaren (+9,5%) sowie Maschinen (+8,2%). Die Zunahme der Einfuhr von Straßenfahrzeugen (+11,5%, davon Pkw +13,3%) war auf die Vorziehkäufe vor der Erhöhung der NOVA mit 1. Juni 1996 zurückzuführen. Die Einfuhr der meisten anderen Warengruppen ging zurück.

KRÄFTIGE IMPULSE FÜR EU-HANDEL NACH DEM BEITRITT

Der EU-Beitritt verlieh dem Warenaustausch mit der EU gemäß dem ÖSTAT signifikante Impulse. Die Exporte in den EU-Raum (Intra-Export) nahmen 1995 um 15,0% zu, die Exporte in andere Länder (Extra-Export) um nur 9,7%. Auch im 1. Halbjahr 1996 hielt der EU-Export einen - freilich viel niedrigeren - Wachstumsvorsprung (+3,1% bzw. +0,1%). Der Anteil der EU am Gesamtexport vergrößerte sich von 64,8% im Jahr 1994 auf 66,3% im 1. Halbjahr 1996. In der Einfuhr wird für 1995 eine Zunahme des Intra-Handels um 12,1%, hingegen ein Rückgang des Extra-Handels um 6,6% ausgewiesen. Dieser offensichtliche Fehler in der statistischen Erfassung wird vom ÖSTAT u. a. dem „Rotterdam-Effekt“ zugeschrieben: Ein Teil der Importe aus Drittstaaten wird als Einfuhr aus jenen EU-Ländern registriert, in welchen

Österreichs Intra-EU- und Extra-EU-Handel

		Export	Import	Saldo	Export	Import	Export	Import	Saldo
		Mrd. S	Mrd. S		Anteile am Gesamtexport bzw. -import in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
1994	Intra-EU-Handel	332,2	430,0	-97,8	64,8	68,4	+8,5	+9,8	-12,4
	Extra-EU-Handel	180,3	198,8	-18,5	35,2	31,6	+12,0	+14,7	-6,2
	Insgesamt	512,5	628,9	-116,4	100,0	100,0	+9,7	+11,3	-18,6
1995	Intra-EU-Handel	382,2	482,2	-100,0	65,9	72,2	+15,0	+12,1	-2,2
	Extra-EU-Handel	197,8	185,8	+12,0	34,1	27,8	+9,7	-6,6	+30,5
	Insgesamt	580,0	668,0	-88,0	100,0	100,0	+13,2	+6,2	+28,3
1996, 1. Halbjahr	Intra-EU-Handel	198,3	253,3	-55,0	66,3	71,6	+3,1	+3,6	-2,7
	Extra-EU-Handel	100,8	100,7	+0,1	33,7	28,4	+0,1	+9,6	+8,9
	Insgesamt	299,1	354,0	-54,9	100,0	100,0	+2,1	+5,2	-11,5

Österreichs Außenhandel mit der EU

	Export				Import				Saldo	
	1995	1995	1995	1996	1995	1995	1995	1996	1995	1996
	Mrd S	Anteile am EU-Export in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1. Halbjahr	Mrd S	Anteile am EU-Import in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1. Halbjahr	Mrd S	1. Halbjahr
BRD	222,5	58,2	+13,9	+ 3,1	291,2	60,4	+15,7	+ 4,2	- 68,7	-37,2
Italien	51,3	13,4	+23,4	+ 4,7	58,5	12,1	+ 5,4	+ 7,3	- 7,2	- 4,8
Frankreich	25,8	6,7	+10,4	+ 0,8	32,8	6,8	+10,8	- 1,9	- 7,1	- 4,3
Großbritannien	19,2	5,0	+18,1	+11,3	19,8	4,1	+ 8,7	+ 7,5	- 0,6	0,1
Niederlande	16,6	4,3	+ 8,3	- 7,1	22,9	4,8	+20,9	+ 1,4	- 6,4	- 3,8
Spanien	12,2	3,2	+10,9	+ 7,5	8,7	1,8	+ 2,8	+11,8	3,4	1,5
Belgien-Luxemburg	10,8	2,8	+12,3	+ 9,6	17,9	3,7	- 1,6	-12,1	- 7,1	- 2,7
Dänemark	5,0	1,3	+13,2	- 6,3	5,1	1,1	+ 0,3	+ 5,4	- 0,2	- 0,3
Griechenland	3,3	0,9	+38,9	- 8,9	2,1	0,4	- 6,3	- 1,7	1,2	0,4
Portugal	2,3	0,6	+ 4,4	+ 3,8	3,8	0,8	+ 7,7	+38,4	- 1,5	- 1,2
Irland	1,3	0,3	+21,1	- 2,2	3,7	0,8	+19,4	+ 2,9	- 2,3	- 1,2
EU 94	370,1	96,8	+14,8	+ 3,2	466,6	96,8	+12,5	+ 3,9	- 96,5	-53,5
Schweden	8,3	2,2	+15,6	+ 1,9	11,1	2,3	+ 0,3	- 1,8	- 2,8	- 1,3
Finnland	3,8	1,0	+42,5	+ 4,9	4,6	0,9	+ 6,1	- 9,4	- 0,8	- 0,3
EU 95	382,2	100,0	+15,0	+ 3,1	482,2	100,0	+12,1	+ 3,6	-100,0	-55,0

die Ware erstmals die EU betraf<sup>2)</sup>. 1996 dürfte dieser Fehler zum Teil bereinigt worden sein: In der ersten Jahreshälfte stiegen die Intra-Importe um 3,6%, die Extra-Importe hingegen um 9,6%. Der Anteil der EU an den Gesamtimporten vergrößerte sich von 68,4% 1994 auf 71,6% 1996.

1995 expandierte Österreichs Export in fast alle EU-Staaten mit zweistelligen Raten, (insbesondere nach Italien, Großbritannien, Irland, Finnland, Schweden). Die Ausfuhr nach Deutschland nahm um 13,9% zu. Die Part-

nerlandstatistik bestätigt in einigen Fällen die österreichischen Ergebnisse (u. a. in bezug auf Italien und Finnland), in einigen Fällen ergeben sich hingegen erhebliche Differenzen (u. a. in bezug auf Deutschland). Im 1. Halbjahr 1996 schwächte sich die Exportnachfrage auf fast allen EU-Märkten spürbar ab. Lediglich die Lieferungen nach Großbritannien, Belgien-Luxemburg und Spanien konnten um rund 10% gesteigert werden, die Ausfuhr nach Deutschland nahm dagegen um nur 3,1% zu.

Im Extra-Handel erzielten Österreichs Exporteure laut ÖSTAT 1995 sehr gute Ergebnisse im Ostexport (+18,3%), die allerdings 1996 (Jänner bis Juni) nicht gehalten werden konnten (+1,3%). Die Ausfuhr in die

<sup>2)</sup> Die Importe aus den Niederlanden stiegen tatsächlich mit +20,9% überdurchschnittlich.

Regionalstruktur des Außenhandels

	Export				Import				Saldo 1995		
	1995	1995	1995	1996	1995	1995	1995	1996			
	Mrd S	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1. Halbjahr	Mrd S	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1. Halbjahr			
		Gesamt-export	Extra-EU-Export			Gesamt-import	Extra-EU-Import				
OECD 97 <sup>1)</sup> einschließlich EU	502,1	86,6		+13,0	+ 2,7	596,3	89,3		+ 7,7	+ 4,9	- 94,2
Ohne EU	119,9	20,7	60,6	+ 6,8	+ 1,4	114,0	17,1	61,4	- 7,8	+10,4	5,8
EU	382,2	65,9		+15,0	+ 3,1	482,2	72,2		+12,1	+ 3,6	-100,0
Sonstiges Westeuropa	39,7	6,9	20,1	+ 5,9		31,0	4,6	16,7	+ 0,1		8,7
EFTA	36,7	6,3	18,6	+ 3,3	- 6,7	27,5	4,1	14,8	- 0,7	- 8,6	9,3
Schweiz Liechtenstein	33,9	5,8	17,1	+ 4,0	- 9,1	26,0	3,9	14,0	+ 1,4	- 7,5	7,9
Andere	0,5	0,1	0,3	-72,3		3,1	0,5	1,7	- 6,0		- 2,6
Industriestaaten in Übersee	35,2	6,1	17,8	- 0,0	+ 8,5	51,4	7,7	27,7	-18,9	+13,7	- 16,2
NAFTA	21,4	3,7	10,8	- 4,3	+ 7,1	31,7	4,7	17,0	- 3,0	+20,5	- 10,2
USA	17,2	3,0	8,7	- 3,6	+ 3,7	28,3	4,2	15,2	+ 3,0	+16,7	- 11,1
Japan	7,6	1,3	3,8	- 4,8	+24,9	16,5	2,5	8,9	-38,9	+ 3,7	- 8,9
OECD 93	453,2	78,1		+13,0	+ 3,2	561,5	84,1		+ 7,8	+ 4,0	-108,3
Oststaaten	82,5	14,2	41,7	+18,3	+ 1,3	59,8	8,9	32,2	+12,4	+17,3	22,7
Ost-Mitteuropa <sup>2)</sup>	50,6	8,7	25,6	+15,0	+ 1,5	36,9	5,5	19,8	+10,3	+23,2	13,7
Südosteuropa <sup>3)</sup>	20,6	3,6	10,4	+26,5	+ 0,2	9,5	1,4	5,1	+22,4	+13,2	11,1
GUS	10,7	1,8	5,4	+17,0	+ 3,5	13,1	2,0	7,0	+10,7	+ 4,1	- 2,4
Entwicklungsländer	40,4	7,0	20,4	+ 6,8	- 7,3	43,6	6,5	23,5	-15,0	+ 5,7	- 3,2
OPEC	10,2	1,8	5,1	- 5,8	- 2,1	9,6	1,4	5,2	-13,1	+12,8	0,5
NOPEC	27,8	4,8	14,1	+11,2	- 8,9	30,1	4,5	16,2	-19,3	+ 3,8	- 2,2
AKP und Überseedepartements <sup>4)</sup>	2,3	0,4	1,2	+19,4		3,9	0,6	2,1	+33,1		- 1,6
„Vier Drachen“ <sup>5)</sup>	11,0	1,9	5,6	+14,5		11,5	1,7	6,2	-20,0		- 0,4
Extra-Handel <sup>6)</sup>	197,8	34,1	100,0	+ 9,7	+ 0,1	185,8	27,8	100,0	- 6,6	+ 9,6	12,0
Insgesamt	580,0	100,0		+13,2	+ 2,1	668,0	100,0		+ 6,2	+ 5,2	- 88,0

<sup>1)</sup> Einschließlich Ungarns, Polens, Tschechiens, Mexikos, Südkoreas. - <sup>2)</sup> Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei - <sup>3)</sup> Bulgarien, Rumänien, früheres Jugoslawien - <sup>4)</sup> Assoziierte Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik - <sup>5)</sup> Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan - <sup>6)</sup> Drittstaaten ohne EU

Schweiz nahm 1995 noch etwas zu, ging aber 1996 stark zurück. Erfolgreich war Österreich auch in den Entwicklungsländern außerhalb der OPEC (+11,3%), u. a. in den – mit der EU assoziierten – AKP-Staaten. In die USA und nach Japan wurde 1995 weniger geliefert, die Nachfrage belebte sich aber im 1. Halbjahr 1996 spürbar. Der OPEC-Export schrumpfte 1995 und 1996.

Über zwei Fünftel der österreichischen Extra-EU-Exporte entfielen 1995 auf die Oststaaten, jeweils etwa ein Fünftel auf die Entwicklungsländer, das sonstige Westeuropa (hauptsächlich Schweiz) und die Industriestaaten in Übersee.

### BEMERKUNGEN ZU DEN AUSSENHANDELSSTATISTIKEN

Die jetzt verfügbare Statistik für das Jahr 1995 ist nach Erklärungen des ÖSTAT endgültig. Sie wird vom ÖSTAT und anderen Institutionen für Vorjahresvergleiche u. ä. verwendet und geht in wirtschaftspolitische Analysen ein. Nach Auffassung des WIFO bestehen erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der ÖSTAT-Daten, was auch die Gefahr wirtschaftspolitischer Fehlschlüsse mit sich bringt.

Eine erste Analyse läßt insbesondere die Zunahme der Exporte um 13,2% als weit überhöht erscheinen (vor allem in der ersten Jahreshälfte dürften die Ergebnisse stark überzogen sein). Nach diesen Daten hätte Österreich 1995 sehr hohe Marktanteilsgewinne im Export erreicht, für die es keine Begründung gibt. Nach den Partnerlandstatistiken verlor Österreich 1995 vielmehr auf den meisten Märkten Anteile.

Das Handelsbilanzdefizit betrug laut ÖSTAT 1995 nur 88 Mrd. S bzw. 3,7% des BIP; dies wäre (mit einer Ausnahme) das beste Bilanzergebnis seit 1995. Das WIFO schätzt das Handelsbilanzdefizit im Jahr 1995 auf 116 Mrd. S. Die Schätzung basiert auf der Annahme, daß die Einnahmen und Ausgaben für die erweiterte NAL (Differenz zwischen den Wareneinnahmen und dem Warenhandel) um denselben Prozentsatz stiegen wie die Wareneinnahmen; die erweiterte NAL enthält neben den nicht aufteilbaren Zahlungen auch den Transithandel, Adjustierungen und die Lohnveredelung.

*Jan Stankovsky*

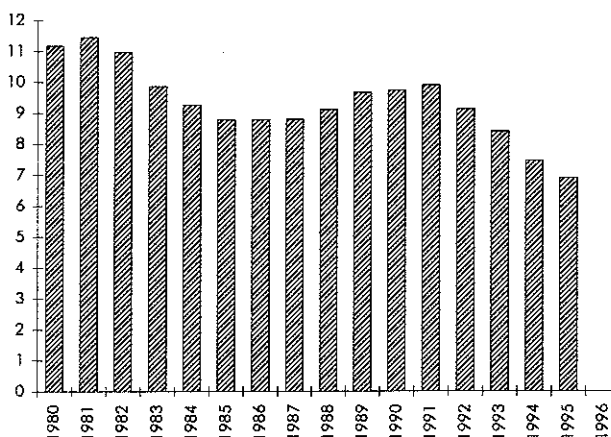
*Statistik: Gabriele Wellan*

### TOURISMUS ERREICHT TALSOHLE

Die österreichische Tourismuswirtschaft stagnierte 1996; mittelfristig – seit dem Höhepunkt von rund 190,5 Mrd. S 1992 – verringerte sich jedoch der jährliche Tourismusumsatz auf 179,6 Mrd. S. Der Nachfrageeinbruch erfolgte freilich von einem relativ hohen Niveau aus; Österreich ist noch immer das tourismusintensivste Land im internationalen Reiseverkehr.

### Österreichs Wettbewerbsposition im internationalen europäischen Tourismus

Reale Marktanteile in %



Q: IMF, eigene Berechnungen. Gemessen an den internationalen Zahlungsströmen zu Preisen und Wechselkursen von 1985; 1996: Schätzung

Gegenwärtig liegt der österreichische Marktanteil – gemessen an den Zahlungsströmen im internationalen europäischen Reiseverkehr – bei 7,8%, deutlich unter dem niedrigen Niveau von Mitte der achtziger Jahre.

Gelingt es nicht, eine Neupositionierung des österreichischen Angebotes vorzunehmen, so können die potentiellen Wachstumsmöglichkeiten mittelfristig nicht ausgeschöpft werden. Insgesamt stellt sich deshalb die Frage, ob Österreich den (noch immer) relativ hohen Tourismusanteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung langfristig halten kann oder ob der Tourismussektor verstärkt an Bedeutung verliert und sich mittelfristig dem EU-Durchschnitt annähert.

Als Ursache der Schwierigkeiten im österreichischen Tourismus und seinen Regionen ließen sich – wenn auch mit wechselnder Gewichtung – zum Teil schon immer Faktoren anführen wie

- internationale Nachfrageschwäche (insbesondere in Deutschland),
- Verschlechterung des Preis-Leistungs-Verhältnisses im allgemeinen,
- Abwertungen in einigen wichtigen Konkurrenzländern,
- Modernitäts- und Imagedefizite im Tourismusangebot,
- Entwicklungsrückstände in bezug auf den Einsatz von computergestützten Informations- und Reservierungssystemen,
- Klima- und Wetterfaktoren,
- Zukunftspessimismus oder
- Sonderfaktoren.

Seit dem Ende der achtziger Jahre ist aber ein neuer wichtiger Faktor – die Veränderung der internationalen

## Entwicklung von Einnahmen und Nächtigungen

	Einnahmen <sup>1)</sup>						Nächtigungen <sup>2)</sup>					
	Inländer	Ausländer Mill. S	insgesamt	Inländer Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ausländer	Insgesamt Vorjahr in %	Inländer	Ausländer In Mill	insgesamt	Inländer Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ausländer	Insgesamt Vorjahr in %
Winterhalbjahr												
1979/80	8 161	32 823	40 984	+ 3,0	+ 12,4	+ 10,4	11 523	28 274	39 797	+ 5,1	+ 6,8	+ 6,3
1984/85	9 769	47 290	57 059	+ 3,8	+ 8,3	+ 7,5	10 994	34 315	45 309	- 3,7	+ 3,9	+ 2,0
1987/88	9 494	54 638	64 132	- 7,9	+ 8,8	+ 6,0	11 314	36 766	48 080	+ 0,3	+ 3,0	+ 2,3
1989/90	11 705	66 048	77 753	+ 5,8	+ 5,4	+ 5,4	10 917	37 931	48 848	- 4,0	- 2,9	- 3,2
1990/91	13 488	71 898	85 386	+ 15,2	+ 8,9	+ 9,8	11 603	39 786	51 389	+ 6,3	+ 4,9	+ 5,2
1991/92	14 562	76 279	90 841	+ 8,0	+ 6,1	+ 6,4	11 927	41 148	53 075	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,3
1992/93	14 687	78 350	93 037	+ 0,9	+ 2,7	+ 2,4	11 823	42 227	54 050	- 0,9	+ 2,6	+ 1,8
1993/94	15 718	80 230	95 948	+ 7,0	+ 2,4	+ 3,1	11 987	40 911	52 898	+ 1,4	- 3,1	- 2,1
1994/95	15 518	76 462	91 980	- 1,3	- 4,7	- 4,1	12 056	39 351	51 407	+ 0,6	- 3,8	- 2,8
1995/96	15 547	77 018	92 565	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,6	11 725	38 777	50 502	- 2,7	- 1,5	- 1,8
Sommerhalbjahr												
1980	8 973	47 523	56 496	- 3,2	+ 8,5	+ 6,5	16 991	61 235	78 226	+ 2,0	+ 5,3	+ 4,6
1985	10 848	55 691	66 539	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,9	16 460	51 240	67 700	- 0,5	- 3,3	- 2,6
1988	11 467	63 788	75 255	+ 1,2	+ 11,1	+ 9,5	16 803	51 352	68 155	+ 0,7	+ 2,4	+ 2,0
1990	14 023	78 633	92 656	+ 6,8	+ 9,9	+ 9,4	17 769	56 134	73 903	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,5
1991	15 875	81 131	97 006	+ 13,2	+ 3,2	+ 4,7	18 776	59 341	78 117	+ 5,7	+ 5,7	+ 5,7
1992	16 068	82 550	98 618	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,7	18 736	58 661	77 397	- 0,2	- 1,1	- 0,9
1993	16 278	80 422	96 700	+ 1,3	- 2,6	- 1,9	18 362	55 217	73 579	- 2,0	- 5,9	- 4,9
1994	15 720	72 219	87 939	- 3,4	- 10,2	- 9,1	18 225	51 376	69 601	- 0,7	- 7,0	- 5,4
1995	15 995	70 507	86 502	+ 1,7	- 2,4	- 1,6	17 994	47 580	65 574	- 1,3	- 7,4	- 5,8
1996	15 954	69 985	85 939	- 0,3	- 0,7	- 0,7	17 017	44 863	61 880	- 5,4	- 5,7	- 5,6

Q: ÖSTAT, OeNB, eigene Berechnungen. - <sup>1)</sup> Inländer und Insgesamt: einschließlich Einnahmen im Zuge von Nächtigungen in unentgeltlichen Unterkünften - <sup>2)</sup> Inländer und Insgesamt: ohne Nächtigungen in unentgeltlichen Unterkünften

Wettbewerbsbedingungen – hinzugetreten. Diese einschneidende Veränderung der Rahmenbedingungen läßt sich in ihren verschiedenen Erscheinungsformen unter dem Schlagwort „Globalisierung“ zusammenfassen. Gegenwärtig geht von der Globalisierung des Wettbewerbs die größte Herausforderung für die Bewältigung der touristischen Zukunft aus. Der hohe Anpassungsbedarf ergibt sich nicht nur für Österreich, sondern für viele andere europäische Länder mit alten Tourismusgebieten (Mittelmeerküste, Alpen) und einem hohen Anteil von Klein- und Mittelbetrieben.

Die Globalisierung wurde in erster Linie durch weltweit agierende Anbieter (Airlines, Hotelketten, Reiseveranstalter), strategische Allianzen und Kooperationen, den Einsatz von globalen Distributionssystemen und die stark gesunkenen Transportkosten stimuliert.

Die Globalisierung der Märkte und die rasanten Veränderungen der internationalen Wettbewerbsbedingungen zwingen zum Umdenken und erfordern die Befolgung der Grundsätze des *Destinationsmanagements* im Tourismusmarketing. Destinationsmanagement wird zur Schlüsselkompetenz für das Bestehen im globalen Wettbewerb

### UMSATZ IM WINTER BEREITS UM 6,6 MRD. S HÖHER ALS IM SOMMER

Die österreichische Tourismuswirtschaft konnte im Jahr 1996 vom internationalen Nachfragewachstum nicht profitieren. Im Jahresdurchschnitt 1996 blieben die Tourismusumsätze real neuerlich unter dem Vorjahresniveau (-1½% nach -3½% im Vorjahr), nominell stagnierten sie (1995 -1¼%)

In der Wintersaison 1995/96 erreichten die Tourismumsätze das Niveau des Vorjahres, nachdem im Vorjahr ein Rückgang von 4% gemessen worden war; real gingen die Einnahmen um 1% zurück (1994/95 -7%). Im Binnenreiseverkehr verlief die Entwicklung etwas ungünstiger (-1½%) als im internationalen Reiseverkehr (-1%)

Die Aufwendungen der Österreicher im Zuge von Auslandsreisen stiegen im Winterhalbjahr 1995/96 mit nominell +6¼% und real +3½% zwar deutlich schwächer als im Vorjahr, doch dokumentiert dieser Zuwachs die anhaltende Verschiebung zu ausländischen Reisezielen und zum Teil die Kaufkraftabflüsse. Die wichtigsten Ursachen der kräftigen Steigerung der Auslandsreisen sind die Modernitätsdefizite des heimischen Angebotes und die preisgünstigen Flugpauschalreisen

Die Gesamtzahl der Nächtigungen nahm im Winterhalbjahr 1995/96 um rund 1¼% ab. Nominell wandten die Gäste pro Nächtigung um 2½% mehr auf als im Vorjahr (1994/95 -1½%). Die realen Einnahmen pro Nacht nahmen um ¾% zu, nachdem im Vorjahr ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen gewesen war.

Auf fast allen im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsmärkten mußten Einbußen hingenommen werden. Nächtigungszuwächse von Gästen aus der Schweiz (+6½%) sowie aus Japan (+20%) und Osteuropa (+12½%, Polen +25%, Tschechien und Slowakei +25½%, Rumänien +4¾%, Rußland +3½%, Ungarn +½%, Bulgarien -2¼%) bildeten eine Ausnahme. Ein geringer Anstieg ergab sich für die Nächtigungen von Gästen aus Italien und den USA.

Die Nächtigungszahlen der Landeshauptstädte stagnierten insgesamt; in Wien und Linz konnten mäßige

Nächtigungsentwicklung nach der Herkunft

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	In 1.000						Anteile in %					
<i>Insgesamt</i>	130.073	130.416	127.040	122.360	117.115	112.936	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
<i>Inländer insgesamt</i>	30.431	30.659	30.216	30.144	30.123	28.719	23,40	23,51	23,78	24,64	25,72	25,43
Aus Wien	9.548	9.199	8.891	8.667	8.528	7.942	7,34	7,05	7,00	7,08	7,28	7,03
Aus den übrigen Bundesländern	20.883	21.460	21.325	21.477	21.595	20.777	16,05	16,46	16,79	17,55	18,44	18,40
<i>Ausländer insgesamt</i>	99.642	99.758	96.824	92.216	86.991	84.217	76,60	76,49	76,22	75,36	74,28	74,57
Aus Belgien	2.890	3.010	2.852	2.705	2.615	2.564	2,22	2,31	2,24	2,21	2,23	2,27
Aus Dänemark	1.006	928	851	820	803	792	0,77	0,71	0,67	0,67	0,69	0,70
Aus Deutschland	64.286	64.715	64.979	61.992	58.430	56.304	49,42	49,62	51,15	50,66	49,89	49,85
Aus Finnland	235	196	132	104	112	124	0,18	0,15	0,10	0,08	0,10	0,11
Aus Frankreich	3.170	2.846	2.636	2.354	2.134	2.011	2,44	2,18	2,07	1,92	1,82	1,78
Aus Griechenland	145	135	119	128	135	141	0,11	0,10	0,09	0,10	0,12	0,12
Aus Großbritannien	4.205	4.068	3.680	3.190	2.716	2.370	3,23	3,12	2,90	2,61	2,32	2,10
Aus Italien	3.308	3.609	2.783	2.638	2.211	2.274	2,54	2,77	2,19	2,16	1,89	2,01
Aus den Niederlanden	9.243	8.999	8.443	8.019	7.516	7.029	7,11	6,90	6,65	6,55	6,42	6,22
Aus Norwegen	157	168	135	110	127	119	0,12	0,13	0,11	0,09	0,11	0,11
Aus Schweden	1.414	1.356	1.047	810	710	620	1,09	1,04	0,82	0,66	0,61	0,55
Aus der Schweiz	3.239	3.121	2.926	2.875	2.903	2.972	2,49	2,39	2,30	2,35	2,48	2,63
Aus Bulgarien	45	49	72	74	72	66	0,03	0,04	0,06	0,06	0,06	0,06
Aus Polen	261	303	287	336	391	484	0,20	0,23	0,23	0,27	0,33	0,43
Aus Rumänien	76	69	59	70	72	90	0,06	0,05	0,05	0,06	0,06	0,08
Aus Tschechien und der Slowakei	345	373	240	403	488	579	0,27	0,29	0,19	0,33	0,42	0,51
Aus Ungarn	569	625	649	615	623	568	0,44	0,48	0,51	0,50	0,53	0,50
Aus Australien, Neuseeland	203	194	167	175	180	178	0,16	0,15	0,13	0,14	0,15	0,16
Aus Japan	413	453	441	478	498	539	0,32	0,35	0,35	0,39	0,43	0,48
Aus Kanada	196	208	205	162	152	154	0,15	0,16	0,16	0,13	0,13	0,14
Aus den USA	1.191	1.526	1.371	1.393	1.328	1.412	0,92	1,17	1,08	1,14	1,13	1,25
Aus anderen Ländern	3.045	2.807	2.750	2.765	2.775	2.827	2,34	2,15	2,16	2,26	2,37	2,50

Q: OSTAT; Rundungen können Rechendifferenzen ergeben

Zuwächse erzielt werden. Im übrigen Österreich gingen die Nächtigungen dagegen im Vorjahresvergleich um 2% zurück.

Regional war die Nachfrageentwicklung im Gesamtreiseverkehr des Winterhalbjahres differenziert: Die Zahl der Nächtigungen war in Wien, dem Burgenland und Kärnten höher als 1994/95. Ein gemessen am Österreich-Durchschnitt verhältnismäßig schwacher Rückgang war für Niederösterreich, die Steiermark und Vorarlberg festzustellen. Die relativ schlechtesten Ergebnisse verzeichneten Oberösterreich, Tirol und Salzburg.

SOMMERTOURISMUS RÜCKLÄUFIG, ABER STÄDTETOURISMUS ERFOLGREICH

Die Tourismusumsätze blieben im Sommerhalbjahr 1996 leicht unter den Vergleichswerten des Vorjahres (-3%); die Zahl der Nächtigungen sank hingegen kräftig (-5%). Im gesamten Sommerhalbjahr gingen die Tourismusumsätze real um 2% zurück.

Die Österreicher gaben in der Sommersaison 1996 für Auslandsreisen neuerlich deutlich mehr aus als im Vorjahr (+7%). Diese Nachfrageverschiebung zugunsten ausländischer Reiseziele wurde größtenteils durch die Modernitätsdefizite des heimischen Angebotes und die preisgünstigen Flugpauschalreisen begünstigt.

Die Nächtigungsbilanz nach Herkunftsmärkten spiegelt Erfolge in den USA, in Japan, Spanien und Italien wider. Unter den Gästen aus Osteuropa war vor allem die Nachfrage der Tschechen, Polen und Rumänen leb-

haft. Gäste aus Belgien, Schweden und der Schweiz nächtigten etwa gleich häufig in Österreich wie im Sommer 1995. Stark rückläufig waren die Nächtigungen der Gäste aus den internationalen Hauptherkunftsmärkten wie Großbritannien, den Niederlanden, Deutschland und Frankreich. Insgesamt sank die Zahl der Nächtigungen von Ausländern um 5%. Die Übernachtungen der Österreicher gingen mit -5% etwas schwächer zurück.

Dabei erzielte eine bedeutende Anzahl von Regionen bzw. Gemeinden positive Ergebnisse. Dies gilt in erster Linie für den Städtetourismus (insbesondere in Eisenstadt, Graz und Wien), der im Gegensatz zum übrigen Österreich eine beträchtliche Nachfragesteigerung verzeichnete.

Der Städtetourismus unterliegt anderen Entwicklungsgesetzen als der Tourismus im ländlichen Raum. Die wichtigsten Erfolgsfaktoren sind hier der überdurchschnittliche Internationalisierungsgrad und Fluggästeanteil, die größere Bedeutung von Gästen mit überdurchschnittlichem Einkommen, die stärkere Verankerung im Seminar-, Kongress- und Tagungsbereich, ein größerer Anteil von Dienst- und Geschäftsreisen sowie ein attraktives Kultur- und Unterhaltungsangebot.

Unter den Bundesländern erzielte Wien das beste Ergebnis. In Niederösterreich und dem Burgenland erlitt der Tourismussektor relativ geringe Einbußen, in den anderen Bundesländern empfindlichere. Das schlechteste Ergebnis verzeichnete Kärnten.

Egon Smeral

Statistik: Sabine Fragner



## KRÄFTIGES KONSUMWACHSTUM BEI RÜCKLÄUFIGER SPARNEIGUNG

Die Entwicklung der privaten Konsumnachfrage im Jahr 1996 ist hauptsächlich vor dem Hintergrund der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu sehen. Diese Maßnahmen umfassen u. a. Steuer- und Abgabenerhöhungen (z. B. auf Autos, Strom, Gas, Tabak, Überstunden, Kapitalerträge), die Einführung von Selbstbehalten (Kuren, Rehabilitation) sowie Ausgabenkürzungen (z. B. Notstandshilfe nach einer gewissen Dauer der Arbeitslosigkeit, Geburtenbeihilfe). Sie traten größtenteils zu Jahresmitte (Juni) in Kraft und dämpften nach ersten Schätzungen die Realeinkommen der privaten Haushalte auf Jahresbasis um rund 2%.

Diese Ausgangslage warf die Frage auf, ob die Österreicher auf die mäßige Einkommensentwicklung – wie in der Vergangenheit immer wieder zu beobachten war – mit einer Verringerung ihrer Sparneigung reagieren werden oder mit Angst- bzw. Vorsichtssparen, ob die angekündigten Steuererhöhungen in der ersten Jahreshälfte – ähnlich wie fiskalische Änderungen in der Vergangenheit – Vorziehkäufe auslösen würden.

Die Österreicher gaben 1996 1.346 Mrd. S für Zwecke des privaten Konsums aus, um 3,5% mehr als ein Jahr davor. Der reale Zuwachs war 1996 mit 1,5% niedriger als im längerfristigen Durchschnitt. Bei mäßiger Einkommensentwicklung (nicht zuletzt infolge der gesetzten Konsolidierungsmaßnahmen) wurde er erst durch eine relativ starke Verringerung der Sparneigung ermöglicht.

Nach vorläufigen Berechnungen nahmen die Masseneinkommen (Nettoeinkommen der Unselbständigen) 1996 nominell um 0,9% zu, deutlich schwächer als die Konsumausgaben. Da sich die übrigen Einkommen besser entwickelt haben, ging die Sparquote 1996 deutlich zurück (rund –1 Prozentpunkt), aber nicht so stark, wie aus der Gegenüberstellung von Masseneinkommens- und Konsumententwicklung zu erwarten gewesen wäre. Die Österreicher reagierten also auch 1996 in Summe nicht mit Angstsparen auf die schwächere Einkommensentwicklung, sondern trachteten vorrangig ihre Konsumwünsche zu befriedigen und sparten deshalb weniger. Die Konsumententwicklung wurde damit zu einer wichtigen Konjunkturstütze.

Die schwächere Spartätigkeit der Österreicher zeigt sich auch im Bankensparen: Die Spareinlagen und die Geldkapital- bzw. Geldvermögensbildung stiegen (trotz einer Verdoppelung der Einmalumlage für Lebensversicherungen!)<sup>1)</sup> schwächer als ein Jahr zuvor<sup>2)</sup>.

Die relativ gute Konsumententwicklung steht nicht im Einklang mit der Stimmung der Konsumenten. Nach Erhe-

## Privater Konsum, Masseneinkommen, Sparen des privaten Sektors und Konsumkredite

Nominell

	Privater Konsum	Nettoeinkommen der Unselbständigen	Sparen <sup>1)</sup>	Konsumkredite <sup>2)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd. S	
1993	+4,2	+5,7	+76,17	+21,07
1994	+5,6	+4,8	+84,85	+18,21
1995 <sup>3)</sup>	+4,2	+2,5	+89,46	+49,10
1996	+3,5	+0,9	+45,75	+32,17
1996, IV Quartal	+2,9	-1,0	+53,80	+15,17

<sup>1)</sup> Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten. – <sup>2)</sup> Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an denselben Personenkreis. – <sup>3)</sup> Sparen und Konsumkredite enthalten seit dem IV Quartal 1995 Institutionen ohne Erwerbscharakter.

bungen von Fessel + GfK war der Vertrauensindex (arithmetisches Mittel der erwarteten künftigen Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) 1996 um 11% niedriger als ein Jahr davor. Das Auseinanderklaffen von Konsumentenstimmung und Konsumausgaben ist im Umfeld angekündigter fiskalischer Maßnahmen nicht ungewöhnlich, weil die Stimmungsindikatoren stark auf Medienmeldungen reagieren und so die Diskussion um das „Sparpaket“ und seine möglichen (negativen) Auswirkungen widerspiegeln. Für die Konsumenten war es zugleich angesichts der angekündigten fiskalischen Maßnahmen rational, Käufe vorzuziehen; daraus resultiert die gegenläufige Entwicklung von Stimmungsindikatoren und Nachfrage.

Weil die Maßnahmen hauptsächlich erst mit Jahresmitte in Kraft traten, wurde die Einkommensentwicklung vor diesem Zeitpunkt nicht gedämpft, danach aber umso deutlicher (Konsum 1. Halbjahr 1996 real +2,9%, 2. Halbjahr +0,3%). Die Vorziehkäufe in der ersten Jahreshälfte 1996 erreichten ein ähnliches Niveau wie in vergleichbaren Situationen in der Vergangenheit (1977, 1983). Sie beeinflussten die Konsumententwicklung 1996 insgesamt positiv, weil sie in der Regel durch Kaufzurückhaltung in den folgenden vier Quartalen ausgeglichen werden. Auch in der ersten Jahreshälfte 1997 werden also Folgeeffekte zu spüren sein. Saisonbereinigt war die Konsumnachfrage im 2. Halbjahr 1996 real um rund 1% niedriger als im 1. Halbjahr.

## UMFANGREICHE VORZIEHKÄUFE DAUERHAFTER KONSUMGÜTER

Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern – sie reagiert erfahrungsgemäß relativ deutlich auf Einkommensänderungen und entwickelte sich in den letzten Jahren eher unterdurchschnittlich – nahm 1996 stark zu (real +7,1%). Wegen der Vorziehkäufe<sup>3)</sup> im 1. Halb-

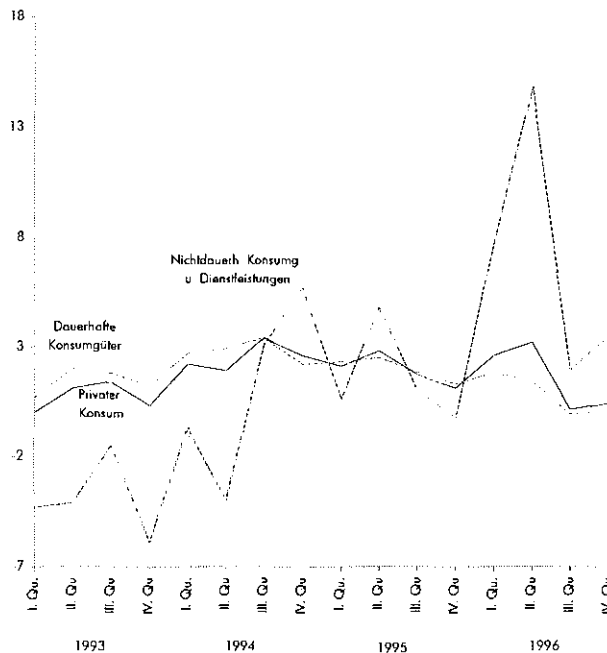
<sup>1)</sup> Vorzieheffekt vor der Anhebung des Steuersatzes auf Versicherungsprämien in Form von Einmalzahlungen mit 1. Juni 1996.

<sup>2)</sup> Ein Teil des Spargeldes dürfte auch in den Nachkauf von Schulzeiten für die Pensionsversicherung geflossen sein, bevor dieser durch das „Sparpaket“ verteuert wurde.

<sup>3)</sup> Vorziehkäufe lohnen sich hauptsächlich bei dauerhaften Konsumgütern wegen des hohen Preises je Kaufeinheit und der größeren Unabhängigkeit des Kaufzeitpunktes.

Nachfrageentwicklung nach Güterarten des privaten Konsums

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %, zu Preisen von 1983



jahr<sup>4)</sup> übertrafen die Ausgaben für diese Güter das Vorjahresniveau um 11,5% (Pkw +21,5%)<sup>5)</sup>. Im 2. Halbjahr war die Zunahme deutlich geringer (+2,7%), die Pkw-Nachfrage ging leicht zurück (-1,5%).

Die Nachfrage nach den übrigen Waren und Dienstleistungen war im Durchschnitt 1996 real um 0,7% höher als im Jahr davor. Da dieses Nachfragesegment relativ schwach auf Einkommensänderungen sowie fiskalische Maßnahmen reagiert, differierte die Entwicklung in den beiden Jahreshälften (1. Halbjahr real +1,6%, 2. Halbjahr real -0,1%) viel weniger als die der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern. Infolge des kalten Winters stiegen die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung (+5,9%) stark. Deutlich nahmen auch die Urlaubsausgaben im Ausland zu (real +3,4%), während die Tourismusausgaben im Inland zurückgingen (-3,1%).

UMSATZZUWACHS IM EINZELHANDEL, RUCKGANG IM GROSSHANDEL

Im Gegensatz zu den letzten Jahren stiegen die Umsätze des Einzelhandels (real +2,1%) 1996 trotz einer

<sup>4)</sup> Da für den privaten Konsum keine Monats-, sondern nur Quartalswerte zur Verfügung stehen, kann – im Gegensatz zum Einzelhandel – die Periode der Vorziehkäufe nicht exakt abgegrenzt werden. Die ersten Maßnahmen traten mit Juni 1996 in Kraft; die Daten des 1. Halbjahres enthalten daher zum Teil schon Effekte der Kaufzurückhaltung als Folge der fiskalischen Maßnahmen.

<sup>5)</sup> Anhebung der NOVA sowie „Echwellen“ des Neuzulassungsskords im Jahr 1992 (Autos werden zu einem guten Teil nach drei bis fünf Jahren ausgetauscht). Auch in der Vergangenheit betrafen Vorziehkäufe immer vor allem Pkw.

Entwicklung des privaten Konsums

Real

	Ø 1976/ 1994	1995	1996	1996 IV. Quartal
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nahrungsmittel und Getränke	+1,3	+0,2	-1,7	-0,4
Tabakwaren	+0,4	-5,9	-2,4	-4,2
Kleidung	+0,7	-5,6	+1,5	-0,1
Wohnungseinrichtung und Hausrat <sup>1)</sup>	+2,6	+2,9	+4,9	+5,8
Heizung und Beleuchtung	+2,2	+5,0	+5,9	-1,4
Bildung, Unterhaltung, Erholung	+4,1	+7,3	+3,0	+2,6
Verkehr	+2,9	+1,1	+3,8	+0,1
Privater Konsum insgesamt	+2,3	+1,9	+1,5	+0,4
Dauerhafte Konsumgüter	+2,7	+1,5	+7,1	+3,5

Q: ÖSTAT, eigene Berechnungen; vorläufige Werte – <sup>1)</sup> Einschließlich Haushaltsführung.

schwachen Tourismusedwicklung (die Ausgaben der Ausländer im Inland, die zu etwa 20% für „Shopping“ verwendet werden, gingen 1996 real um 1,2% zurück) etwa gleich stark wie die Konsumausgaben der Österreicher<sup>6)</sup>. Die günstige Entwicklung ging vor allem auf die lebhaftere Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern<sup>7)</sup> zurück, die im Handel ein wesentlich höheres Gewicht haben als in den Konsumausgaben<sup>8)</sup>.

Die Auswirkungen des „Sparpakets“ spiegeln die Umsatzentwicklung des Einzelhandels deutlich wider. Bis zum Inkrafttreten der ersten Maßnahmen des „Sparpakets“ (Durchschnitt der Monate Jänner bis Mai) ergab sich ein realer Anstieg von 4,8%, danach nur noch von 0,3%. Noch deutlicher verlangsamte sich das Wachstum der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (Durchschnitt Jänner bis Mai real +11,7%, Durchschnitt Juni bis Dezember +1,4%).

Dabei brach die Umsatzentwicklung zunächst sehr deutlich ein (Juni Einzelhandel real -4,7%, Umsätze einschlägiger Branchen mit dauerhaften Konsumgütern -12,1%) und erholte sich danach etwas. Offenbar befürchteten die Konsumenten größere Einkommenseinbußen durch das „Sparpaket“<sup>9)</sup>. Zum Teil kann das auch

<sup>6)</sup> Für den Konsum sind die Ausgaben der Österreicher im In- und Ausland maßgebend (Inländerkonzept), für den Handel hingegen die Ausgaben der Österreicher und der Ausländer in Österreich (Inlandskonzept).

<sup>7)</sup> Die Erfassung der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern differiert zwischen Handel und Konsum hauptsächlich wegen der unterschiedlichen Behandlung der Pkw-Nachfrage. Während in den Konsum nur die Neuzulassungen für Privatpersonen eingehen, erfaßt der Handel die Umsätze des Fahrzeughandels, also auch Fahrzeuginvestitionen, deren Entwicklung von der der Konsumnachfrage deutlich abweichen kann.

<sup>8)</sup> Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter machten 1996 etwa 33,4% der Einzelhandelsumsätze aus, der Anteil an den Konsumausgaben (sie enthalten auch die Ausgaben für Dienstleistungen, die nicht über den Handel bezogen werden können) lag hingegen bei nur 13,6%.

<sup>9)</sup> Dies steht auch im Einklang mit Befragungen, wonach der Anteil der vom „Sparpaket“ Betroffenen oder stark Betroffenen im August signifikant niedriger war als im Juni.

## Umsätze im Groß- und Einzelhandel

Real

	Ø 1973/ 1994	1995	1996	1996 IV. Quartal
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	gegen das Vorjahr in %	gegen das Vorjahr in %
Großhandel	+3,4	-0,5	-1,2	+2,0
Agrarzerzeugnisse Lebens- und Genußmittel	+2,6	-4,0	+2,9	+7,3
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+1,3	-1,7	-7,3	-5,4
Fertigwaren	+5,0	+1,4	-1,9	+1,1
Einzelhandel	+2,0	-0,2	+2,1	+1,6
Dauerhafte Konsumgüter	+3,2	+1,5	+5,5	+4,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+1,6	-1,1	+0,4	+0,4

Q: Indizes des ÖSTAT Ø 1973 = 100

damit zusammenhängen, daß ein Teil der ursprünglich für Juni geplanten Maßnahmen aus technischen Gründen auf den Jänner 1997 verschoben werden mußte (z. B. höhere Besteuerung des 13 und 14 Monatsgehaltes durch geänderte Behandlung der Sozialversicherungsbeiträge).

Die Umsätze des Großhandels werden erfahrungsgemäß stärker als die des Einzelhandels von Konjunkturschwankungen beeinflusst, weil sie neben der Konsumnachfrage u. a. auch von der Entwicklung der Industrieproduktion und der Auslandsnachfrage abhängen. Sie unterschritten 1996 das Vorjahresniveau real um 1,2%. Einem Umsatzrückgang von 3,2% im 1. Halbjahr folgte mit der Konjunkturbelebung im 2. Halbjahr ein leichter Zuwachs (+0,7%).

Gemessen am impliziten Preisindex stagnierten die Preise im Einzelhandel 1996 (-0,1%), nicht zuletzt wegen des vermehrten Wettbewerbsdrucks im Gefolge des EU-Beitritts. Dauerhafte Konsumgüter waren etwas billiger (-1,1%), nichtdauerhafte geringfügig teurer (+0,5%).

Im Großhandel gingen 1996 die Preise um 0,7% zurück. Vor allem Agrarprodukte wurden billiger angeboten (-4,4%), während Fertigwaren gleich viel (+0,1%), Rohstoffe und Halbwaren mehr kosteten als 1995. Letzteres muß im Zusammenhang mit der internationalen Preisentwicklung und der Anhebung von Verbrauchsteuern gesehen werden.

Trotz der lebhaften Umsatzentwicklung ging die Beschäftigung im Einzelhandel 1996 zurück (-1,3%), und die Produktivität (gemessen am realen Umsatz je Beschäftigten) stieg deutlich. Offenbar zwingt der nicht zuletzt durch den EU-Beitritt verschärfte Wettbewerbsdruck immer mehr zu Rationalisierungen. Diese Entwicklung wird allerdings durch die Vorziehkäufe überzeichnet, weil diese wie erwähnt die Umsatzentwicklung 1996 insgesamt positiv beeinflussten.

Im Großhandel ging die Beschäftigung 1996 (-1,4%) ähnlich stark zurück wie im Einzelhandel, die Produktivität nahm hingegen nur leicht zu. Schon im Vorjahr hatte

## Umsätze und Wareneingänge im Groß- und Einzelhandel

Nominell

	Ø 1973/ 1994	1995	1996	1996 IV. Quartal
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	gegen das Vorjahr in %	gegen das Vorjahr in %
Großhandel				
Umsätze	+5,8	-0,8	-1,8	+2,1
Agrarzerzeugnisse Lebens- und Genußmittel	+4,7	-10,0	-1,5	+5,2
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+4,5	+4,2	-4,3	-2,0
Fertigwaren	+7,1	+1,2	-1,8	+1,8
Wareneingänge	+5,7	-2,1	-1,9	+2,5
Einzelhandel				
Umsätze	+5,3	-0,3	+2,1	+1,8
Dauerhafte Konsumgüter	+6,1	+1,5	+4,6	+2,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+5,1	-1,1	+1,0	+1,5
Wareneingänge	+5,2	-1,2	+3,0	+1,9

Q: Indizes des ÖSTAT Ø 1973 = 100; Nettowerte ohne Mehrwertsteuer

der Großhandel seine Rationalisierungspotentiale weitgehend ausschöpfen müssen, weil seine Aktionsradien durch den EU-Beitritt (Abschaffung der Grenzkontrollen) schlagartig verändert worden waren.

Die Lager des Einzelhandels wurden 1996 tendenziell aufgestockt, die des Großhandels blieben unverändert. Die Wareneingänge nahmen im Einzelhandel (nominell +3,0%) stärker zu als die Umsätze (nominell +2,1%), im Großhandel gingen sie etwa gleich stark zurück (Wareneingänge -1,9%, Umsätze -1,8%).

Michael Wüger

Statistik: Martina Einsiedl

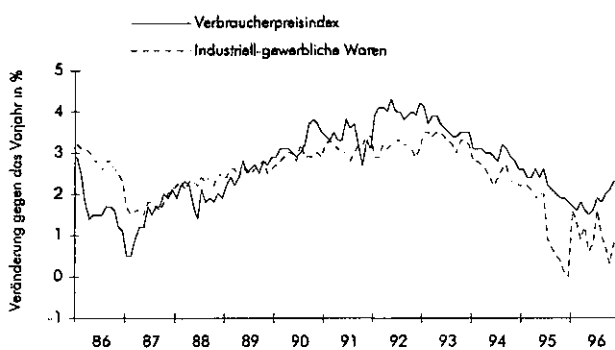
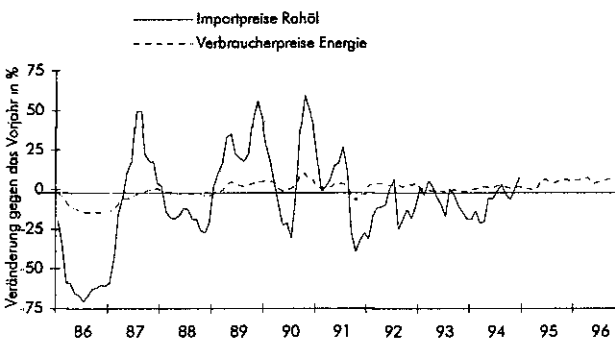
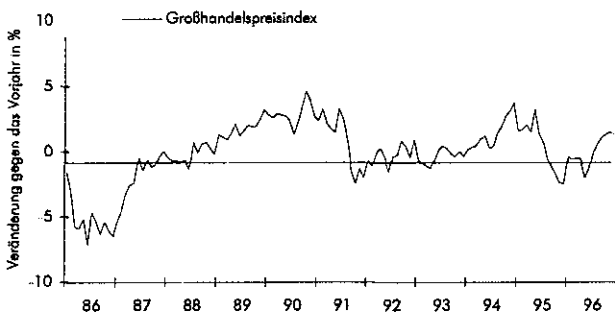
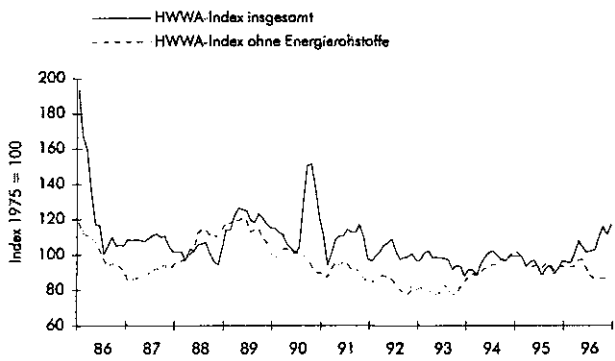
## NACHLASSEN DES LOHN- UND PREISAUFTRIEBS

Die Inflation verlangsamte sich 1996 in nahezu allen OECD-Ländern. Auch in Österreich schwächte sich der Lohn- und Preisauftrieb ab. Im 2. Halbjahr 1996 beschleunigte sich die Inflation allerdings wieder, als die preisdämpfenden Effekte der EU-Integration schwächer wurden; der Abstand zur Inflationsrate in Westdeutschland blieb aufrecht.

## GESPALTENE ENTWICKLUNG DER ROHSTOFFPREISE

Die Preise nichtenergetischer Rohstoffe gaben im Laufe des Jahres 1996 leicht nach. Sie lagen auf Dollarbasis laut HWWA-Index im Jahresdurchschnitt um 8,6% unter dem Vorjahresniveau. Dagegen hielt der Preisauftrieb der Energierohstoffe an und beschleunigte sich zu Jahresende deutlich. Die Notierungen der Energierohstoffe überstiegen im Jahresdurchschnitt den Vorjahresstand um 15,4%. Infolge der Aufwertung des Dollars gegenüber dem Schilling fiel die Kostenbelastung der heimischen Verarbeiter jedoch etwas höher aus: Energieroh-

Überblick über die Preisentwicklung



stoffe waren auf Schillingbasis um 21,3% teurer als im Vorjahr, nichtenergetische Rohstoffe verbilligten sich um nur 4,1%.

Auf der Großhandelsebene machten der auch 1996 anhaltende Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte sowie nahezu unveränderte Lohnstückkosten den Anstieg der Rohstoffpreise weit. Konsumgüter verbilligten sich um 1,5%, die Preise von Investitionsgütern blieben fast

Entwicklung der Preise

	Ø 1986/1996 Jährliche Veränderung in %	1995 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1996 Veränderung gegen das Vorjahr in %
<b>Weltmarktpreise insgesamt<sup>1)</sup></b>			
Dollarbasis	+ 1,9	+ 10,1	+ 6,5
Schillingbasis	- 1,8	- 2,5	+ 11,9
Ohne Energierohstoffe	- 1,2	+ 1,0	- 4,1
Nahrungs- und Genußmittel	- 3,0	- 8,3	+ 2,2
Industrierohstoffe	- 0,1	+ 5,9	- 6,9
Agrarische Industrierohstoffe	- 0,1	+ 10,3	- 7,9
NE-Metalle	- 0,2	+ 8,6	- 11,5
Energierohstoffe	- 2,1	- 4,5	+ 21,3
<b>Preisindex des Brutto-Inlandsproduktes<sup>2)</sup></b>			
Importpreise <sup>3)</sup>	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0
Exportpreise <sup>3)</sup>	+ 0,1	+ 1,0	- 0,3
<b>Preisindex des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens</b>			
Anlageinvestitionen	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,7
Bauten	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,2
Bauten	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,0
Ausrüstungen	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4
Privater Konsum <sup>3)</sup>	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,0

<sup>1)</sup> HWWA-Index, Neuberechnung mit Basis 1975. - <sup>2)</sup> 1996: Prognose. - <sup>3)</sup> Im engeren Sinn (ohne Dienstleistungen) WIFO-Schätzung laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung

stabil (+0,6%), Intermediärgüter dagegen verteuerten sich im Jahresdurchschnitt um 1,6%

EU-INTEGRATION ÖSTERREICHS DÄMPFT PREISAUFTRIEB

Die Auswirkungen des Beitritts zur EU dominierten auch 1996 die Preisentwicklung (siehe dazu Pollan, W., „Der Verlauf der Verbraucherpreise nach dem EU-Beitritt“, WIFO-Monatsberichte, 1996, 69/91, S. 573-582). Zieht man den Preisverlauf in Westdeutschland als Maßstab heran, so kann die preisdämpfende Wirkung der Integration Österreichs in einen großen Wirtschaftsraum auf ½ Prozentpunkt im 1. Halbjahr 1996 und auf etwas weniger im 2. Halbjahr geschätzt werden. Der überwiegende Teil davon geht auf die Stabilisierung der Preise von industriellen und gewerblichen Waren zurück; mehr und mehr dürfte auch die Abschwächung des Auftriebs der Dienstleistungspreise dazu beigetragen haben.

Von 1,9% im IV. Quartal 1995 ermäßigte sich die Inflationsrate auf 1,7% im I. Quartal 1996 und dann weiter auf 1,6% im II. Quartal. Die Sommermonate brachten allerdings eine Wende: Die Inflation beschleunigte sich wieder und erreichte im November und Dezember Höchstwerte von 2,3% Waren Nahrungsmittel im 1. Halbjahr noch billiger als im Vorjahr, so kosteten sie im 2. Halbjahr etwas mehr. Ähnlich drehten auch die Veränderungsdaten der Preise industrieller Waren von einem Rückgang zu einem Anstieg. Überdies erhöhte die Ausweitung der Energiesteuer auf Gas und elektrischen Strom im Juni die Teuerungsrate (rund +0,2 Prozentpunkte) ebenso wie der durch die Rohölverteuerung ausgelöste Anstieg der Benzin- und Heizölpreise, der bis Ende des Jahres anhielt.

## Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1986/1996	1995	1996
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Index der Verbraucherpreise	+2,7	+2,2	+1,9
Saisonwaren	+1,8	+3,0	-1,2
Nicht-saisonwaren	+2,7	+2,2	+1,9
<i>Verbrauchsgruppen</i>			
Ernährung und Getränke	+1,9	-0,5	+0,8
Tabakwaren	+2,3	+3,4	+3,4
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+4,3	+5,7	+4,2
Beleuchtung und Beheizung	+0,4	+1,0	+5,3
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+2,2	+1,5	+0,5
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+2,6	+1,5	-0,8
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+2,4	+1,9	+0,9
Körper- und Gesundheitspflege	+4,0	+3,9	+1,8
Freizeit und Bildung	+2,9	+2,5	+1,0
Verkehr	+2,9	+3,2	+3,2
<i>Gliederung nach Warenart</i>			
Nahrungsmittel	+1,4	-1,7	+0,1
Tabakwaren	+2,3	+3,4	+3,4
Industrielle und gewerbliche Waren	+2,3	+1,3	-0,1
Dienstleistungen (nicht preisreguliert)	+4,0	+3,4	+2,3
Tarife (ohne Strom und Gas)	+3,4	+3,5	+3,0
Energie	+1,2	+3,7	+6,4
Mieten	+4,9	+7,6	+6,1
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung	+3,7	+4,7	+2,2

In einer Gliederung nach Warenart zeigt sich in den meisten Bereichen eine Verlangsamung der Inflation. Eine Verstärkung des Preisauftriebs ist nur für Nahrungsmittel (1995 -1,7%, 1996 +0,1%) sowie für Energie (1995 +3,7%, 1996 +6,4%) zu beobachten. Die Tabakwarenpreise stiegen mit derselben Rate (+3,4%) wie im Jahr zuvor, die Preise von industriellen und gewerblichen Waren hielten das Niveau des Vorjahres. Dienstleistungen verteuerten sich etwas weniger stark als 1995; dazu dürften sowohl die Verlangsamung des Lohnauftriebs als auch die Verstärkung des Wettbewerbs als Folge des EU-Beitritts beigetragen haben. Auch die Erhöhung der Mieten wurde gegen Ende des Jahres gebremst; die Teuerungsrate ging im Jahresdurchschnitt von 7,6% auf 6,1% zurück. Die Teuerungsrate der Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung (Baumaterial, Arbeiten und Reparaturen, Gemeindeabgaben) war mit 2,2% weniger als halb so hoch wie im Vorjahr.

## DEUTLICHE ABSCHWÄCHUNG DES LOHNAUFTRIEBS

Die überraschende Wende im Konjunkturverlauf schlug sich 1995 in der Herbstlohnrunde noch nicht nieder. Obwohl sich das Wirtschaftswachstum ab der Jahresmitte deutlich abschwächte, sah der Lohnabschluß der Metallarbeiter im Herbst die gleichen Lohnzuwächse vor wie 1994, als mit einer Konjunkturbelebung gerechnet worden war. Erst der Abschluß der Handelsangestellten, die Gehaltsrunde im öffentlichen Dienst und die Frühjahrslohnrunde trugen der Abflachung der Konjunktur Rechnung.

## Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	1995	1996	1995	1996	1995	1996
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+3,7	+3,1	+3,3 <sup>1)</sup>	+2,0 <sup>1)</sup>	+3,4	+2,4
Ohne öffentlichen Dienst	+3,7	+3,1	+3,6 <sup>1)</sup>	+2,9 <sup>1)</sup>	+3,6	+3,0
Gewerbe	+3,7	+3,0	+3,6	+3,3	+3,7	+3,1
Baugewerbe	+3,8	+2,9	+3,7	+2,6	+3,7	+2,8
Industrie	+3,7	+3,3	+3,7	+3,4	+3,7	+3,3
Handel	+3,7	+3,1	+3,5	+2,8	+3,6	+2,9
Verkehr	+3,8	+1,6	+3,5 <sup>1)</sup>	+2,8 <sup>1)</sup>	+3,5	+2,5
Fremdenverkehr	+3,6	+3,0	+2,8	+2,2	+3,4	+2,8
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen			+3,2	+2,4	+3,2	+2,4
Freie Berufe			+5,1	+2,1	+5,1	+2,1
Land- und Forstwirtschaft	+3,0	+2,4	+3,2	+2,0	+3,1	+2,3
Öffentlicher Dienst			+2,9 <sup>2)</sup>	+0,3 <sup>2)</sup>	+2,9	+0,3

<sup>1)</sup> Angestellte und Bedienstete - <sup>2)</sup> Bedienstete

Der Abschluß für die Arbeiter der Metallindustrie und die Industrieangestellten sah eine Anhebung der Mindestlöhne und -gehälter um 3,8% und der Ist-Verdienste um 3,5%, mindestens aber um 650 S und eine einmalige Prämie von 2.500 S vor. Die Ist-Löhne der Metallarbeiter stiegen damit im Durchschnitt um 4,3%. Während sich die Vereinbarungen für das Metallgewerbe und die Energieversorgungsunternehmen nach diesem Abschluß orientierten, blieben die Kollektivvertragsvereinbarungen der nunmehr selbständigen ÖBB mit einer Anhebung der Mindestgehälter um 2,3% und jene der Handelsangestellten mit +2,8% deutlich zurück. Die wichtigsten Abschlüsse in der Frühjahrslohnrunde sahen für das Gastgewerbe Kollektivvertragserhöhungen um 2,55%, für die Textilindustrie um 2,3% sowie für die Bauwirtschaft ab 1. Mai 1996 um 2,4% und ab 1. Mai 1997 um 2,8% vor. Als Beitrag zu den Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand einigten sich schließlich die Gebietskörperschaften mit den Gewerkschaften auf eine zweijährige Gehaltspause und eine Abgeltung in Form von Einmalzahlungen von 2.700 S für 1996 und 3.600 S für 1997.

Die Tariflöhne stiegen im Jahresdurchschnitt 1996 in der Gesamtwirtschaft mit +2,4% um fast 1 Prozentpunkt schwächer als im Jahr zuvor. In der Privatwirtschaft war die Entwicklung der Tariflöhne nach der sozialen Stellung relativ einheitlich: Die Mindestlöhne der Arbeiter stiegen um 3,1% und die Mindestgehälter der Angestellten um 2,9%. Beträchtlich differierte aber die Entwicklung nach Sektoren: Der öffentliche Sektor, der schon im bisherigen Verlauf der neunziger Jahre deutlich hinter der Entwicklung in der Privatwirtschaft zurückgeblieben war, verzeichnete 1996 eine Zunahme des Tariflohnindex von nur 0,3%, da die Einmalzahlung nicht in den Index eingerechnet wird. Am stärksten stiegen die Mindestlöhne in der Sachgüterproduktion (Industrie +3,3%, Gewerbe +3,1%). Das Baugewerbe und der Tourismussektor erhöhten die Tariflöhne mit jeweils +2,8%, der Handel mit +2,9% fast im gleichen Ausmaß wie der Durchschnitt der Privatwirtschaft (+3,0%).

Masseneinkommen

	Ø 1986/1996 Jährliche Veränderung in %	1995 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1996
Private Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+4,9	+4,0	+1,3
Öffentliche Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+4,9	+3,2	+1,3
Leistungseinkommen, brutto	+4,9	+3,8	+1,3
Je Beschäftigten	+4,2	+3,8	+1,9
Real <sup>1)</sup>	+1,4	+1,5	+0,0
Transfereinkommen, brutto	+6,0	+3,0	+2,8
Abzüge insgesamt	+6,0	+7,5	+5,2
Masseneinkommen, netto	+5,0	+2,5	+0,9
Real <sup>1)</sup>	+2,3	+0,2	-1,0

<sup>1)</sup> Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex

Deutlich schwächer entwickelten sich die Mindestlöhne in der Geld- und Kreditwirtschaft (+2,4%) sowie für die Beschäftigten der freien Berufe (+2,1%)

Die Wachstumsverlangsamung seit Mitte 1995 dämpfte auch die Entwicklung der Effektivverdienste. Waren die gesamtwirtschaftlichen Leistungseinkommen 1995 noch um 3,8% gestiegen, so nahmen sie 1996 sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor um nur 1,3% zu. Da die Beschäftigung um 0,6% sank, erhöhten sich die Leistungseinkommen je unselbständig Beschäftigten um 1,9%, um fast 2 Prozentpunkte schwächer als 1995. Bei einer Tariflohnsteigerung um 2,4% ergab sich damit wie im Vorjahr eine negative Lohndrift im Ausmaß von ½ Prozentpunkt

Über die Entwicklung der Effektivverdienste in den einzelnen Sektoren stehen für 1996 noch keine Daten zur Verfügung, da die Umstellung der Erhebung auf das System des Statistischen Zentralamtes der Europäischen Gemeinschaften noch nicht abgeschlossen ist. Lediglich für die Industrie liegen Daten aus der halb-jährigen Lohnerhebung der Wirtschaftskammer vor; sie weisen auf eine Steigerung der Stundenverdienste der Arbeiter um 4,0% im 1. Halbjahr und 3,1% im 2. Halbjahr hin.

REALE NETTO-MASSENEINKOMMEN 1996  
UM GUT 1% GESUNKEN

Neben der Abschwächung der Verdienstentwicklung drücken auch die Maßnahmen im Rahmen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die Entwicklung der Massenkaukraft. Die Transferzahlungen an die Haushalte waren nach Zuwächsen zwischen 7% und 8% schon im Vorjahr um nur noch 3% gewachsen und stiegen 1996 um nur 2,8%. Da aber die Abzüge um 5,2% zunahm, waren die nominellen Masseneinkommen um nur 0,9% höher als im Vorjahr (1995 +2,5%). Bei einer Teuerungsrate von 2% (gemessen am Deflator des privaten Konsums) schrumpfte damit die reale Kaufkraft der Lohn- und Transferleistungsbezieher nach diesen vorläufigen Daten um gut 1%.

Lohnrunde 1996

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluß	
		Mindestlöhne <sup>1)</sup> Erhöhung in %	Ist-Löhne
<i>Öffentlicher Dienst</i>	Jänner	+0,2	
	April	+0,1 <sup>2)</sup>	
<i>Arbeiter</i>			
Metallgewerbe	Jänner	+3,8	
Erdölverarbeitung	Februar	+3,5	+3,2 <sup>3)</sup>
Druck und Grafik	März	+2,6	
Bekleidungsindustrie	April	+2,3 <sup>4)</sup>	
Textilindustrie	April	+2,3	
Stein- und keramische Industrie	Mai	+2,4	+2,0
Bauwirtschaft	Mai	+2,4	
Bauneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+3,3	
Holzverarbeitung	Mai	+2,7	+2,3
Chemische Industrie	Mai	+3,3	+2,5 <sup>4)</sup>
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+2,6	
Glasindustrie	Juni	+1,7	
Metallindustrie	November	+2,6	+2,0
<i>Angestellte</i>			
Handel	Jänner	+2,8	
Banken	Februar	+2,5	
Holzverarbeitung	März	+2,7	
Versicherungen	April	+2,8	
Textilindustrie	April	+2,1	+1,4 <sup>4)</sup>
Papierindustrie	Oktober	+2,2	+1,6
Glasindustrie	November	+2,1	+1,7
Chemische Industrie	November	+2,6	+2,0
Metallindustrie	November	+2,6	+2,0
Stein- und keramische Industrie	November	+2,3	
	Dezember		+1,6

<sup>1)</sup> Laut Tariflohnindex. - <sup>2)</sup> Einmalzahlung 2.700 S. - <sup>3)</sup> Zusätzlich Einmalzahlung von 5.000 S. - <sup>4)</sup> Juni +0,2% - <sup>5)</sup> Mindestens 500 S. - <sup>6)</sup> Mindestens 100 S.

HERBSTLOHNRUNDE 1996

Die Konjunkturabschwächung seit der Mitte des Vorjahres und Beschäftigungseinbußen dämpften die Abschlüsse der Frühjahrslohnrunde 1996 bereits merklich. Die Lohnverhandlungen standen im Herbst 1996 im Gefolge der Produktionsauslagerungen bei Semperit und der sich abzeichnenden weiteren Zunahme des Leistungsbilanzdefizits unter dem Eindruck der Globalisierungs- und Standortdebatte und brachten deutlich niedrigere Abschlüsse als im Jahr zuvor.

Die Lohnrunde wurde – wie schon seit einigen Jahren – mit gemeinsamen Kollektivvertragsverhandlungen für Metallarbeiter und Industrieangestellte eröffnet. Der Abschluß sieht ab November 1996 eine Anhebung der Mindestlöhne und -gehälter um 2,6% und der Ist-Verdienste um 2,0% mit Differenzierungen – d. h. niedrigeren Abschlüssen – für die Angestellten einiger Branchen außerhalb des Metallbereichs vor. Ferner wurden weitere Verhandlungen über eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit vereinbart. Im Metallgewerbe wurden Löhne und Arbeitszeitregelung gemeinsam verhandelt. Nach langwierigen, von Abbruch und Demonstrationen begleiteten Verhandlungen wurde für die tariflichen Mindestlöhne die gleiche Erhöhung und für die Ist-Löhne mit 1,8% eine niedrigere Rate vereinbart als für die Beschäftigten der Metallindustrie. Die Arbeitszeitregelung im Metallgewerbe sieht nun bei Aufrechterhaltung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 38½ Stunden

die Möglichkeit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit bis 45 Stunden – tägliche Arbeitszeit bis 9 Stunden – bei einem Durchrechnungszeitraum von einem Jahr vor Bis zu 40 Wochenstunden fällt kein Überstundenzuschlag an; die 41. bis 45. Wochenstunde muß mit einem Zuschlag in Form eines Zeitausgleichs von zusätzlich 25% (15 Minuten je Stunde) abgegolten werden. Für die Branchen der Metallindustrie zeichnet sich eine ähnliche Arbeitszeitregelung ab, bis zum Redaktionsschluß des vorliegenden Berichts wurde jedoch aufgrund des Widerstands eines Fachverbandes noch keine Einigung erzielt.

Der nunmehr eigenständige Abschluß der Eisenbahner sieht – ähnlich wie die Regelung für den öffentlichen Dienst aus dem Vorjahr (+ 3 600 S) – nur eine Einmalzahlung von insgesamt 1.750 S sowie ab Juli 1997 monatliche Zahlungen von 250 S vor. Der Handel vereinbarte eine Anhebung der Kollektivvertragsgehälter um durchschnittlich 1,95% ab 1. Jänner 1997. Auch für die Arbeiter der Papierindustrie und im Güterbeförderungsgewerbe traten mit Jahresbeginn neue Kollektivverträge in Kraft: In der Papierindustrie wurden die Mindestlöhne um 2,2% und die Ist-Löhne um 1,8% angehoben, im Transportgewerbe die Kollektivvertragslöhne um 2,8%. Der neue Kollektivvertrag der Erdölindustrie sieht ab 1. Februar 1997 um 2,3% höhere Mindestlöhne und -gehälter und um 2% höhere Ist-Verdienste vor.

Laut Tariflohnindex ergibt sich für die ersten zwei Monate 1997 eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Tariflöhne um 1,7%, für die Privatwirtschaft 2,1% und den öffentlichen Dienst 0,1%.

Alois Guger, Wolfgang Pollan

Statistik: Eva Latschka, Annamaria Rammel

## SINKENDE BESCHÄFTIGUNG PRÄGT ARBEITSMARKTLAGE

Der Arbeitsmarkt war Anfang 1996 von einem massiven Beschäftigungseinbruch gekennzeichnet. Die Zahl der Beschäftigten sank im I. Quartal 1996 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 39.500 (-1,3%). In

den folgenden Monaten schwächte sich der Arbeitsplatzverlust – vor allem dank der witterungsbedingt verbesserten Lage in der Bauwirtschaft – zunehmend ab

*Das relativ schwache Wirtschaftswachstum, Umstrukturierungsprozesse im Produktions- und im marktorientierten Dienstleistungsbe- reich sowie der Aufnahmestopp in weiten Teilen des öffentlichen Sektors hatten 1996 einen spürbaren Rückgang der Beschäfti- gung zur Folge. Weil das Arbeitskräftean- gebot sank, schlugen sich die Arbeitsplatz- verluste nicht im vollen Ausmaß in einem Anstieg der ausgewiesenen Arbeitslosigkeit nieder.*

(III. Quartal -0,9%, III. Quartal -0,4%, IV. Quartal -0,1%).

Die Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage wurde 1996 von drei Faktoren geprägt: dem geringen Wirtschaftswachstum, den verschärften Wettbewerbsbedingungen im Produktionsbereich und in zuvor geschützten Branchen des marktorientierten Dienstleistungssektors sowie der – budgetbedingt – sinkenden Aufnahmekapazität des öffentlichen Sektors. In der Folge sank die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um 20.900. Diese Entwicklung der Gesamtbeschäftigung überzeichnet jedoch die Verringerung des Bestands an produktiv Beschäftigten, denn die Zahl der beschäftigten Karenzurlaubsgeldbezieherinnen und Präsenzdienner war um insgesamt 4.400 niedriger als im Vorjahr. (Die Zahl der beschäftigten Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld sinkt zwar seit Jahren, jene der arbeitslosen Karenzurlaubsgeldbezieherinnen steigt jedoch: Zwischen 1994 und 1996 erhöhte sich der Anteil der Arbeitslosen von 26% auf 31%.) Die Zahl der produktiv Beschäftigten sank somit um 16.500 unter das Vorjahresniveau (-0,6%).

Die Zahl aller Erwerbstätigen nahm infolge der Abwanderung aus der Land- und Forstwirtschaft stärker ab. Der Abgang aus der Landwirtschaft (zum Großteil in die

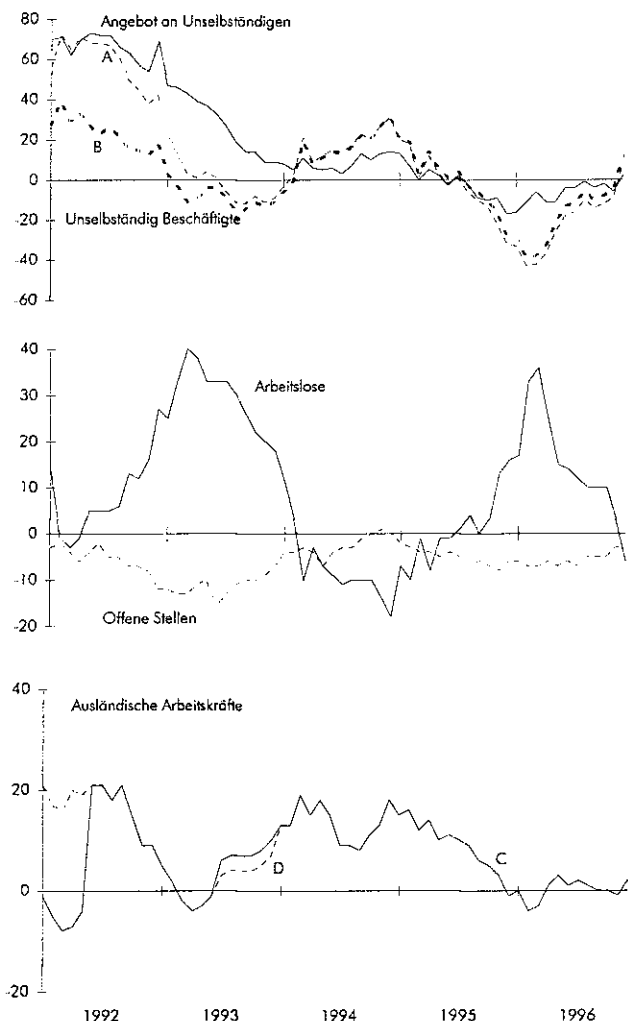
### Der Arbeitsmarkt 1996

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Karenzurlauber	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1992	3.055.800	+ 58.500	76.500	193.100	+ 8.100	44.100	- 5.300
Ø 1993	3.054.900	- 900	84.100	222.300	+ 29.200	32.900	- 11.200
Ø 1994	3.070.700	+ 15.800	85.400	214.900	- 7.300	30.200	- 2.700
Ø 1995	3.068.200	- 2.500	82.800	215.700	+ 800	25.000	- 5.200
Ø 1996	3.047.300	- 20.900	78.800	230.500	+ 14.800	19.400	- 5.600
1996, Ø I. Quartal	2.983.900	- 39.500	80.200	284.600	+ 28.400	19.700	- 6.300
Ø II. Quartal	3.041.700	- 26.800	79.100	211.300	+ 17.900	22.600	- 6.500
Ø III. Quartal	3.120.100	- 13.300	78.200	189.500	+ 10.600	19.800	- 5.500
Ø IV. Quartal	3.043.200	- 4.100	77.400	236.600	+ 2.200	15.600	- 3.800

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Arbeitsmarktservice Österreich Unselbständig Beschäftigte einschließlich Bezieher von Karenzurlaubsgeld

Der Arbeitsmarkt seit 1992

Veränderung gegen das Vorjahr in 1 000



A ... offizielle Beschäftigung einschließlich Bezieher von Karenzurlaubsgeld, B ... Beschäftigung ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld, C ... offizielle Zeitreihe des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, ab 1994 Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, D ... bereinigt um statistische Brüche (WIFO-Schätzung). – Die Entwicklung der Zahl der unselbständig Beschäftigten wurde durch die Neuregelung der Karenz stark beeinflusst; die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung ist nur aus B ersichtlich

Pension) wurde durch den Anstieg der Zahl gewerblich und freiberuflich Selbständiger nicht ganz kompensiert. Insgesamt verringerte sich die Zahl der selbständig und unselbständig Erwerbstätigen damit gegenüber dem Jahr 1995 um rund 28 300 (-0,7%).

Daß sich der Verlust an Arbeitsplätzen nicht in vollem Ausmaß in der Arbeitslosenzahl niederschlug, ist einem Sinken des Arbeitskräfteangebotes um 9 000 Personen zuzuschreiben. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen stieg im Jahresdurchschnitt gegenüber 1995 um 14 800 (+6,9%). Nach traditioneller Berechnung stieg die Arbeitslosenquote von 6,6% auf 7,0% („EU-Quote“ laut Fortschreibung durch das AMS 4,1%, 1995 laut Eurostat 3,8%).

Die Nachfragedynamik des Dienstleistungssektors reichte mit einem Beschäftigungsplus von 6.700 (+0,3%) bei weitem nicht aus, den Beschäftigungsrückgang von

Unselbständig Beschäftigte 1996 nach Wirtschaftsklassen

	1995		1996	
	Stand	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	In %
	Absolut	Absolut	Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	26 046	25 879	- 167	-0,6
Bergbau, Industrie und Gewerbe	945 336	922 295	-23 041	-2,4
Bergbau, Steine und Erden	14 618	14 578	- 40	-0,3
Nahrung, Getränke, Tabak	83 508	81 202	- 2 306	-2,8
Textilien, Bekleidung, Leder	52 588	48 174	- 4 414	-8,4
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei	86 858	84 980	- 1 878	-2,2
Vervielfältigung	59 897	58 537	- 1 360	-2,3
Chemie, Recycling	33 904	30 706	- 3 198	-9,4
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	263 696	260 624	- 3 072	-1,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	50 668	47 831	- 2 837	-5,6
Energie- und Wasserversorgung	31 662	31 149	- 513	-1,6
Bauwesen	267 937	264 514	- 3 423	-1,3
Dienstleistungen	2 000 879	2 007 580	+ 6 701	+0,3
Handel, Reparatur	493 083	491 561	- 1 522	-0,3
Gaststättenwesen	141 655	141 915	+ 260	+0,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	228 917	224 763	- 4 154	-1,8
Kredit- und Versicherungswesen	111 941	110 264	- 1 677	-1,5
Unternehmensnahe Dienstleistungen	184 446	191 771	+ 7 325	+4,0
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	467 262	465 236	- 2 026	-0,4
Unterrichtswesen	115 631	117 060	+ 1 429	+1,2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	130 252	135 234	+ 4 982	+3,8
Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen, exterritoriale Organisationen	122 989	125 096	+ 2 107	+1,7
Private Haushalte	4 703	4 680	- 23	-0,5
Präsenzdiener	13 156	12 753	- 403	-3,1
Bezieher von Karenzurlaubsgeld	82 771	78 750	- 4 021	-4,9
Insgesamt	3 068 186	3 047 253	-20 933	-0,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

23 000 (-2,4%) in der Güterproduktion auszugleichen. Durch die geänderten Rahmenbedingungen notwendige Umstrukturierungen hatten insbesondere im Verkehrssektor und der Nachrichtenübermittlung (-1,8%), im Kredit- und Versicherungswesen (-1,5%), in der öffentlichen Verwaltung (-0,4%) und im Handel (-0,3%) eine Einschränkung des Arbeitskräftebedarfs zur Folge. Insgesamt gingen in diesen vier Branchen 9 400 Arbeitsplätze verloren. Steigende Aufnahmekapazität ver-

*Die zunehmende Zahl der von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen weist wie die der arbeitslosen Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen deutlich auf die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt hin, insbesondere auf die Schwierigkeit des Eintritts in den Arbeitsmarkt. Hingegen verringerte sich die Arbeitslosigkeit Älterer aus demographischen Gründen und aufgrund des anhaltenden Zustroms in das Pensionssystem leicht.*

zeichneten wie in den letzten Jahren die unternehmensnahen Dienstleistungen (Jahresdurchschnitt 1996 rund +7 300, +4,0%), das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (rund +5.000, +3,8%) sowie das Unterrichtswesen (+1 400, +1,2%). Der Anstieg der Beschäftigung in den sonstigen öffentlichen und privaten



## Ausländische Arbeitskräfte

	Stand	Ausländische Arbeitskräfte insgesamt <sup>1)</sup>		Anteile an der Gesamtbeschäftigung <sup>1)</sup>	Stand	Vergemeinlichte Arbeitslose Ausländer	
		Veränderung gegen das Vorjahr				Veränderung gegen das Vorjahr	
		Absolut	In %			Absolut	In %
Ø 1992	273 900	+ 17 200	+ 6,7	9,0	22 000	+ 1 500	+ 7,3
Ø 1993	276 000	+ 2 100	+ 0,8	9,0	27 100	+ 5 100	+ 23,2
Ø 1994	291 000	+ 15 000	+ 5,4	9,5	25 400	- 1 600	- 6,1
Ø 1995	300 300	+ 9 300	+ 3,2	9,8	24 900	- 600	- 2,2
Ø 1996	300 400	+ 100	+ 0,0	9,9	27 600	+ 2 700	+ 10,9
1996, Ø I. Quartal	288 600	- 2 300	- 0,8	9,7	39 900	+ 6 400	+ 18,9
Ø II. Quartal	303 500	+ 1 400	+ 0,5	10,0	24 300	+ 3 400	+ 16,2
Ø III. Quartal	312 900	+ 900	+ 0,3	10,0	17 200	+ 1 500	+ 9,3
Ø IV. Quartal	296 400	+ 200	+ 0,1	9,7	29 000	- 400	- 1,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich – <sup>1)</sup> Bis einschließlich 1993 WIFO-Schätzung der realen Beschäftigungsentwicklung

Diensten (+ 2.100, + 1,7%) ist vor allem auf Interessenvertretungen, kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (+ 1 300, + 2,4%) und den Bereich Kultur, Sport und Unterhaltung (+ 1.200, + 4,7%) zurückzuführen

Im sekundären Sektor sank die Beschäftigung konjunktur- und strukturbedingt in beinahe allen Branchen. Nur innerhalb des insgesamt deutlich schrumpfenden Bereichs der „Erzeugung und Verarbeitung von Metallen“ (-3 100, -1,2%) weiteten zwei Branchen ihre Beschäftigung aus: der Zulieferbereich für die Kfz-Erzeugung (+ 500) und der sonstige Fahrzeugbau (Fahrräder, Krafträder, Schiffe und Boote, Schienenfahrzeuge, Luft- und Raumfahrzeuge: + 1.500).

Die relativ größten Beschäftigungseinbußen verzeichnete eine dem Bauwesen vorgelagerte Branche, die Erzeugung von Stein- und Glaswaren (-9,4%). In der Textil-, Bekleidungs- und Ledererzeugung beschleunigte sich der Rückgang weiter; nachdem die Beschäftigung bereits 1995 um 7,4% gesunken war, wurde sie 1996 neuerlich um 8,4% reduziert. Aber auch in der Erzeugung von langlebigen Konsumgütern (Möbel, Schmuck, Sport- und Spielwaren, sonstige Erzeugnisse) standen 1996 um 5,6% weniger Arbeitsplätze zur Verfügung als im Vorjahr.

Die Beschäftigung im Bauwesen erholte sich nach dem witterungsbedingten Einbruch zu Jahresanfang relativ rasch. Waren im I. Quartal 1996 noch um 14.500 Arbeitskräfte weniger beschäftigt gewesen als im I. Quartal 1995, so ergab sich im Jahresdurchschnitt 1996 nur noch ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 3 400 (-1,3%). Mit dem Wirksamwerden der Jahresdurchrechnungsmodelle im Bauwesen zählten Ende des Jahres Bauarbeiter zu den Beschäftigten, obwohl sie nicht produktiv eingesetzt wurden. Die sonst bereits zu Jahresende auftretende Winterarbeitslosigkeit wurde damit erst im Jänner 1997 wirksam.

Zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes trug der Rückgang des Arbeitskräfteangebotes bei (-9.000). Während das Angebot von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft stagnierte, sank die Zahl der Erwerbspersonen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Die Struktur des Arbeitskräfteangebotes der Ausländer verschob sich zugunsten von EU-Bürgern, die Zahl der Drittstaatenangehörigen sank. Die Abnahme des Angebotes österreichischer Staatsangehöriger ist nicht demographisch bedingt, sondern resultiert aus einem weiteren Rückgang der Erwerbsbeteiligung. Die Ursachen dieser Tendenz liegen sowohl im anhaltenden Zustrom in vorzeitige Alterspensionen als auch im Trend zur längeren Ausbildung Jugendlicher und in den verschlechterten Beschäftigungschancen für Berufsanfänger und Wiedereinsteigerinnen nach einer betreuungsbedingten Unterbrechung.

Der Rückgang der Zahl älterer Arbeitskräfte wird einerseits durch das mit dem Konsolidierungspaket beschlossene Auslaufen der Sonderunterstützung reduziert; andererseits verstärken jedoch demographische Gründe (starke Geburtenjahrgänge in der Altersgruppe zwischen 55 und 59 Jahren) und die gleichzeitig beschlossenen Verschärfungen des Zugangs in eine vorzeitige Alterspension den Abgang in das Pensionssystem. Besonders dynamisch reagierte dabei der Pensionszugang von Frauen. Der Anteil der Frauen in einer vorzeitigen Alterspension aufgrund von Arbeitslosigkeit oder bei langer Versicherungsdauer an der gleichaltrigen Bevölkerung (55- bis 59-jährige) ist seit 1992 von 20% auf rund 30% gestiegen. Der Anteil der Männer, die diese traditionellen Instrumente der vorzeitigen Alterspension in Anspruch nehmen, ist bereits seit 1984 rückläufig (60- bis 64-jährige: 1996 rund 39%). Hingegen nehmen Männer die seit 1993 bestehende Möglichkeit der vorzeitigen Alterspension aufgrund geminderter Erwerbsfähigkeit zunehmend in Anspruch: 1994 betrug ihr Anteil an allen vorzeitigen Alterspensionen von Männern 15%, 1995 bereits 29% und 1996 40%).

Gewisse Personengruppen, die dem Arbeitsmarkt nahe stehen, werden nicht dem Arbeitskräfteangebot zuge-

<sup>1)</sup> Die vorzeitige Alterspension aufgrund geminderter Erwerbsfähigkeit kann als einzige Pensionsart auch von Männern bereits ab einem Alter von 55 Jahren in Anspruch genommen werden. Im Zuge des Konsolidierungspaketes wurde das Mindestalter für Männer allerdings angehoben.

Die Arbeitslosigkeit 1996

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1992	107.200	+ 8.200	85.900	- 100	193.100	+ 8.100
Ø 1993	126.700	+ 19.500	95.600	+ 9.700	222.300	+ 29.200
Ø 1994	120.600	- 6.100	94.400	- 1.200	214.900	- 7.300
Ø 1995	120.000	- 600	95.700	+ 1.300	215.700	+ 800
Ø 1996	128.000	+ 8.000	102.500	+ 6.800	230.500	+ 14.800
1996, Ø I. Quartal	183.200	+ 22.300	101.400	+ 6.100	284.600	+ 28.400
Ø II. Quartal	110.700	+ 10.400	100.600	+ 7.500	211.300	+ 17.900
Ø III. Quartal	93.600	+ 3.800	95.900	+ 6.800	189.500	+ 10.600
Ø IV. Quartal	124.600	- 4.500	112.000	+ 6.700	236.600	+ 2.200

Q: Arbeitsmarktservice Österreich

zählt Dazu zählen Personen, die an Schulungen des AMS teilnehmen: Ihre Zahl stieg im Jahresdurchschnitt 1996 gegenüber dem Vorjahr um 2.400 (+ 15,5%) auf rund 17.900. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Lehrstellensuchenden um 1.500. Die Zahl der arbeitslosen Frauen, die Karenzurlaubsgeld beziehen, hat steigende Tendenz (1995/96 + 1.700, + 5,6%). Andererseits zeigen zwei Reformen ihre Wirkung: Erstens beziehen immer weniger Frauen Sondernotstandshilfe; zweitens läuft die allgemeine Sonderunterstützung für ältere Arbeitslose aus. In welchem Maß die versteckte Arbeitslosigkeit – z. B. durch Nichterfassung arbeitssuchender Ausländer – zunimmt, ist schwer zu schätzen.

Im Jahresdurchschnitt waren 1996 mit 230.500 um 14.800 mehr Arbeitslose registriert als 1995 (+ 6,9%). Dieser Zuwachs resultiert aus einer Zunahme sowohl der Betroffenheit als auch der Dauer der Arbeitslosigkeit (1995 116 Tage, 1996 121 Tage). Die Zahl der während des Jahres zumindest einmal von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen stieg von 681.000 im Rezessionsjahr 1993 auf 687.000 (1995). 1996 betrug sie bereits 709.000. Die abnehmenden Wiederbeschäftigungschancen macht die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit deutlich: 1996 war bereits jeder vierte von Arbeitslosigkeit Betroffene länger als 6 Monate arbeitslos. Die Zahl der von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen stieg gegenüber dem Vorjahr um 15.300 (+ 9,3%). Rund 10% aller Betroffenen waren bereits länger als ein Jahr vorgemerkt.

Eine leichte Entspannung zeigt sich für die Arbeitslosigkeit der über 50jährigen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß die Möglichkeit für einen vorzeitigen Übertritt in den Ruhestand in Anspruch genommen wird. Hingegen stieg die Arbeitslosenquote der Jugendlichen und jungen Erwachsenen stark. In dieser Altersgruppe machen sich die verringerten Aufnahmekapazitäten der traditionellen Berufseintrittspforten besonders bemerkbar und verschlechtern die Abgangschancen aus der Arbeitslosigkeit.

Hedwig Lutz

Statistik: Christine Braun

## BEWÄHRUNG IN EINEM SCHWIERIGEN JAHR: INDUSTRIEPRODUKTION + 1%

*Die Industrie konnte auch unter den schwierigen Bedingungen des Jahres 1996 ihre Produktion leicht steigern und die Gewinne und Arbeitskosten stabil halten. Im Jahresverlauf verbesserten sich die Konjunkturindikatoren, doch ist das Bild nach Branchen, Märkten und sogar Unternehmen unterschiedlich. Durch die Umstellung der Statistik auf EU-Erfordernisse liegen allerdings kaum offizielle Daten vor, und der Bericht stützt sich großteils auf die Erhebungen im Rahmen der vom WIFO gemeinsam mit der EU durchgeführten Konjunktur- und Investitionstests.*

Für die österreichische Industrie brachte das Jahr 1996 zunächst einen Produktionsrückgang. Der Aufschwung, der 1993 eingesetzt hatte, war damit nach nur knapp zwei Jahren zu Ende gegangen – erfahrungsgemäß dauert ein Konjunkturzyklus fünf Jahre. Die Ursachen des Abbruchs des Zyklus sind heute noch nicht vollständig geklärt: die internationalen Währungsturbulenzen, relativ hohe Realzinssätze, das Auslaufen der Zusatznachfrage in der Folge der Ostöffnung und die Unsicherheit um die Erfüllung der Konvergenzkriterien dürften dabei eine Rolle gespielt haben. Zur Jahresmitte stabilisierte sich die Produktion, und sie dürfte bis zum Jahresende wieder gestiegen sein. Für den Jahresdurchschnitt 1996 ist eine Ausweitung der Produktion um real 1% und der Umsätze um nominell 3% bis 3½% anzunehmen.

Daten über die tatsächliche Entwicklung der Industrie sind wegen der ausstehenden Umstellung der Produktionsstatistik des ÖSTAT auf EU-Erfordernisse nicht verfügbar. Die Umsätze, die das WIFO im Rahmen seiner Investitionstests erhebt, sind die einzige quantitative Information. Sie stiegen 1996 nominell um 3,7% auf

## Kennzahlen zur Konjunkturlage der Industrie

	1993	1994	1995	1996
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Produktion	-2,6	+5,5	+4,2	+1,0
Beschäftigte	-6,5	-3,6	-1,0	-3,5
Stundenproduktivität	+4,4	+8,1	+5,9	+4,5
Realeinkommen je Arbeitnehmer				
Brutto	+0,7	+0,1	+1,5	+0,5
Netto	-0,6	+0,6	+0,8	-0,2
Lohnstückkosten	+0,9	-3,6	-0,6	-1,0
Relative Lohnstückkosten				
Gegenüber den Handelspartnern	+0,8	+1,2	+2,2	-2,9
Gegenüber der BRD	-2,7	+2,9	-0,2	-0,0

940 Mrd. S Die Konjunktursituation der Branchen war äußerst unterschiedlich. Die Grundstoffbranchen wie Erdöl-, Metallindustrie, Papier- und Ledererzeugung verzeichneten teilweise hohe Umsatzrückgänge, hier sanken die Preise stark. Dagegen konnte die Nahrungs- und Genussmittelindustrie ihre Umsätze nach einem schweren Eintrittsjahr in die EU steigern. Die technische Verarbeitung war auch in diesem Jahr durch ihre Struktur begünstigt, hinzu kamen Kapazitätserweiterungen in der Fahrzeugindustrie.

## ARBEITSKOSTEN VERBESSERT, GEWINNE STABIL

Die leichte Erholung brachte keine Umkehr des Beschäftigungstrends. Die Industriebeschäftigung lag 1996 um 3,5% unter dem Vorjahresniveau und um 95.000 unter dem Niveau von 1990. Im Höhepunkt 1973 hatte die Industrie 671.000 Unselbständige beschäftigt. Auch langfristig wird der Beschäftigtenstand nur dann stabil sein, wenn man zu den Industriebeschäftigten im eigentlichen Sinn auch die in den industrienahen Dienstleistungen durch die Industrie indirekt geschaffenen Arbeitsplätze hinzuzählt (Logistik, Planung, Finanzierung usw.). Leider weist Österreich gerade in diesen interessanten Sparten ein Defizit auf: Die Importe sind in dieser Komponente der Dienstleistungsbilanz größer als die Exporte, der Sektor ist gemessen an der Beschäftigtenzahl kleiner als im OECD-Durchschnitt.

Die Lohnstückkosten gingen 1996 in nationaler Währung um 1% zurück; im für die Wettbewerbsfähigkeit

maßgebenden Vergleich in einheitlicher Währung sanken die Lohnstückkosten gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner um 2,9%. Dies war der erste Rückgang seit 1991; insgesamt hatte sich bis dahin (zwischen 1991 und 1995) die preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie um rund 6% verschlechtert. Gegenüber Westdeutschland veränderte sich die Wettbewerbsfähigkeit wie schon im Vorjahr nicht; seit Mitte der achtziger Jahre sind die Arbeitskosten in Westdeutschland in internationaler Währung stärker gestiegen als in Österreich.

Die Selbstfinanzierungskraft der Industrie blieb auch in der milden Rezession hoch. Die Cash-flow-Umsatz-Relation sank von 9,7% auf 9,5% und war damit höher als in den achtziger Jahren. Allerdings erreichte sie den Spitzenwert von 1992 (11,1%) nicht; Investoren fordern heute höhere Renditen und eine geringere Verschuldung als in den siebziger und achtziger Jahren. In der technischen Verarbeitung sank die Cash-flow-Umsatz-Quote deutlich, in der Bauzulieferung und im Sektor der traditionellen Konsumgüter ist sie gestiegen.

Die Industrie investierte 1996 kräftig. Zum Teil aufgrund einiger Großprojekte dürften die Investitionen real um 23% höher gewesen sein als 1995, und für 1997 ist eine weitere Steigerung geplant. Ausländische Unternehmen tätigten 1996 sehr aktiv Direktinvestitionen in Österreich. Diese passiven Direktinvestitionen überstiegen die aktiven der österreichischen Unternehmen im Ausland deutlich, nachdem das Ungleichgewicht der Bestände in den Vorjahren deutlich reduziert worden war.

Auch im Ausland war 1996 ein schwieriges Jahr für die Industrie. Im Durchschnitt der EU-Länder wuchs die Industrieproduktion um 0,3%, in Deutschland allerdings schwächer als in Österreich. Im längerfristigen Vergleich nimmt die österreichische Industrie mit einem Wachstum von etwa 10% seit 1990 die 3. Stelle unter den 15 EU-Ländern ein. Im Durchschnitt der EU liegt die Wachstumsrate 1990/1996 bei 0,6% p. a., deutlich unter jener in den USA; in Japan blieb die Industrieproduktion 1996 noch um 2% unter dem Wert von 1990.

## Vergleich des Cash-flows und der Cash-flow-Umsatz-Relation seit 1990

	Industrie insgesamt		Insgesamt	Basissektor	Chemie	Bauzulieferbranchen	Technische Verarbeitung	Traditionelle Konsumgüterbranchen
	Mill. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
					Cash-flow-Umsatz-Relation in %			
1990	67.405,5	-0,6	8,0	9,5	7,7	10,2	7,9	6,4
1991	79.003,0	+17,2	9,2	9,3	9,1	11,8	8,9	8,1
1992	82.263,4	+4,1	11,1	7,3	11,8	13,2	10,8	12,6
1993	70.921,0	-13,8	8,5	6,0	8,8	12,8	7,7	9,7
1994	90.464,0	+27,6	10,0	9,2	12,0	15,6	8,5	9,8
1995	87.526,0	-3,2	9,7	10,4	10,7	14,0	8,3	9,7
1996 <sup>1)</sup>	92.032,0	+5,2	9,5	9,0	10,5	16,0	7,5	10,5

<sup>1)</sup> Prognose.

Produktion der Industrie im internationalen Vergleich

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1990/1996
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							Durchschnittliche jährliche Veränderung in %
OECD insgesamt	+ 1,6	- 0,4	- 0,4	- 0,6	+ 4,4	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,3
USA	- 0,5	- 2,4	+ 4,0	+ 3,7	+ 5,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,8
Japan	+ 4,0	+ 1,8	- 6,1	- 4,6	+ 0,8	+ 3,5	+ 2,6	+ 0,4
EU	+ 2,0	- 0,2	- 1,3	- 3,2	+ 4,9	+ 3,6	+ 0,2	+ 0,6
Deutschland	+ 5,2	+ 3,0	- 2,6	- 7,6	+ 4,0	+ 2,1	+ 0,1	.
Italien	- 0,3	- 1,0	- 1,2	- 1,9	+ 6,0	+ 5,6	- 2,9	+ 0,7
Frankreich	+ 1,4	- 2,4	- 1,3	- 4,6	+ 4,4	+ 1,6	+ 0,1	- 0,4
Großbritannien	- 0,2	- 5,4	- 0,7	+ 1,4	+ 4,2	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,3
Niederlande	+ 3,9	+ 0,4	- 0,6	- 1,5	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,2
Schweden	+ 1,1	- 5,2	- 1,6	- 0,1	+ 11,3	+ 10,0	+ 3,0	+ 2,7
Österreich	+ 7,8	+ 1,8	- 1,1	- 2,5	+ 5,0	+ 5,0	+ 1,0	+ 1,5
Belgien	+ 4,3	+ 1,8	- 3,2	- 0,5	+ 1,6	+ 4,4	.	+ 0,8 <sup>1)</sup>
Finnland	- 0,5	- 10,2	+ 1,7	+ 5,5	+ 11,9	+ 8,8	+ 3,2	+ 3,2
Griechenland	- 2,6	- 1,7	- 1,5	- 1,9	+ 0,6	+ 2,2	.	- 0,5 <sup>1)</sup>
Portugal	+ 5,0	- 1,9	- 4,8	- 1,9	+ 0,5	+ 3,6	+ 0,8	- 0,6
Spanien	± 0,0	- 1,0	- 3,7	- 4,6	+ 8,8	+ 5,2	- 1,1	+ 0,5

Q: OECD, Main Economic Indicators; WIFO - <sup>1)</sup> 1990/1995.

Umsätze in der Industrie

	1994 <sup>1)</sup>	1995	1996	1994 <sup>1)</sup>	1995	1996
	Hochgeschätzte Umsätze			Veränderung gegen das Vorjahr		
	Mill. S			In %		
Industrie insgesamt	909 186	907 007	940 240	+ 9,4	- 0,2	+ 3,7
Basissektor	126 226	147 010	132 574	+ 15,1	+ 16,5	- 9,8
Chemie	105 107	111 112	108 434	+ 4,6	+ 5,7	- 2,4
Bauzulieferbranchen	84 109	83 839	88 818	+ 3,8	- 0,3	+ 5,9
Technische Verarbeitung	386 862	399 219	422 997	+ 9,0	+ 3,2	+ 6,0
Traditionelle Konsumgüterbranchen	206 882	165 827	187 417	+ 11,7	- 19,8	+ 13,0

Q: WIFO-Investitionstest vom Herbst 1996 - <sup>1)</sup> Bis 1994 endgültige Zahlen

STARKER BESCHÄFTIGUNGSRÜCKGANG IN DER BAUZULIEFERUNG

Für die Industriebranchen ist mangels einer Produktionsstatistik kein Konjunkturbericht möglich. Umsatzdaten sind aus dem Investitionstest des WIFO verfügbar; da dieser aber keine Vollerhebung ist und primär nicht zur Umsatzschätzung entwickelt wurde, sind die einzelnen Branchendaten durch Ausreißer und durch unvollständige Meldungen verzerrt.

Im Basissektor sind die Umsätze rückläufig, teilweise infolge eines Preisrückgangs und auch wegen des Ver-

gleichs mit sehr guten Vorjahresergebnissen. Die Geschäftslage und die Wettbewerbsposition innerhalb und vor allem außerhalb der EU werden deutlich günstiger eingeschätzt als in anderen Sektoren. Die Beschäftigung ist im Kohlebergbau und in der Papierindustrie rückläufig.

In der Chemieindustrie blieben die Umsätze leicht unter dem Vorjahresergebnis, die Beschäftigung sinkt vor allem in der Produktion von Gummi- und Kunststoffwaren. Die Konjunkturindikatoren lassen auf eine Besserung schließen: Die Unternehmen erwarten einen Anstieg der Produktion; sie beurteilen aber die Geschäftslage anhaltend skeptisch und beobachten eine Verschärfung der ausländischen Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt.

Die Bauzulieferbranchen berichteten besonders zur Jahresmitte über zunehmenden Konkurrenzdruck und bauten bis zu 9% ihrer Beschäftigung ab (Glas, Waren aus Steinen und Erden). Einzelne Unternehmen erzielten allerdings eine deutliche Umsatzsteigerung, und die Cash-flow-Umsatz-Quote erreichte ihren bisher höchsten Wert (wahrscheinlich vor allem in den größeren Unternehmen).

Im Sektor der technischen Verarbeitung erholte sich die Konjunktur im Jahresverlauf nur schleppend. Hier sind

Einschätzung der Industriekonjunktur im Jahresverlauf 1996

	Exportaufträge				Eigene Geschäftslage zur Zeit				Eigene Geschäftslage in 6 Monaten			
	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu
Industrie insgesamt	-48,0	-57,1	-47,7	-44,8	-31,2	-41,3	-30,0	-22,9	-28,4	-22,3	-15,4	-22,0
Basissektor	-17,1	-39,0	-36,6	-27,4	-6,5	-21,4	-29,7	-15,6	-23,4	-23,8	-13,5	+ 1,3
Chemie	-47,2	-59,7	-46,0	-39,0	-25,6	-40,9	-24,6	-13,8	-21,4	-12,7	-17,7	-25,0
Bauzulieferbranchen	-72,2	-74,8	-60,7	-54,1	-52,5	-60,8	-38,9	-26,4	-44,5	-25,0	-17,1	-33,4
Technische Verarbeitung	-39,1	-50,0	-40,7	-39,9	-22,4	-31,5	-20,7	-21,8	-23,3	-19,7	-10,9	-18,7
Traditionelle Konsumgüterbranchen	-50,4	-58,3	-51,7	-52,9	-34,0	-43,1	-39,3	-28,1	-24,9	-27,6	-20,4	-21,1

Q: Konjunkturtest des WIFO in Kooperation mit der EU (Generaldirektion II-4)

## Die Industriekonjunktur im Spiegel des WIFO-Konjunkturtests

	Produktion der letzten 3 Monate						Produktionserwartungen					
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1991	1992	1993	1994	1995	1996
	Salden zwischen positiven und negativen Antworten in Prozentpunkten											
Industrie insgesamt	+ 5,9	- 6,3	-22,0	+ 8,5	+ 0,9	-12,4	+ 5,9	- 3,0	-14,7	+ 5,8	- 2,3	- 3,8
Basissektor	-10,5	- 8,6	-31,0	+24,3	+22,5	- 5,7	+ 2,0	- 6,8	-16,3	+14,1	+ 2,3	+ 5,6
Chemie	+ 8,1	- 4,1	-22,0	+10,1	+ 8,5	-11,2	+13,9	+ 8,3	-10,1	+10,4	+ 3,5	+ 2,8
Bauzulieferbranchen	+ 1,8	- 5,6	-17,4	+ 9,6	- 8,9	-18,0	- 1,4	- 6,8	-18,6	+ 5,1	-10,7	- 9,2
Technische Verarbeitung	+ 7,0	- 6,6	-23,4	+13,6	+10,5	- 8,4	+ 7,2	- 3,8	-14,3	+ 7,3	+ 3,5	- 3,9
Traditionelle Konsumgüterbranchen	+11,0	- 7,0	-22,1	+ 5,2	-13,9	-15,9	+ 8,3	- 2,7	-13,6	- 0,2	- 7,1	- 3,8

Q: Konjunkturtest des WIFO in Kooperation mit der EU (Generaldirektion II-4)

## Einschätzung der Veränderung der Wettbewerbsposition in den letzten 3 bis 4 Monaten

	Wettbewerbsposition im Inland				Wettbewerbsposition in der EU				Wettbewerbsposition außerhalb der EU			
	1996				1996				1996			
	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu
	Salden zwischen positiven und negativen Antworten in Prozentpunkten											
Industrie insgesamt	-11,3	-15,5	-10,3	- 6,4	- 6,1	-12,2	- 4,9	- 4,6	- 4,2	- 5,6	- 4,9	- 1,0
Basissektor	+ 8,0	- 3,6	- 5,6	- 3,9	+ 7,0	- 1,3	+10,0	+ 5,7	+ 4,3	- 1,6	+ 6,1	+ 9,2
Chemie	- 7,9	-16,5	- 4,9	- 7,6	- 2,8	- 9,8	- 0,8	- 3,4	+ 1,0	+ 9,0	± 0,0	+10,6
Bauzulieferbranchen	-18,4	-26,7	-12,8	- 3,5	-18,7	-28,4	-15,5	-11,6	-13,3	-12,4	-10,8	- 6,3
Technische Verarbeitung	- 9,1	- 9,1	- 6,4	- 7,1	- 6,1	- 9,2	- 6,4	- 4,4	- 2,7	- 4,5	- 1,8	+ 2,6
Traditionelle Konsumgüterbranchen	-14,7	-17,3	-18,1	- 8,2	- 0,9	- 7,7	- 0,4	- 2,7	- 4,5	-10,1	-11,4	- 3,4

Q: Konjunkturtest des WIFO in Kooperation mit der EU (Generaldirektion II-4)

aber in den Bereichen Fahrzeugbau und Produktion elektronischer Geräte sogar Beschäftigungszuwächse zu beobachten

Die Hersteller traditioneller Konsumgüter betonen die Zunahme der Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt, während die Einschätzung des EU-Marktes günstiger als im EU-Durchschnitt ausfällt. Im Textil- und Bekleidungsbereich setzt sich der hohe Arbeitsplatzverlust fort (mit Raten zwischen -6% und -11%), in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie hat er sich deutlich verlangsamt; die Umsätze sind nach den schweren Einbrüchen im ersten EU-Jahr stabil und in vielen Unternehmen sogar steigend.

## AUSSICHTEN FÜR 1997

Dank der anziehenden Exportnachfrage wächst die Industrieproduktion seit Jahresmitte 1996. Die Konjunktureinschätzung durch die Unternehmen verbessert sich seit Jahresmitte, insbesondere die Beurteilung der Auftragsbestände. Auch die Indikatoren für Produktionserwartungen und Geschäftsklima weisen aufwärts. Die Befragungen vermitteln allerdings nicht das Bild eines störungsfreien Aufschwungs, sondern einer nach Branchen unterschiedlichen und von Unsicherheit geprägten Verbesserung. Die Unternehmen erwarten für 1997 einen nominellen Umsatzanstieg von 4,5%, sodaß ein reales Wachstum der Industrieproduktion von 3% möglich erscheint.

Karl Aiginger

Statistik: Dagmar Guttmann

## 1996 RÜCKGANG DER BAU-PRODUKTION

Die Bauwirtschaft geriet nach Jahren guter Konjunktur Mitte der neunziger Jahre in eine Rezession, die auch 1996 anhielt. Nach -0,7% 1995 verringerte sich die reale Bauproduktion im Jahresdurchschnitt 1996 abermals um 0,5%.

Der Produktionsrückgang war Anfang 1996 – verstärkt durch das ungewöhnlich kalte Winterwetter – am größten (I. Quartal -5%), ließ aber im II. Quartal nach (-1%). In der zweiten Jahreshälfte holten die Unternehmen die Produktionsausfälle auf; die Bauproduktion stagnierte im III. Quartal real und überstieg das Vorjahresniveau im IV. Quartal um 1,5%.

Aufgrund der schwachen Nachfrage mußte die Bauwirtschaft 1996 verstärkt Beschäftigung abbauen. 1995 war die Zahl der Baubeschäftigten erstmals seit Anfang der neunziger Jahre geschrumpft (-0,5%, -1.300), und 1996 verstärkte sich der Arbeitskräfteabbau weiter (rund -3.500, -1,3%). Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft markant. 1996 waren im Jahresdurchschnitt 34.800 (zuletzt in einem Baubetrieb tätige) Arbeitslose gemeldet, um knapp 10% mehr als im Vorjahr die größte Zahl der letzten 15 Jahre. Die Schere zwischen Stellenangebot und Arbeitslosigkeit hat sich merklich geöffnet. Den rund 34.800 arbeitssuchenden Bauarbeitern standen im Jahresdurchschnitt 1996 nur 2.500 offene Stellen zur Verfügung. Mit rund 18 Arbeitslosen je offene Stelle war der Stellenandrang in der Bauwirtschaft 1996 der höchste seit 15 Jahren (Anfang der neunziger Jahre 5 : 1).

Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Brutto-Inlandsprodukt  
Zu Preisen von 1983

	I Quartal	II Quartal	III Quartal	IV Quartal	Jahresdurchschnitt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1991	- 0,3	+7,0	+7,2	+6,4	+5,9
1992	+14,9	+6,9	+3,9	+2,1	+5,5
1993	- 2,4	+5,3	+7,5	+6,7	+5,4
1994	+12,8	+5,2	+3,2	+5,4	+5,6
1995	- 0,4	+1,2	-0,9	-2,1	-0,7
1996	- 5,0	-1,0	±0,0	+1,5	-0,5

Die schlechte Auftragslage brachte eine Verschärfung des Wettbewerbs um Bauaufträge und einen erhöhten Preisdruck. Der Preisindex für den Wohnhaus- und Siedlungsbau stieg 1996 um nur 1,5%; dies war die niedrigste Steigerungsrate seit 10 Jahren. Im gesamten Hochbau verteuerten sich die Leistungen um 1,8%, im Tiefbau um 3%. Insgesamt erhöhte sich der Baupreisindex im Hoch- und Tiefbau im Jahresdurchschnitt 1996 um 2,2% (laut Meldungen des ÖSTAT).

Nach der ungünstigen Geschäftsentwicklung 1996 erwarten die Bauunternehmen im 1. Halbjahr 1997 eine Besserung: Die künftige Geschäftslage wurde im jüngsten WIFO-Konjunkturtest vom Jänner 1997 nicht mehr so pessimistisch eingeschätzt wie 1996.

Die Rezession im Bausektor spiegelt auch der WIFO-Konjunkturtest wider. Im Jahresverlauf erhöhte sich die Zahl der Tiefbauunternehmen, die über Produktionseinbußen klagten, stärker als die der Hochbauunternehmen – vor allem weil die öffentlichen Aufträge an den Tiefbau rückläufig waren.

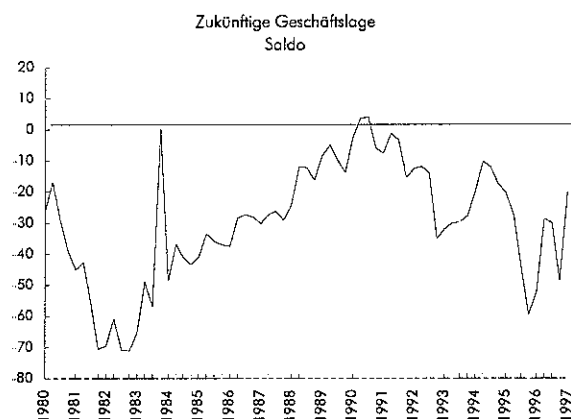
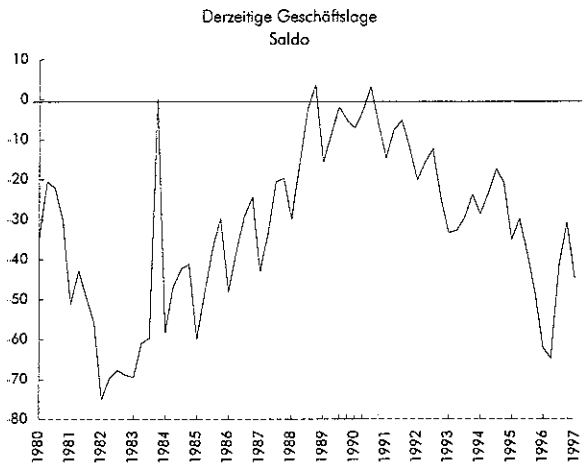
Die öffentliche Auftragsvergabe hat großen Einfluß auf die Baukonjunktur: Rund 37% der Umsätze werden im Hoch- und Tiefbau für öffentliche Auftraggeber getätigt. 1996 blieb wegen der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, insbesondere der Län-

Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Arbeitskräfte insgesamt<sup>1)</sup></i>		
Ø 1994	269.283	.
Ø 1995	267.937	- 0,5
Ø 1996	264.514	- 1,3
<i>Arbeitsuchende<sup>2)</sup></i>		
Ø 1992	27.094	+ 5,5
Ø 1993	30.890	+14,0
Ø 1994	29.225	- 5,4
Ø 1995	31.785	+ 8,8
Ø 1996	34.826	+ 9,6
<i>Offene Stellen</i>		
Ø 1992	5.728	-10,4
Ø 1993	4.869	-15,0
Ø 1994	4.575	- 6,0
Ø 1995	3.171	-30,7
Ø 1996	2.569	-19,0

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; 1995: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>1)</sup> Einschließlich Baunebengewerbe – <sup>2)</sup> Zuletzt in einem Betrieb des Bauwesens beschäftigte Arbeitslose

Konjunktureinschätzung in der Bauwirtschaft



Q: WIFO-Konjunkturtest

der und Gemeinden, wenig Spielraum für öffentliche Bauinvestitionen. Bereits Anfang 1996 wurde eine Initiative für Infrastrukturinvestitionen angekündigt, sie kam allerdings 1996 kaum zum Tragen. Das 1996 verabschiedete Schieneninfrastrukturgesetz sieht in den nächsten fünf Jahren jährlich 12 Mrd. S an Bahninvestitionen vor. Die 1996 vergebenen Bauaufträge der Bundesbahnen wurden aber aus Kostengründen zu einem überwiegenden Teil im Unternehmen selbst durchgeführt, zusätzliche Aufträge und Beschäftigung für die Bauwirtschaft kamen kaum zustande. Aus den Einnahmen aus der Autobahnmautvignette sollen künftig zusätzliche Mittel für den Straßenbau bereitgestellt werden.

Auch im Wohnungsneubau war eine merkliche Zurückhaltung der Auftragsvergaben zu beobachten. Nach dem Wohnbauboom in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zeichnet sich eine Sättigung der Nachfrage im oberen und mittleren Preissegment ab. Ein Großteil der in Bau befindlichen Geschosßbauten erreichte 1996 die Ausbauphase, zusätzliche Neubauten wurden nur zögernd begonnen. Erstmals hat sich der bisher überwiegend angebotsorientierte Wohnungsmarkt in einen nachfragedominierten gewandelt. 1995 wurde die Errichtung von 66.000 Wohnungen bewilligt, die höchste

## Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

1986 = 100

	1992	1993	1994	1995	1996
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Hochbau	+3,7	+3,0	+2,9	+2,3	+1,8
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+4,5	+3,1	+3,0	+2,3	+1,5
Baumeisterarbeiten	+5,2	+3,9	+2,5	+2,1	+0,8
Sonstige Bauarbeiten	+4,4	+3,0	+2,9	+2,7	+2,3
Tiefbau	+1,7	+2,3	+2,0	+2,6	+3,0
Straßenbau	+1,6	+2,3	+2,5	+3,0	+3,0
Brückenbau	+3,1	+1,5	+2,9	+3,4	+4,1
Hoch- und Tiefbau	+2,5	+2,5	+3,0	+2,5	+2,2

Q: ÖSTAT

Zahl der letzten 20 Jahre; 53 000 Wohnungen wurden im gleichen Jahr fertiggestellt. 1996 dürfte die Zahl der fertiggestellten Wohnungen 58 000 betragen haben, 1997 wird sie mit 56 000 geringer sein. Vor allem in Ballungsräumen besteht weiterhin Nachfrage nach billigem Wohnraum; der andererseits zunehmende Leerbestand im Geschosßbau zwingt zu einem Umdenken im genossenschaftlichen Wohnbau.

Im Bereich des Ein- und Zweifamilienhausbaus spielt die Bausparfinanzierung eine dominierende Rolle. 1996 wurden verstärkt Zwischenfinanzierungen der Bausparkassen für den Bau von Eigenheimen in Anspruch genommen. Die Ausleihungen verringerten sich allerdings generell: 1996 wurden 33 Mrd. S an Bauspardarlehen gewährt nach 35 Mrd. S im Jahr 1995.

Die Nachfrage nach Renovierungs- und Sanierungsarbeiten war 1996 relativ rege; dazu trug auch die Neuregelung der Mietzinsreserven bei. Hingegen wurden private Investitionen in die Revitalisierung alter Bausubstanz durch Änderungen der Steuergesetzgebung und durch die Abschaffung der Verlustbeteiligungsmodelle schlechtergestellt. Mit dem Wegfall dieser Investitionsanreize gehen der Bauwirtschaft zunehmend Aufträge Privater verloren.

Der Wirtschafts-, Industrie- und Gewerbebau war 1996 von der allgemein schwachen Konjunktur geprägt. Das Überangebot an Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie Geschäftslokalen ließ die Preise sinken. Dennoch werden vor allem in Wien moderne Büro- und Verwaltungsräumlichkeiten errichtet, die künftig zusätzliche Kapazität bieten werden. Die Vermarktung dieser Projekte könnte schwierig sein.

Nach der ungünstigen Entwicklung 1996 wird die Baukonjunktur auch 1997 schwach bleiben. Die Bemühungen der öffentlichen Hand um Investitions- und Beschäftigungsimpulse könnten aber im Laufe des Jahres in gewissen Bereichen zu einer Besserung beitragen. Im Rahmen eines Maßnahmenpakets der Bundesregierung vom Februar 1997 sollen heuer 38 Mrd. S bauwirksam ausgegeben werden; 1996 waren 33 Mrd. S veranschlagt, die aber nicht voll zum Tragen kamen. Die Länder und Gemeinden werden wenig Spielraum für öffentliche In-

vestitionen haben, sodaß die Bauwirtschaft auch heuer unter dem Eindruck der Konsolidierungspolitik stehen wird.

Margarete Czerny

Statistik: Monika Dusek

REKORDWINTER LÄSST ENERGIE-  
VERBRAUCH KRÄFTIG STEIGEN

*Der Energieverbrauch nahm 1996 nach ersten groben Schätzungen insgesamt um 3,1% zu. Der wesentliche Faktor für die Entwicklung des Gesamtverbrauchs war der überaus kalte Winter. Bereits 1995 war die Zahl der Heizgradtage (die statistische Maßzahl für die energierelevanten Witterungsverhältnisse) um 11,7% gestiegen, 1996 erhöhte sie sich neuerlich um 9,3% und lag damit um 2,7% über dem langfristigen Durchschnitt. Bereinigt man die Entwicklung des Energieverbrauchs 1995 und 1996 um diese Wittereinflüsse, so hätte der Energieverbrauch in beiden Jahren stagniert.*

Die Beurteilung der Situation der Energiewirtschaft im Jahr 1996 muß – wie schon 1995 – ohne endgültige Angaben aus der Außenhandelsstatistik auskommen (Ergebnisse liegen derzeit bis einschließlich September 1996 vor). 1995 nahm der energetische Gesamtverbrauch (Endverbrauch plus Netto-Umwandlungseinsatz) um 3,6% zu (Endverbrauch +4,2%), während das BIP um 1,8% stieg (vorläufige Ergebnisse).

1996 wurde der entscheidende Einfluß der Witterungsbedingungen auf den Energieverbrauch deutlich: Der Verbrauchszuwachs 1996 geht vor allem auf den höheren Energiebedarf der Haushalte für Heizzwecke aufgrund des kalten Wetters und auf den auch damit zusammenhängenden höheren Umwandlungseinsatz zur Stromproduktion in kalorischen Kraftwerken zurück. Die Stromproduktion aus Wasserkraft sank 1996 um 7,5%, jene aus Wärmekraftwerken war insgesamt um 6,3% höher als im Vorjahr.

In den EU-Ländern nahm die Energieerzeugung – vor allem auf der Basis von Erdgas und Nuklearenergie – 1996 stark zu (Energienstatistiken liegen erst für die Monate Jänner bis Oktober vor). Für den Gesamtverbrauch läßt sich aus den vorliegenden Daten ein Anstieg von 4% bis 5% schätzen. Da aber gerade die Monate November und Dezember 1996 ungewöhnlich kalt waren,

Mineralölprodukte

	1995	1996	1996
	1 000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	10 253	10 200	- 0,5
Einfuhr			
Ausfuhr			
Lager und Statistische Differenz			
Verbrauch	12 863	12 959	+ 0,7
Flüssiggas	151	142	- 6,0
Normalbenzin	775	721	- 7,0
Superbenzin	1 618	1 505	- 7,0
Leuchtpetroleum	6	6	± 0,0
Flugpetroleum	486	539	+ 10,9
Dieseltreibstoff	2 819	2 988	+ 6,0
Gasöl für Heizzwecke	1 661	1 894	+ 14,0
Heizöle	2 032	1 849	- 9,0
Sonstige Produkte	1 506	1 506	± 0,0
Produkte für die Weiterverarbeitung	1 809	1 809	± 0,0

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten Teilweise Schätzung

ist mit einem Anstieg des Verbrauchs gegen Jahresende zu rechnen. Auch die Statistik der Heizgradtage in den westeuropäischen Ländern liegt derzeit für 1996 noch nicht vollständig vor. Aus den verfügbaren Daten für die im gesamteuropäischen Energieverbrauch bedeutenden Länder (Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien) läßt sich aber bereits für die Periode Jänner bis Mai 1996 ein ausgeprägter Anstieg der Zahl der Heizgradtage gegenüber 1995 ablesen. In Westeuropa nahm 1996 vor allem die Nachfrage nach Erdgas und nuklearer Energie zu. Der Erdgasverbrauch expandierte in Westeuropa bereits 1993 und 1994 kräftig und dürfte 1996 nach einer Pause wieder stark gestiegen sein (vorläufige Ergebnisse + 14%).

Auf der Preisseite bestimmten 1996 in Österreich die Ausweitung der Energiebesteuerung auf Erdgas (0,60 S je m<sup>3</sup>) und elektrischen Strom (0,10 S je kWh) und die deutlich höheren Rohölpreise die Entwicklung. Das Aufkommen an Energiesteuer wird zur Sanierung des Staatshaushaltes verwendet. Der Verzicht auf die Einbeziehung von Kohle in eine allgemeine Energiebesteuerung kann mittelfristig umweltpolitisch unerwünschte Substitutionseffekte auslösen (vor allem in Hinblick auf die CO<sub>2</sub>-Problematik). Bedauerlich ist, daß bis dato noch keine konkreten Festlegungen für die Verwendung eines Teiles der Steuereinnahmen für Maßnahmen der CO<sub>2</sub>-Reduktion getroffen wurden.

Der wesentliche Faktor für die Entwicklung des Energieverbrauchs waren 1996 wie auch 1995 die klimatischen Bedingungen, statistisch gemessen an der Zahl der Heizgradtage. 1994 war das wärmste Jahr der neunziger Jahre gewesen; die Zahl der Heizgradtage war um 8% unter jener von 1993 gelegen und der energetische Endverbrauch um 0,4% zurückgegangen. 1995 war die Zahl der Heizgradtage (3 821) hingegen um 11,7% höher als 1994 und um 4,3% höher als im Durchschnitt der Jahre 1990/1994 (dieser Durchschnitt enthält auch das relativ kalte Jahr 1991 mit 3 985 Heizgradtagen). 1996

Elektrischer Strom

	1995	1996	1996
	GWh		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	56 587	54 837	- 3,1
Wasserkraft	38 477	35 585	- 7,5
Wärmekraft	18 110	19 252	+ 6,3
Einfuhr	7 288	9 430	+ 29,4
Ausfuhr	9 758	8 476	- 13,1
Verbrauch	54 117	55 788	+ 3,1

Q: Bundeslastverteiler

stieg die Zahl der Heizgradtage neuerlich kräftig (+ 9,3% auf 4 178) und lag um 2,7% über dem langfristigen Durchschnitt von 4 068, der seit 1980 nur in den Jahren 1985 und 1987 erreicht worden war. Der Einfluß des Wetters auf die kurzfristige Entwicklung des Energieverbrauchs ist in Österreich wie in den anderen westeuropäischen Ländern stark ausgeprägt. Für das Wachstum des energetischen Endverbrauchs erhält man mit österreichischen Daten einen kurzfristigen Reaktionsparameter auf das Wachstum der Heizgradtage von 0,37. Bei einer Zunahme der Heizgradtage um 11% wie im Jahr 1995 erweist sich somit fast der gesamte Anstieg des energetischen Endverbrauchs von 4,2% als witterungsbedingt. Für 1996 läßt sich diese Rechnung noch nicht exakt nachvollziehen, da die Aufteilung der geschätzten Gesamtverbrauchszunahme von 3% im Endverbrauch und Umwandlungseinsatz noch nicht möglich ist. Die um 9% höhere Zahl der Heizgradtage bedeutete jedoch zumindest einen Anstieg des energetischen Endverbrauchs um 3,3%; auch 1996 ist demnach ein Großteil des Verbrauchswachstums als witterungsbedingt anzusehen. Ohne Veränderung der Zahl der Heizgradtage hätte der Energieverbrauch in beiden Jahren somit zumindest stagniert. Etwas schwieriger gestaltet sich die Bereinigung der kurzfristigen Verbrauchsentwicklung um Witterungseinflüsse. Hier ist es entscheidend, welchen Wert man als „Normaljahr“ wählt. Der in den Statistiken gewählte Wert von 4 068 Heizgradtagen berücksichtigt die durchschnittliche Erwärmung seit Anfang der achtziger Jahre nicht, die möglicherweise einen Trendbruch bildet. Stellt man auf ein Normaljahr mit 4 068 Heizgradtagen ab, dann wäre der Verbrauchsanstieg 1995 witterungsbedingt nach oben zu korrigieren, jener für 1996 jedoch um etwa 1 Prozentpunkt nach unten.

Nachdem Energie sich bereits 1995 überdurchschnittlich verteuert hatte (Verbraucherpreise insgesamt ohne Energie + 2,2%, Teilindex für Energie + 3,7%), war 1996 ein noch ausgeprägter relativer Anstieg zu beobachten (Verbraucherpreise insgesamt ohne Energie + 1,9%, Teilindex für Energie + 6,4%). Das war im wesentlichen durch die Ausweitung der Energiebesteuerung auf elektrischen Strom und Erdgas und die höheren Rohölpreise bedingt (Teilindex für Energie ohne Treibstoffe + 5,3%). 1996 kostete der „OPEC-Korb“, in



**Kohle**

	1995	1996	1996
	1.000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Aufkommen	6.599	6.948	+ 5,3
Erzeugung	2.738	2.723	- 0,5
Einfuhr	3.861	4.225	+ 9,4
Ausfuhr	1	1	± 0,0
Lager und Statistische Differenz	856	203	-76,3
Verbrauch	7.454	7.150	- 4,1
Steinkohle	3.299	3.362	+ 1,9
Steinkohlenkoks	2.269	2.261	- 0,4
Braunkohle	1.739	1.361	-21,7
Braunkohlenbriketts	151	166	+ 9,9

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten Teilweise Schätzung

dem die sieben wichtigsten Rohölsorten verbrauchsgewichtet repräsentiert sind, im Durchschnitt 20,29 \$ gegenüber 16,9 \$ im Jahr 1995; das entspricht einer durchschnittlichen Verteuerung um 20%. Entsprechend zogen die Preise von Benzin um 7,6% und von Dieseltreibstoff um 9,3% an. Kohle war um etwa 4% teurer als im Vorjahr, der Erdgaspreis stieg nach einer Stagnation in den letzten vier Jahren bedingt durch die Ausweitung der Energiesteuer um 6,9%. Heizöl extra leicht wurde um 13,4%, Heizöl leicht um 13,3% teurer. Auch der Strompreisanstieg von 4,5% spiegelt die Ausweitung der Energiebesteuerung wider. Die Heizungskosten erreichten somit 1996 nach Berechnungen der Energieverwertungsgesellschaft 45 Mrd S und lagen damit um 8% über dem langjährigen Durchschnitt.

Die Produktion von Mineralölprodukten sank bei einem Verbrauchszuwachs von 0,7% leicht (-0,5%). Die Verbrauchsentwicklung verläuft nach Energieträgern unterschiedlich. Einem stark rückläufigen Benzinverbrauch (-7,0%) steht ein Anstieg des Dieserverbrauchs um 6% gegenüber. Das zeigt eine weitere Verstärkung des Substitutionseffektes zwischen benzin- und dieselgetriebenen Fahrzeugen; insgesamt stieg der Treibstoffverbrauch um 3,1%. Witterungsbedingt war die Nachfrage nach Ofenheizöl (+14%) höher als im Vorjahr; die Nachfrage nach Heizöl (-9%) koppelte sich von dieser Entwicklung ab. Einen deutlichen Anstieg verzeichnet weiterhin die Nachfrage nach Flugtreibstoff (+10,9%).

### WIEDER KRÄFTIGER ANSTIEG DER STROMNACHFRAGE

1996 nahm der Stromverbrauch wie 1995 um 3,1% zu. Ein wesentlicher Faktor war hier die witterungsbedingt höhere Nachfrage der privaten Haushalte (Zahl der Heizgradtage 1995 +11,7%, 1996 +9,3%). Die Stromnachfrage reagierte jedoch auf die Entwicklung der Heizgradtage schwächer als in früheren Jahren, die bezüglich der Konjunktorentwicklung vergleichbar sind (z. B. 1991 +4,6%). 1996 wurde um 3,1% mehr elektrischer Strom verbraucht als 1995, um 29,4% mehr Strom

**Erdgas**

	1995	1996	1996
	Mill. m <sup>3</sup>		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderung	1.482	1.492	+ 0,7
Einfuhr	6.364	6.574	+ 3,3
Ausfuhr	16	16	± 0,0
Lager und Statistische Differenz	- 616	- 274	-55,5
Verbrauch	7.214	7.776	+ 7,8

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

importiert und um 13,1% weniger expandiert. Der Saldo des Außenhandels mit Strom drehte sich somit in ein Defizit. Das ist im wesentlichen das Ergebnis einer bei steigendem Inlandsverbrauch rückläufigen inländischen Stromproduktion (-3,1%), die vor allem durch Rückgänge der Erzeugung aus Wasserkraft (-7,5%) bedingt ist.

### KOHLEVERBRAUCH WEITER RÜCKLÄUFIG

Der Kohleverbrauch ging 1996 nach vorläufigen Rechnungen um 4,1% zurück. Dieses Ergebnis entspricht anders als im Vorjahr dem langfristigen Trend. Vor allem Braunkohle wurde weniger verbraucht, der Einsatz von Braunkohlenbriketts stieg 1996 witterungsbedingt. Für Strom- und Wärmeerzeugung wurde 1996 nach vorläufiger Rechnung um etwa 8% weniger Braunkohle eingesetzt als im Vorjahr, aber um etwa 16% mehr Steinkohle. Die Verschiebungen des Gesamtverbrauchs zwischen Stein- und Braunkohle müssen daher auf Verbrauchsveränderungen in anderen Sektoren als der Elektrizitäts- und Wärmewirtschaft zurückgehen. Der leichte Rückgang des Verbrauchs von Steinkohlenkoks läßt auch auf verminderten Einsatz von Steinkohle zur Kokserzeugung schließen.

### ERDGASVERBRAUCH SPRUNGARTIG GESTIEGEN

Die Nachfrage nach Erdgas nahm 1996 mit +7,8% wie schon 1995 stark überdurchschnittlich zu. Der klimatische Effekt schlägt demnach neuerlich stärker auf die Verbrauchsentwicklung durch als der durch die Preiserhöhung allenfalls bewirkte Substitutionseffekt.

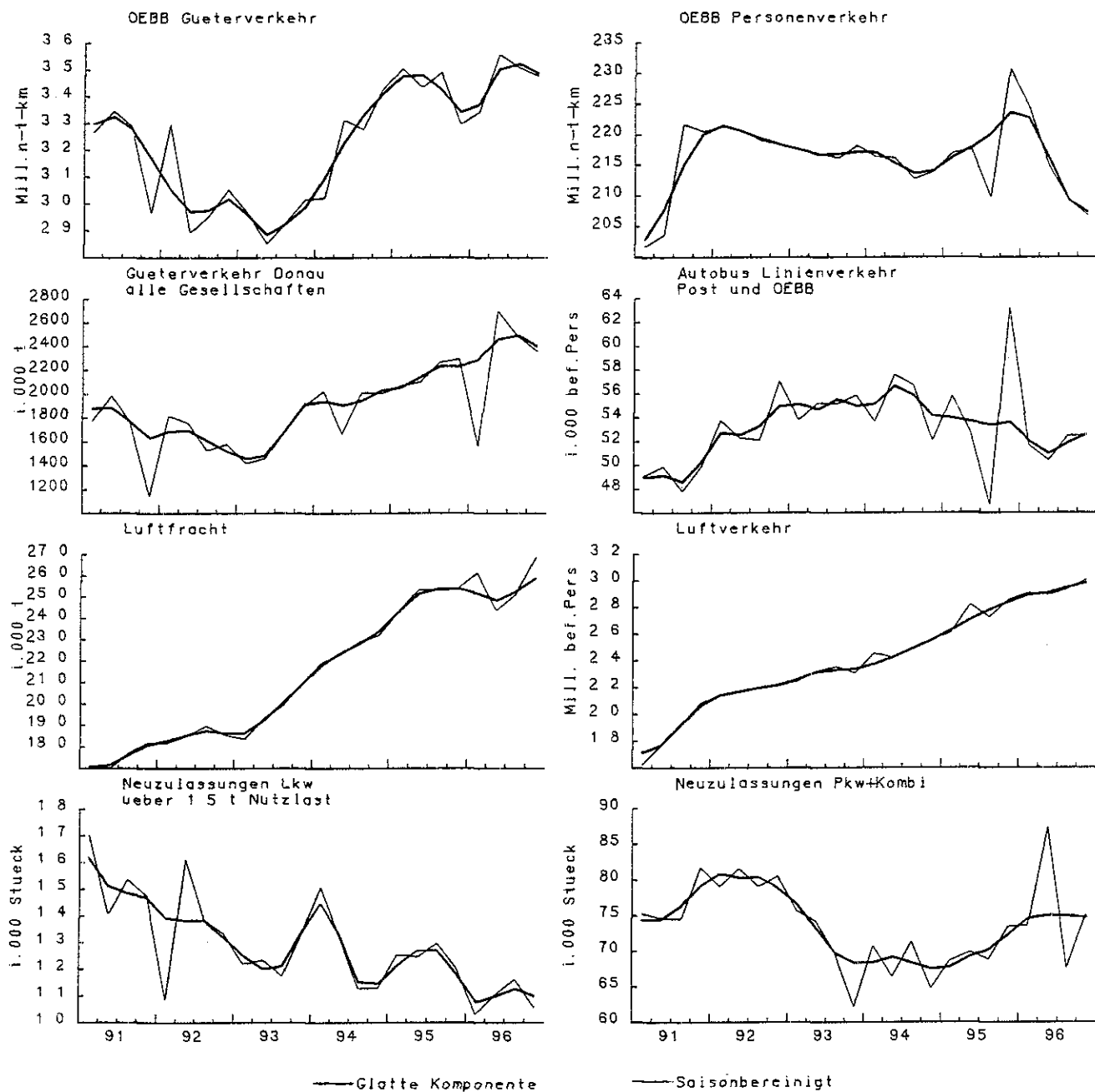
Kurt Kratena

Statistik: Susanne Kopal

### GÜTERVERKEHR LEICHT GEWACHSEN

Der Güterverkehr nahm 1996 schwach zu. Industrieproduktion (+1%) und Einzelhandel (+2,1%) ließen den Bedarf an Verkehrsleistungen im Inland nur wenig wachsen. Relativ kräftig stieg lediglich die Transportnachfrage im Außenhandel (+5,5% gegenüber 1995). Die Transportleistungen der Bahn erreichten 1996

Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



13,9 Mill. t-km, um 1,4% mehr als 1995. Dabei nahmen die Transportleistungen im Inlandverkehr um 3,1% ab, der Einfuhrverkehr wuchs um 5,4%, der Ausfuhrverkehr um 2,4%, und der Transitverkehr erreichte nur knapp das hohe Vorjahrsniveau. Somit entfielen 1996 22% der Güterverkehrsleistungen der Bahn auf den Inlandverkehr, 29% auf den Einfuhrverkehr, 24% auf den Ausfuhrverkehr und 25% auf den Transitverkehr. Die Tariferträge der ÖBB aus dem Güterverkehr erreichten 9,7 Mrd. S, das Wachstum blieb hinter jenem der Verkehrsleistungen zurück (-0,4%). Angesichts der erstarkten Konkurrenz durch das schwach ausgelastete Fuhrgewerbe gewährten die ÖBB ihren Kunden vermehrt Tarifermäßigungen. Die Nachfrage der heimischen

Wirtschaft nach Transportkapazitäten der Bahn stagnierte gemessen an den gestellten Güterwaggons. Besonders traf die Bahn die Flaute in der Stahlindustrie (Wagenstellungen für Erze -27%, für Eisen und Stahl -10,2%). Die seit Jahren rückläufige Tendenz im Stückgut- (-4,5%) und Sammelgutverkehr (-13,5%) setzte sich im Berichtsjahr 1996 fort. Auch für Nahrungsmittel (-4,8%), Bauwaren (-5,2%) und Holz (-4,4%) forderte die heimische Wirtschaft weniger Wagen an als 1995. Die Transportnachfrage für Papier (+4,2%), Kunstdünger (+12,0%) und sonstige Waren (+11%) belebte sich hingegen spürbar. Die Kohle- und Kokstransporte erhöhten sich gegenüber 1995 auf das 2½fache und haben fast wieder das Niveau von 1994 erreicht.

Güterverkehr

		1996	1996	Ø 1990/1995
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB <sup>1)</sup>	Mill. n-t-km	13 909,0	+ 1,4	+ 1,2
Inland	Mill. n-t-km	3 057,0	- 3,1	- 1,5
Einfuhr	Mill. n-t-km	4 031,0	+ 5,4	+ 2,8
Ausfuhr	Mill. n-t-km	3 319,0	+ 2,4	+ 1,7
Transit	Mill. n-t-km	3 376,0	+ 0,0	+ 2,1
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	82 667,6	- 0,2	- 0,1
Fuhrgewerbe	in t	17 365,2	- 14,2	- 2,7
Werkverkehr	in t	65 302,4	+ 4,3	+ 0,7
Verbrauch an Dieselmotorkraftstoff	1.000 t	3 024,1	+ 6,0	+ 5,7
Schiffahrt <sup>2)</sup>	1.000 t	9 302,8	+ 5,8	+ 2,1
Rohrleitungen Mineralöl	Mill. n-t-km	7 016,1	+ 4,4	+ 1,4
Einfuhr und Inland	Mill. n-t-km	3 510,1	+ 2,0	+ 2,0
Transit	Mill. n-t-km	3 506,0	+ 7,0	+ 0,8
Luftfahrt <sup>3)</sup>	1.000 t	1 027	+ 2,2	+ 8,5
AUA	1.000 t	39,1	- 2,1	+ 9,3

<sup>1)</sup> Vorläufige Werte - <sup>2)</sup> Güterverkehr auf der Donau insgesamt - <sup>3)</sup> Fracht, An- und Abflug

Die Donauschiffahrt litt im Februar und März unter ungünstigen nautischen Bedingungen. Dank hoher Nachfrage und günstigerer Schiffsbedingungen in den folgenden Monaten konnte das sehr gute Vorjahresergebnis der Verkehrsleistungen um 2,7% übertroffen werden. Insgesamt wurden auf dem österreichischen Donauabschnitt 9,3 Mill. t Güter befördert, um 5,8% mehr als 1995.

Die Durchsatzleistungen der Rohrleitungen erreichten 1996 7,02 Mrd. t-km, um 4,4% mehr als 1995. Der Transit (+7,0%) nahm dabei stärker zu als die Einfuhr und der Binnenverkehr (+2,0%). Nach zweistelligen Zuwachsraten in den Jahren 1994 und 1995 schwächte sich die Wachstumsrate der Luftfracht auf 2,2% ab.

Über die Entwicklung des Straßengüterverkehrs liegen derzeit noch keine umfassenden Statistiken vor. 1996 wurden 25 680 fabriksneue Lkw zugelassen (+ 1,7% gegenüber 1995). Das Fuhrgewerbe hatte 1995 besonders kräftig in den Fuhrpark investiert und nahm 1996 die Fahrzeuginvestitionen um 8,7% zurück. Die Nachfrage nach Sattelfahrzeugen (+ 14,8%) und Klein-Lkw in der Klasse bis 2 t war rege (+ 4,2%). Die Zahl der Neuanmeldungen von mittleren (-13,3%) und schweren Lkw (-11,6%) verringerte sich hingegen stark. Der ökopunktpflichtige Transitverkehr erreichte 1996 1,482.000 Fahrten (+ 2,9% gegenüber 1995). Die Erneuerung des Fuhrparks durch Fahrzeuge mit niedrigen NO<sub>x</sub>-Emissionswerten senkte den Bedarf an Ökopunkten um 9,8%. 38,5% der Fahrten wurden von italienischen, 34,1% von deutschen, 10,5% von österreichischen und 7,1% von niederländischen Lkw durchgeführt. Weniger als 10% der Fahrten entfielen auf Lkw aus den anderen EU-Mitgliedstaaten. Gemessen am Verbrauch an Ökopunkten pro Fahrt hatten die Lkw aus Luxemburg und Finnland die umweltfreundlichsten, die Lkw aus Griechenland die weitaus am wenigsten umweltfreundlichen Motoren. Gemäß Protokoll Nr 9 des EU-

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

		1996	1996	Ø 1990/1995
		Stück	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
Pkw		307 671	+ 10,0	- 1,7
Bis 1.500 cm <sup>3</sup>		81 312	- 1,6	- 1,9
1.501 cm <sup>3</sup> und mehr		226 359	+ 14,9	- 1,6
Lkw		25 680	+ 1,7	- 1,8
Bis 1.999 kg		22 310	+ 4,2	- 0,8
2.000 bis 6.999 kg		1 216	- 13,3	- 13,1
7.000 kg und mehr		2 154	- 11,6	- 1,2
Anhänger		23 631	+ 9,0	+ 3,1
Bis 2.999 kg		22 038	+ 9,8	+ 3,6
3.000 bis 6.999 kg		306	- 4,1	+ 0,9
7.000 kg und mehr		1 287	+ 0,4	- 3,5
Sattelfahrzeuge		2 365	+ 14,8	+ 2,1

Beitrittsabkommens Österreichs 1994 wird 1998 der Transitvertrag überprüft

WENIGER PERSONENVERKEHR AUF ÜBERLANDBUSLINIEN UND BAHN

Der Berufs- (Beschäftigung -0,7%) und Reiseverkehr (Übernachtungen -3,6%) nahm 1996 ab. Die Einführung eines Selbstbehalts für die Schülerfreifahrten und die Abschaffung der Freifahrten für Studenten ließen die Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsleistungen im Ausbildungsverkehr mit dem Beginn des Schuljahres 1996/97 sinken. Die Personenverkehrsleistungen der ÖBB blieben 1996 um 7,2% unter dem Ergebnis von 1995. Der Rückgang im IV. Quartal betrug 21,4%. Die Tarifträge der Bahn aus dem Personenverkehr erreichten wie im Vorjahr 7,17 Mrd. S. Die städtischen Verkehrsbetriebe beförderten 1996 um 1% weniger Personen als 1995 (IV. Quartal 1996 -3,4%). Auch Post- und Bahnbusse meldeten rückläufige Benutzerfrequenzen (-7,3% gegenüber 1995). Im Luftverkehr schwächte sich die Dynamik etwas ab. 1996 stieg das Passagieraufkommen um 6,5% auf 11,75 Mill. Personen. Das Aufkommen der AUA entwickelte sich stärker als in den vergangenen Jahren (+ 9,5%).

Trotz gedämpfter Wirtschaftslage nahmen die Zulassungen fabriksneuer Pkw 1996 um 10% zu. Besonders gefragt waren Mittelklassewagen (+ 16,1%). Kleinwagen (Hubraum unter 1.000 cm<sup>3</sup>) wurden um 4,4% weni-

Personenverkehr

		1996	1996	Ø 1990/1995
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB <sup>1)</sup>	Mill. Pers.-km	8 933,0	- 7,2	+ 1,6
Linienbus Post, ÖBB	Mill. Pers.	206,8	- 7,3	+ 3,1
Wiener Verkehrsbetriebe	Mill. Pers.	696,5	+ 1,3	+ 2,6
Luftfahrt <sup>2)</sup>	1.000 Pers.	11 753,8	+ 6,5	+ 8,4
AUA	1.000 Pers.	3 341,9	+ 9,5	+ 2,4
Benzinverbrauch	Mill. l	2 934,4	- 7,0	- 2,0

<sup>1)</sup> Vorläufige Werte - <sup>2)</sup> Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug

ger zugelassen als 1993. Die Verschiebung zu den großvolumigen Motoren ist in erster Linie durch die laufende Umstellung des Fahrzeugparks auf Dieselmotoren zu erklären. 1995 hatten Dieselfahrzeuge einen Anteil an den neuzugelassenen Pkw von 42,6%, 1996 von 49,4%. Seit 1. Jänner 1997 hebt der Bund eine Pauschalmaut für die Benützung von Autobahnen und Schnellstraßen ein. Die Maut für die Straßenabschnitte der Sondergesellschaften bleibt weiter in Kraft.

Wilfried Puwein

Statistik: Erna Kernreich

## 1996 ERTRAGSEINBUSSEN IM AGRARSEKTOR

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Land- und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) des WIFO von Ende März stagnierte 1996 die Agrarproduktion dem Volumen nach (real) etwa auf dem Vorjahresniveau. Die Agrarpreise gaben im Durchschnitt etwas nach, wobei die Entwicklung nach Produktgruppen ungewöhnlich stark differierte. Zugleich wurden zugekaufte Betriebsmittel und Dienstleistungen teurer, die „Preisschere“ öffnete sich zu Lasten des Agrarsektors. Diese Entwicklungen auf den Agrar- und Betriebsmittelmärkten drückten den Wert der Endproduktion und der Brutto-Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft 1996 unter das Vorjahresergebnis. Die Netto-Wertschöpfung (Beitrag zum Volkseinkommen) des Agrarsektors und damit die Summe der aus der land- und forstwirtschaftlichen Produktion erzielten Einkommen fiel um etwa 10% zurück. Neben den Einbußen im Rohertrag und etwas höheren Ausgaben für Vorleistungen und Abschreibungen waren hierfür vor allem in Summe geringere Direktzahlungen aus öffentlichen Mitteln (Subventionen) und eine höhere Belastung mit indirekten Steuern (höhere Verluste aus der Umsatzsteuerpauschalierung) verantwortlich.

### KURZUNG DER AUSGLEICHSZAHLUNGEN UND ÖFFNUNG DER PREISSCHERE DRUCKEN AGRAREINKOMMEN

Die Berechnungen im Rahmen der LGR werden seit dem EU-Beitritt durch Mängel und Verzögerungen in der Vorlage wichtiger Statistiken erschwert und beeinträchtigt. Beispiele sind die Außenhandelsstatistik, die Produktionsstatistik der Industrie oder die Ernährungsbilanzen des ÖSTAT. Die Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik und der EU-Agrarstrukturpolitik hatte in wichtigen Positionen der LGR Brüche zur Folge, die bei Vergleichen der Ergebnisse ab 1995 mit den Jahren davor zu beachten sind (z. B. Endproduktion aus Pflanzenbau und Tierhaltung oder die Positionen „Subventionen“ und „Indirekte Steuern“).

### Reale Wertschöpfung, Beschäftigung und partielle Produktivitäten der Land- und Forstwirtschaft

	1995	1996	1995	1996
	Ø 1982/1984 = 100		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Endproduktion (Rohertrag)				
Pflanzenbau	96,2	89,3	- 3,7	- 7,2
Tierhaltung	95,7	97,1	+ 3,5	+ 1,4
Landwirtschaft	95,9	94,7	- 3,5	- 1,3
Forstwirtschaft	108,1	116,7	+ 3,4	+ 8,0
Land- und Forstwirtschaft	98,0	98,4	- 3,5	+ 0,5
Minus Vorleistungen	100,0	97,9	- 3,6	- 2,2
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Marktpreisen)	96,8	98,7	+ 3,5	+ 2,0
Futtermittelimport	107,8	83,4	+ 6,1	-22,6
Importbereinigte Endproduktion der Landwirtschaft	95,2	95,3	- 4,1	+ 0,1
Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft	60,1	57,3	- 5,5	- 4,7
Arbeitsproduktivität <sup>1)</sup>	161,0	172,3	+ 2,2	+ 7,0
Landwirtschaftliche Nutzfläche	96,2	96,1	- 0,3	- 0,1
Flächenproduktivität netto <sup>2)</sup>	99,0	99,2	- 3,8	+ 0,2

Q: Eigene Berechnungen. 1996: vorläufige Werte. - <sup>1)</sup> Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP zu Faktorkosten (real) je Beschäftigten - <sup>2)</sup> Importbereinigte reale Endproduktion der Landwirtschaft je Hektar.

### AGRARPRODUKTION STAGNIERT, AGRARPREISE -1 1/2%

Die Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft stagnierte 1996 real (zu konstanten Preisen der Basisperiode Durchschnitt 1982/1984 berechnet) etwa auf dem Niveau des Vorjahres (+ 1/2%) und lag damit etwas unter dem längerfristigen Trend. Einbußen im Pflanzenbau standen etwas höhere Erträge aus der Tierhaltung und insbesondere ein viel höherer Holzeinschlag gegenüber. Nach WIFO-Schätzungen kauften die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe real um etwa 2% weniger Vorleistungen zu als im Vorjahr. Die geringeren Vorleistungsbezüge bewirkten 1996 trotz stagnierender Endproduktion eine reale Zunahme des Beitrags der Land- und Forstwirtschaft zum BIP um rund 2%.

Die Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik hatte 1995 einen massiven Einbruch der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zur Folge. Nach dieser Anpassung an das niedrigere EU-Niveau stagnierten 1996 die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise (+ 1/2%). Der traditionell offene Holzmarkt spiegelt die Tendenzen auf den internationalen Märkten und eventuelle Änderungen der Währungsparitäten wider. 1996 war Holz im Jahresdurchschnitt um 10 1/2% billiger als im Vorjahr. Die niedrigen Holzpreise drückten den Index der Agrarpreise um etwa 1 1/2% unter das Niveau des Vorjahres. Die Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse und damit auch die entsprechenden Preise entwickelten sich sehr unterschiedlich. Pflanzliche Erzeugnisse (- 1/2%) waren 1996 im Durchschnitt nur knapp billiger als im Vorjahr. In der Tierhaltung zogen 1996 die Erzeugerpreise um etwa 1% an. Die Rinderpreise (-12%) brachen im Gefolge der Ende März 1996 ausgebrochenen BSE-Krise tief ein. Die Schweine- und Geflügelmäster profitierten hingegen über Nachfrageverlage-

rungen von der BSE-Krise: Die Schweinepreise (+9%) zogen kräftig an; auch Masthühner wurden etwas teurer (+2½%). Milch wurde im Jahresmittel etwas besser bezahlt als im Vorjahr. Die Eierpreise (+19%) stiegen infolge europaweiter Produktionsrücknahmen und der dadurch ausgelösten Angebotsverknappung sprunghaft.

Von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zugekaufte Vorleistungen wurden 1996 um rund 3½%, Investitionsgüter um rund 2% teurer. Der überdurchschnittliche Anstieg der Vorleistungspreise wurde primär durch einen kräftigen Preisschub auf den internationalen Märkten für Eiweißfutter verursacht. Die leichte Abnahme der agrarischen Erzeugerpreise und zugleich steigende Preise von Vorleistungen und Investitionsgütern verschoben die *Austauschrelationen* zu Lasten der Land- und Forstwirtschaft.

**WERT DER AGRARISCHEN ENDPRODUKTION:  
61,2 MRD. S, -1%**

Der stagnierende reale Rohertrag und leichte Preiseinbußen drückten den Wert der *Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft* 1996 auf rund 61,2 Mrd. S und damit um etwa 1% unter das Niveau des Vorjahres. Einbußen im Pflanzenbau und in der Forstwirtschaft standen etwas höhere Roherträge aus der Tierhaltung gegenüber. Im Pflanzenbau (-5½%) blieben die Erträge in fast allen wichtigen Produktionszweigen und zum Teil erheblich hinter den Vorjahresergebnissen zurück. Der Rohertrag aus Kartoffeln und Olsaaten war um rund ein Drittel niedriger; für den Getreide-, Gemüse- und Obstbau wurden Einbußen zwischen 6% und 9% ermittelt. Die Erträge aus dem Weinbau und aus dem Anbau von Zuckerrüben stagnierten. In der Tierhaltung (+1½%) standen Einbußen der Rindermäster infolge der BSE-Krise Ertragszuwächsen der Schweine- und Geflügelhalter gegenüber. Auch die Milchbauern erwirtschafteten einen etwas höheren Rohertrag. In der *Forstwirtschaft* (-2½%) glich der höhere Einschlag den schweren Preisrückgang nur zum Teil aus.

Für den Ankauf von *Vorleistungen* wandte die Land- und Forstwirtschaft 1996 rund 26,6 Mrd. S auf (+2%). Ein etwas geringerer Rohertrag und höhere Vorleistungsausgaben ließen die Brutto-Wertschöpfung des Agrarsektors (Beitrag zum BIP) um rund 3½% auf 34,7 Mrd. S sinken.

**GERINGERE DIREKTZAHLUNGEN, HOHE BELASTUNG DURCH UMSATZSTEUER**

An Subventionen an land- und forstwirtschaftliche Betriebe wurden 1996 rund 22,8 Mrd. S ausgeschüttet, um rund 1,9 Mrd. S oder 7,7% weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ist primär auf um rund 3,0 Mrd. S ge-

*Nominelle Endproduktion und Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft*

	1995	1996	1995	1996
	Zu jeweiligen Preisen in Mill. S		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Endproduktion (Rohertrag)				
Pflanzenbau	17 181	16 236	- 22,1	- 5,5
Tierhaltung	32.036	32.555	- 25,2	+ 1,6
Landwirtschaft	49 217	48 791	- 24,2	- 0,9
Forstwirtschaft	12.751	12.444	+ 1,0	- 2,4
Land- und Forstwirtschaft	61 968	61 235	- 20,1	- 1,2
Minus Vorleistungen	26.071	26.550	- 3,7	+ 1,8
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Marktpreisen)	35.897	34.685	- 28,8	- 3,4
Plus Subventionen	24.753	22.840	+ 151,9	- 7,7
Minus indirekte Steuern <sup>1)</sup>	1.582	2.099	+ 10,4	+ 32,7
Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Faktorkosten)	59 068	55 426	+ 0,4	- 6,2
Minus Abschreibungen	19.898	20.107	+ 0,8	+ 1,1
Beitrag zum Volkseinkommen	39 170	35.319	+ 0,2	- 9,8
Beitrag der Land- und Forstwirtschaft in %				
Zum Brutto-Inlandsprodukt (zu Marktpreisen)		1,6		1,5
Zum Volkseinkommen (zu Faktorkosten)		2,2		2,0

Q: Eigene Berechnungen. 1996: vorläufige Werte. - <sup>1)</sup> Einschließlich Netto-Zahllast bzw. Nettogewinn der Land- und Forstwirtschaft an Mehrwertsteuer aufgrund der Pauschalierung.

ringere degressive Ausgleichszahlungen zurückzuführen; auch an Marktordnungsprämien wurde weniger ausgezahlt als im Vorjahr. Diese Einbußen wurden durch eine Aufstockung der Beihilfen im Rahmen des Umweltprogramms (OPUL), höhere Ausgleichszahlungen für die Aufwertung des landwirtschaftlichen Umrechnungskurses zum 1. Juli 1995 („Hartwährungsausgleich“) sowie die finanziellen Hilfen an die Rinderhalter für Einbußen infolge der BSE-Krise nur zum Teil ausgeglichen.

Die Belastung der Land- und Forstwirtschaft mit indirekten Steuern erreichte 1996 rund 2,1 Mrd. S, um rund 500 Mill. S oder ein Drittel mehr als im Vorjahr. Der sprunghafte Anstieg ist auf viel höhere Nettoverluste der Landwirtschaft im Rahmen der Umsatzsteuerpauschalierung zurückzuführen. Ein geringerer Rohertrag, höhere Vorleistungskäufe und insbesondere sehr hohe Investitionen ließen die Netto-Zahllast der pauschalierenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach ersten Schätzungen des WIFO von rund 1,26 Mrd. S 1995 auf rund 1,75 Mrd. S im Jahre 1996 steigen.

Die Abschreibungen für maschinelle Ausrüstungen und Wirtschaftsgebäude nahmen 1996 nur leicht zu. Der reale Kapitalstock der Land- und Forstwirtschaft sinkt seit Jahren allmählich, die Investitionsgüterpreise sind gestiegen.

Als Saldo der kurz vorgestellten und aus den entsprechenden Übersichten im Detail zu ersehenden Berechnungen und Schätzungen ergibt sich für 1996 ein Beitrag des Agrarsektors zum Volkseinkommen von rund 35,3 Mrd. S, um 10% weniger als im Vorjahr. Dieser Beitrag entspricht den aus der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung erwirtschafteten Einkommen einschließ-

Berufstätige in der Land- und Forstwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	Unselbständige			Beschäftigte <sup>2)</sup>	Berufstätige <sup>3)</sup>
		Beschäftigte <sup>1)</sup>	Arbeitslose	Insgesamt		
in 1.000						
1994	149,0	26,5	4,1	30,6	175,5	179,6
1995	139,7	26,0	4,0	30,1	165,7	169,8
1996	132,0	25,9	4,0	29,9	157,9	161,9
Veränderung gegen das Vorjahr in % <sup>4)</sup>						
1994	-6,2	-1,5	-7,6	-2,4	-5,5	-5,5
1995	-6,2	-1,6	-1,7	-1,6	-5,5	-5,5
1996	-5,5	-0,6	-0,5	-0,6	-4,7	-4,6

Q: Berechnungen des WIFO; bis 1991 endgültige Werte, ab 1992 vorläufige Werte. Es gelten die Definitionen der jeweils letzten Volkszählung (für 1951 bis 1971: Definition der Volkszählung 1971). Die Fortschreibung ab 1992 stützt sich auf Daten der Sozialversicherung der Bauern (für Selbständige und mithelfende Familienangehörige) sowie auf Angaben des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. - <sup>1)</sup> Ab 1987 ohne Präsenziener, Bezieher von Karenzurlaubsgeld usw. - <sup>2)</sup> Selbständige und unselbständig Beschäftigte. - <sup>3)</sup> Selbständige, unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose. - <sup>4)</sup> Berechnung der Veränderungsdaten mit ungerundeten Werten

lich der öffentlichen Beihilfen. Er steht zur Entlohnung der im Agrarsektor eingesetzten Ressourcen zur Verfügung.

Das schwache Ergebnis 1996 und insbesondere der Einbruch der Agrareinkommen sind zu einem Teil durch Sondereinflüsse wie unterdurchschnittliche Erträge im Pflanzenbau, eine schwierige Lage auf dem Holzmarkt und die BSE-Krise auf dem Rindermarkt zu erklären. Noch gewichtiger waren allerdings die Einbußen durch die planmäßige Kürzung der degressiven Ausgleichszahlungen und die hohe Belastung der pauschalierten Betriebe mit Umsatzsteuer. Der Rückschlag in der agrarischen Einkommensschöpfung 1996 ist vor dem Hintergrund guter Ergebnisse in den zwei vorangegangenen Jahren zu beurteilen.

ABWANDERUNG AUS DER LANDARBEIT  
VERLANGSAMT

Die Land- und Forstwirtschaft hat in der ersten Hälfte der neunziger Jahre mit einer Abnahmerate von 5½% bis 6% jährlich im Vergleich zu den Jahren und Jahrzehnten davor überdurchschnittlich viele Arbeitskräfte verloren. 1996 waren im Agrarsektor hauptberuflich beschäftigt, um 4,7% weniger als im Vorjahr. Die Abwanderung blieb damit zwar im längerfristigen Vergleich überdurchschnittlich hoch; verglichen mit der ersten Hälfte der neunziger Jahre ergab sich allerdings eine merkliche Verlangsamung. Gemessen an der Entwicklung in den anderen EU-Ländern war die Abnahme der Beschäftigung in der österreichischen Landwirtschaft in den letzten Jahren und auch 1996 weit überdurchschnittlich

Matthias Schneider

Statistik: Christine Wilhelm

SCHWACHER HOLZMARKT

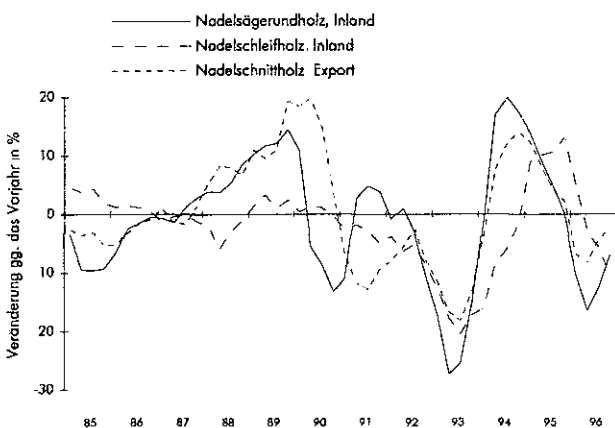
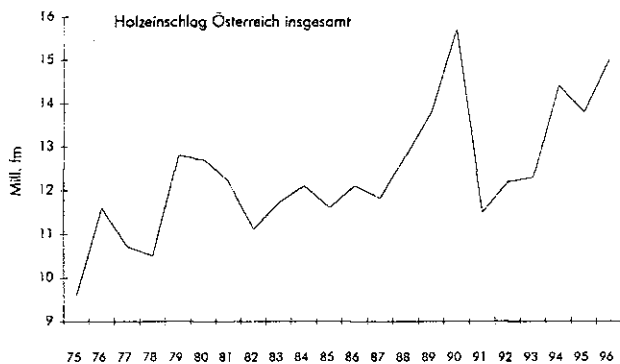
Die Sägeindustrie zahlte 1996 für Nadelrundholz durchschnittlich um 11,6% weniger als im Vorjahr. Mit 918 S pro fm war der Jahresdurchschnittspreis für Fichtensägerrundholz, Klasse B, gerade so hoch wie vor 20 Jahren. Der Preistiefstand wurde im Mai 1996 erreicht. Bis zum Jahresende zogen die Preise um knapp 9% an. Die Schnittholzpreise zeigen eine ähnliche, etwas gemilderte Entwicklung. Im Jahresdurchschnitt lag das Preisniveau um 5,5% unter dem Wert von 1995; der Preisanstieg vom April bis Dezember 1996 betrug 5,4%. Die Preisfestigung ist hauptsächlich auf das Wiedererstarken des Dollars zurückzuführen. Die europäische Bauindustrie setzte keine entscheidenden Nachfrageimpulse. Auf dem Schleifholzmarkt hielt der Preisrückgang im gesamten Jahresverlauf 1996 an. Der Jahresdurchschnittspreis für Fichtenschleifholz erreichte 438 S, er lag um 3,7% unter dem Wert für 1995. 1976 hatte der Schleifholzpreis 536 S betragen.

Die Forstwirtschaft schlugerte 1996 15 Mill. fm Holz, um 8,7% mehr als 1995. Dabei mußten die Waldbesitzer 6,2 Mill. fm Schadholz aufarbeiten (+52%). Der Schadholzanteil am Einschlag betrug 1996 42% gegenüber 30% im Vorjahr. Das Schadholz stammte aus schnee- und windbruchgeschädigten Wäldern sowie vermehrt aus den vom Borkenkäfer befallenen Beständen. Das Schadholz konnte zum Teil nur als Brennholz (Gesamtnutzung +24%) und Schleifholz (+13%) ausgeformt werden. Die Starkholznutzung lag etwas über dem Vorjahresniveau (+1,4%). Die Kleinwaldbesitzer (+11,2%) und die Bundesforste (+10%) erhöhten den Einschlag wesentlich stärker als die privaten Forstbetriebe (+4,3%).

ÖSTERREICHISCHE BUNDESFORSTE-AG  
GEGRÜNDET

Ende 1996 trat das Bundesgesetz zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Bundesforste und Errichtung einer Aktiengesellschaft zur Fortführung des Betriebes „Österreichische Bundesforste“ (Bundesforstgesetz 1996) in Kraft (BGBl. 793/1996). Die bisher vom Wirtschaftskörper Österreichische Bundesforste verwalteten Liegenschaften des Bundes werden nunmehr von einer Betriebs-AG bewirtschaftet. Der Bund bleibt Eigentümer der Liegenschaften, Erlöse aus Veräußerungen von Liegenschaften sind zum Ankauf neuer Liegenschaften oder zur sonstigen Verbesserung der Vermögenssubstanz zu verwenden. Der Aktiengesellschaft kommt von allen Liegenschaften ein entgeltliches Fruchtgenußrecht zu. Sie hat dafür ein jährliches Fruchtgenußentgelt an den Bund im Ausmaß von 50% des Jahresüberschusses zu entrichten. Der Vorstand der AG besteht aus zwei Mitgliedern, der Aufsichtsrat aus sechs Mitgliedern, wovon drei Mitglieder vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, ein Mitglied vom

Holzversorgung und Holzpreise



Bundesminister für Finanzen (mit Vetorecht bei Grundstückstransaktionen) und zwei Mitglieder von dem nach der Arbeitsverfassung vorgesehenen Vertretungskörper der Dienstnehmer zu nominieren sind. Die Bundesforste hatten 1996 einen Anteil am Holzeinschlag von 15%. Mit einer Waldfläche von 516 400 ha erreicht der Anteil der Bundesforste an der Gesamtwaldfläche Österreichs ebenfalls rund 15%. Die gesamte von den Bundesforsten betreute Fläche beträgt 848 600 ha, neben Wald sind dies überwiegend unproduktive Flächen (297 700 ha). Die Bundesforste wurden von 1925 bis 1996 als Wirtschaftskörper ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt (BGBl. 282/1925). Die ihnen zugewiesenen staatlichen Liegenschaften umfaßten

- Güter der ehemaligen Landesherren, die diesen Besitz von ihrer Hofkammer (Kammergüter) verwalten ließen und die Erträge zur Deckung der Kosten der Hofhaltung verwendeten,
- Wälder, die die Landesherren zur Bedeckung des großen Holzbedarfs für den Betrieb der Bergwerke und Salinen in Anspruch nahmen,
- den Besitz des ehemaligen Familienversorgungsfonds des Hauses Habsburg-Lothringen.
- Später kamen Liegenschaften der Herrschaft Steyr hinzu, die 1938 vom Deutschen Reich angekauft wurden,

Holzeinschlag und Einschnitt

	1995	1996	1995	1996
	1 000 fm ohne Rinde		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Starknutzholz	8 081	8 195	- 5,5	+ 1,4
Schwachnutzholz	2 665	3 018	+ 4,4	+ 13,2
Brennholz	3 059	3 797	- 6,1	+ 24,1
Insgesamt	13 806	15 010	- 3,9	+ 8,7
Einschnitt von Sägerundholz <sup>1)</sup>	12 261		+ 4,1	
Schnittholzlager <sup>2)</sup>	1 056		+ 11,9	

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Fachverband der Sägeindustrie -  
<sup>1)</sup> 1 000 fm - <sup>2)</sup> 1 000 m<sup>3</sup> Jahresendstand

- die Liegenschaften des Religionsfonds sowie
- zahlreiche größere und kleinere Liegenschaften, die im Kauf- oder Tauschwege erworben wurden.
- Künftig können sämtliche übrigen Forstflächen des Bundes in den von den Bundesforsten bewirtschafteten Liegenschaftsbestand übertragen werden.

1977 wurde für den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“ eine neue Rechtsgrundlage erstellt (BGBl. 610/1977). Die Zielsetzung wurde um „die Beachtung auf die Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Waldes“ erweitert, die Unternehmensorganisation durch die Bestellung eines Vorstands und eines Wirtschaftsrates an jene von privatwirtschaftlichen Unternehmen angenähert. Den Arbeitnehmern der Österreichischen Bundesforste räumte das Gesetz durch die Entsendung von Vertretern in den neugeschaffenen Wirtschaftsrat nach Maßgabe der Drittelparität Mitwirkungsrechte ein. Als Wirtschaftskörper besaßen die Bundesforste keine eigene Rechtspersönlichkeit, sondern waren ein Bundesbetrieb, dessen finanzielle Gebärung im jährlichen Bundesfinanzgesetz geregelt war. Diese Eingliederung in das Bundesbudget, mit der auch die Anwendung zahlreicher Haushalts- und Verrechnungsvorschriften verbunden war, bedeutete eine wesentliche Einschränkung der betrieblichen Beweglichkeit und Entscheidungsfreiheit.

Mit der Errichtung einer Aktiengesellschaft zur Fortführung des Betriebes „Österreichische Bundesforste“ wird nunmehr die unternehmerische Handlungsfähigkeit des Vorstandes weiter gestärkt. Die Bundesforste beschäftigten 1995 855 Angestellte und 1.171 Arbeiter. 1975 waren 1.379 Angestellte und 3.174 Arbeiter im Personalstand geführt worden. Gleichzeitig stieg in den letzten 20 Jahren der Einschlag um 15%. 58% der 2,05 Mill. fm wurden 1995 durch eigene Arbeiter, 7,8% durch Schlägerungsunternehmer und Bauernakkordanten in Eigenregie der Bundesforste geschlägert. 25,3% des Einschlags wurden am Stock verkauft bzw. vergeben, 8,8% waren Servitutsholzabgaben. Die Servitutsholzabgaben beruhen auf Einforstungsrechte bäuerlicher Betriebe. Die Holzbezugsrechte sollten deren

Eigenbedarf an Brenn- und Bauholz sowie Holz für Zäune und Werkzeuge decken. 1995 erlösten die Bundesforste 1.339 Mill. S aus Rohholzlieferungen (davon 6,4% Servitusholz), 170 Mill. S aus Schnittholzlieferungen der eigenen Sägewerke und 162 Mill. S aus der Jagd. Die Bundesforste stellen einen wachsenden Anteil

ihrer Flächen für Naturschutzgebiete und Nationalparks zur Verfügung – 1996 erreichte er fast die Hälfte der Gesamtfläche

Wilfried Puwein

Statistik: Christine Wilhelm

### *The Austrian Economy in 1996: Slow Growth, but High External Deficit – Summary*

Over the past year, the Austrian economy remained in a phase of cyclical sluggishness. The recovery which had set in in late 1993 came to an unexpected halt around mid-1995, with demand and output slackening thereafter. In early 1996, activity hit a low when the downturn was exacerbated by severe winter conditions. Weather-related output losses in manufacturing and construction were caught up during spring, while wholesale and retail trade benefited from lively consumer demand: many households carried forward purchases of motor cars and other durables, before tax increases and other measures of the fiscal consolidation „package“ took effect. While from mid-year onwards private consumption lost momentum, foreign demand picked up strongly towards the end of the year. In all, however, the business cycle recovery advanced slowly, with real GDP rising by an annual average of barely 1 percent, well below the medium-term trend and rather weak also in an international comparison.

Several factors were responsible for the weak growth performance:

- stagnation tendencies in major trading partner countries in western Europe;
- repercussions of the March 1995 exchange rate turbulences leading to marked depreciation of the U.S. dollar, the Italian lira and other currencies;
- the comprehensive fiscal consolidation program agreed upon by the new federal government following the December 1995 elections;
- structural deficiencies and adjustment problems in sectors being exposed to stronger international competition following Austria's accession to the EU and the transition in eastern Europe.

Despite the unfavorable external conditions, merchandise exports held up relatively well, rising 5½ percent

in volume and allowing Austrian firms to gain foreign market shares. Suppliers of tourism services, on the other hand, suffered a further fall in export revenues, by 1¼ Percent in volume terms.

Domestic demand also stayed robust, advancing by a price-adjusted 1¼ percent. Consumers spent over 7 percent (in real terms) more on durables than in 1995, thereby lowering markedly their saving propensity. The corporate sector spent 4 percent more on machinery and equipment; manufacturing industry stepped up investment to a still higher degree although firms generally rated their order inflow and capacity utilization as unsatisfactory. Rationalization and modernization provided strong investment incentives, profits maintained on the whole a comfortable level and interest rates came down further.

Imbalances in the labor market increased further. Overall employment fell by almost 21,000 on annual average, with the decline leveling off later in the year. Rising demand for early retirement helped to reduce labor supply; still, registered unemployment rose by nearly 15,000. By international comparison, unemployment in Austria is still rather low, at a rate of slightly above 4 percent of the labor force.

Consumer price inflation fell to an annual rate of 1.9 percent.

Contrary to expectations and in spite of slackening domestic demand, Austria's current account hardly improved in 1996. The deficit, while falling from ATS 47 billion in 1995 to 42½ billion, remained high at a ratio of 1.8 percent of GDP. Moreover, the shrinking of the deficit was entirely due to lower net transfers to the EU household, while both the trade balance and particularly the balance of tourism services weakened. Net revenues from foreign travel have slumped by more than two-thirds within the past few years.



## ■ DIE PRODUKTIONSKOSTEN DER EISENBAHNEN

### EIN VERGLEICH VON ÖBB, DB-AG UND SBB

*Die Markterträge der ÖBB wuchsen in den letzten 35 Jahren tendenziell schwächer als die Aufwendungen. Der Bund mußte seine Transferzahlungen laufend erhöhen. Auch für andere Bahnunternehmen wurden die staatlichen Zahlungen zur wichtigsten Ertragsposition. Die im Vergleich zur DB und zu den SBB niedrige Produktivität könnten die ÖBB durch Auslagerungen und Rationalisierungsmaßnahmen wesentlich verbessern.*

In den letzten 50 Jahren wurde wiederholt von einer „Renaissance“ der Bahn gesprochen. Die Bahn verlor aber kontinuierlich Marktanteile im Personen- und Güterverkehr; der Staat mußte die Zahlungen an sein Bahnunternehmen ständig erhöhen. Nun hat die EU ein Weißbuch über „Eine Strategie zur Revitalisierung der Eisenbahn in der Gemeinschaft“ herausgebracht. „Neue“, miteinander konkurrierende Eisenbahnunternehmen sollen die wertvolle Ressource Bahn-Infrastruktur besser nutzen. Die Deutsche Bahn (DB) und die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) erhielten bereits eine privatwirtschaftliche Unternehmensform, wobei jeweils der Bund Alleineigentümer der Gesellschaft blieb. Die Jahresabschlüsse 1995 der beiden „neuen“ Eisenbahnunternehmen weisen Überschüsse aus: die DB-AG 181 Mill. DM und die ÖBB 212 Mill. S. Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) – sie werden noch als Staatsbetrieb geführt – verzeichneten einen Fehlbetrag von 496 Mill. sfr.

Sind die günstigen Jahresabschlüsse von DB und ÖBB bereits erste Erfolge der „Revitalisierung“ der Bahn durch die stärkere Stellung des Managements? Oder sind sie bloß auf eine geänderte Darstellung der Rechnungsabschlüsse zurückzuführen?

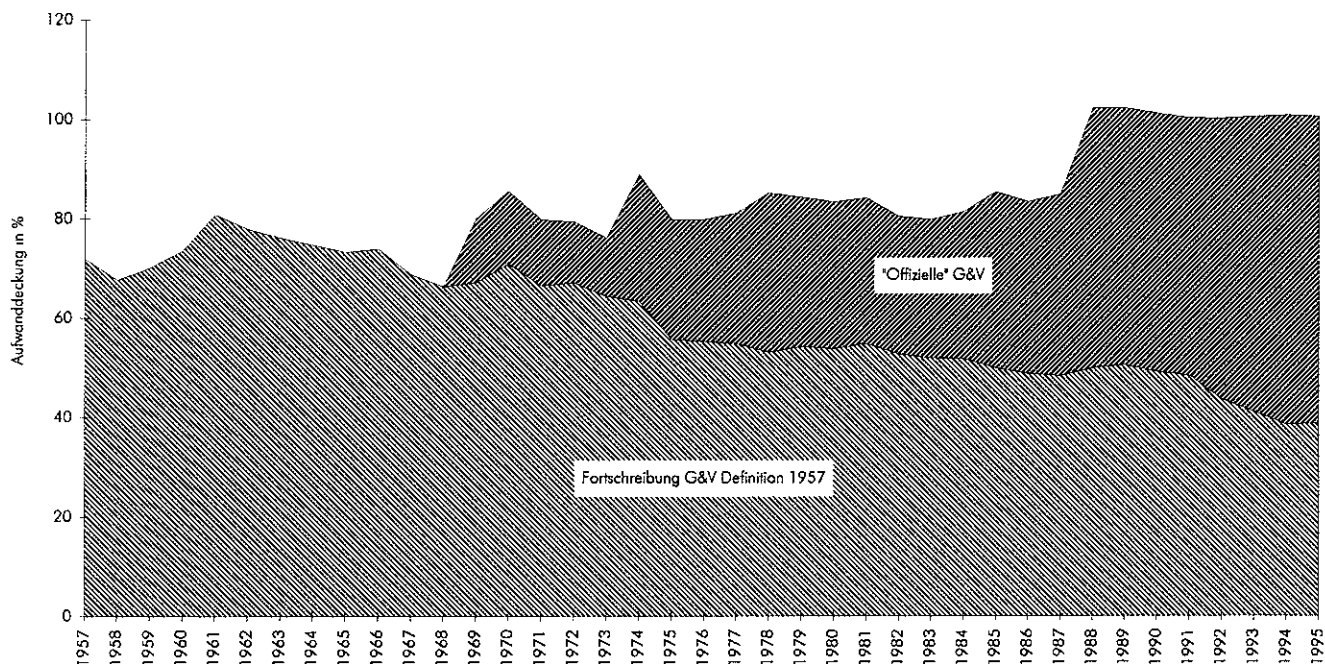
Die vorliegende Arbeit analysiert eingangs die finanzielle Entwicklung der ÖBB seit 1957. Dann werden die Rechnungsabschlüsse 1995 von ÖBB, DB-AG und SBB auf eine vergleichbare Basis gestellt, um drei wesentliche Fragen beantworten zu können:

- Wieviel kosteten die Verkehrsleistungen?
- Wieviel zahlten die Bahnbenutzer?
- Wieviel zahlte der Staat?

Ein Vergleich der Aufwands- und Ertragsstrukturen der Unternehmen soll einige Ansatzpunkte für die wirtschaftliche „Revitalisierung“ der Bahn liefern.

Der Autor dankt Manfred Stegmann von der DB-AG und Gunther Tichy für wertvolle Anregungen und Hinweise. Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Erna Kernreich

Abbildung 1: Finanzielle Lage der ÖBB



## TRANSFERZAHLUNGEN AN ÖBB WACHSEN KONTINUIERLICH

Die zunehmenden Belastungen des Staatshaushalts durch Zahlungen an die Bahn waren ein wesentliches Motiv für die Bahnreform. Gleichzeitig sollte ein verbessertes Bahnangebot Straßen und Umwelt entlasten. In Österreich zahlte der Bund 1995 netto fast 32 Mrd. S an die ÖBB. Diese Summe entsprach 4,2% der Ausgaben des allgemeinen Haushalts. Daneben trägt der Bund die Haftungen für den fremdfinanzierten Eisenbahnbau. Die Verbindlichkeiten erreichten Ende 1996 rund 55 Mrd. S. Die Verluste der ÖBB gemäß Gewinn- und Verlustrechnung sinken seit Ende der sechziger Jahre tendenziell. Seit 1988 werden sogar durchwegs Gewinne geschrieben. Die „buchhalterischen“ Erfolge der ÖBB sind durch laufende Änderungen der Verbuchung von Bundesbeiträgen zu erklären:

- Bis einschließlich 1968 wurden die gesamten Pensionszahlungen als Aufwand verbucht, es gab keine Abgeltungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen.
- Ab 1969 übernahm der Bund gemäß Bundesbahngesetz 1969 (BGBl. 137/1969) die teilweise Abdeckung des Aufwands für Ruhe- und Versorgungsbezüge.
- Seit 1970 gilt er Sozial- und Subventionstarife ab. Dementsprechend hat sich der rechnerische Reinverlust verringert.
- Seit 1974 wird nur noch der von den ÖBB zu tragende Pensionsaufwand (gemäß § 17 Bundesbahngesetz) in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam ausgewiesen.

- Die Höhe der bisher pauschalierten Abgeltungen der Sozial- und Subventionstarife wird seit 1974 (gemäß § 18b Bundesbahngesetz) auf einer leistungsbezogenen Basis ermittelt
- Seit 1984 werden Abgeltungen von Straßenverkehrsbeiträgen (gemäß § 8 Straßenverkehrsbeitragsgesetz, BGBl. 302/1978),
- seit 1985 weitere Abgeltungen für Nebenbahnen, Nahverkehr und Schienenverkehrsweg (gemäß § 18c Bundesbahngesetz) auf der Ertragsseite verbucht
- 1993 veröffentlichten die ÖBB keinen Rechnungsabschluss. Der Wert in Abbildung 1 entspricht dem Durchschnitt der Werte für 1992 und 1994.
- In der Gewinn- und Verlustrechnung der neuen Kapitalgesellschaft ÖBB werden Erträge aus gemeinwirtschaftlichen Leistungen und Beiträge des Bundes für die Infrastruktur (§ 2 Bundesbahngesetz 1992, BGBl. 825/1992) verbucht. Die ÖBB leisten ein Benützungsentgelt für die Infrastruktur. Der Pensionsaufwand wird vom Bund getragen, die ÖBB haben gemäß § 21 Abs. 3 Bundesbahngesetz einen Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwands zu leisten.

Die Abgeltungen werden politisch ausgehandelt. Die Erfolgsdaten der Rechnungsabschlüsse sagen daher wenig über die eigentliche wirtschaftliche Lage der ÖBB aus. Um die Entwicklung der finanziellen Ergebnisse ungebrochen wiedergeben zu können, wurde die Gewinn- und Verlustrechnung in ihrer Systematik von vor 1969 bis zur Gegenwart fortgeschrieben. Umschichtungen von Abgeltungen für Schülerfreifahrten aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wurden nicht be-

rücksichtigt Aus dem Verlauf der Deckung der Aufwendungen durch Erträge (Abbildung 1) lassen sich einige Anhaltspunkte über die Ursachen der zunehmenden Zahlungen des Bundes an die ÖBB ableiten. Die daraus errechnete Aufwandsdeckung wurde der Aufwandsdeckung gemäß „offizieller“ Gewinn- und Verlustrechnung gegenübergestellt.

*In den sechziger Jahren geriet die Bahn unter den Druck der Konkurrenz der Straße. Die neu eingerichteten Schnellbahnlinien haben aufgrund der stark genutzten Tarifermäßigungen für Streckenkarten einen geringen Kostendeckungsgrad.*

Von 1957 bis 1961 verbesserte sich die Ertragslage der Bahn. 1961 wurde das günstigste finanzielle Ergebnis erreicht: Über 80% der Aufwendungen waren durch Betriebserträge gedeckt. Der Verlust betrug 1,9 Mrd. S. In den folgenden Jahren verschlechterte sich die Ertragslage, 1968 konnten die ÖBB nur knapp 66% der Aufwendungen selbst decken. In dieser Periode stand die Bahn unter dem Druck der Konkurrenz der Straße. Lukrative Transporte wanderten zur Straße ab, obwohl die Bahn ihre Tarife kaum erhöhte. Auch der Betrieb der Schnellbahnen brachte für die ÖBB zusätzliche finanzielle Belastungen. 1969 und 1970 stieg aufgrund der guten Konjunkturlage die Verkehrsleistung im Personen- und Güterverkehr bei geringen Aufwandserhöhungen beträchtlich; der Deckungsgrad erreichte 71%. Gemäß „offizieller“ Rechnung steigerte sich der Deckungsgrad durch erhöhte Pensionsentlastungen und Subventionen für Sozialtarife auf 85%.

In den nächsten sieben Jahren blieben die Erträge immer weiter hinter den Aufwendungen zurück. Am stärksten verringerte sich der Deckungsgrad 1975. Die gesamtwirtschaftliche Rezession senkte die Transportnachfrage, gleichzeitig wurde der Personalstand der ÖBB erhöht. Die Gütertarifeinnahmen sanken um 10%, die Lohnkosten stiegen um 12%. 1977 konnten nur noch 55% der Aufwendungen durch Betriebserträge gedeckt werden. Bis 1981 stabilisierte sich die finanzielle Lage der ÖBB etwas, 1982 nahm der Abgang wieder zu. 1985 fiel die Aufwanddeckung erstmals unter die 50%-Marke, 1987 betrug sie 48,3%. 1988 und 1989 konnten die ÖBB durch Personaleinsparungen und verbesserte Tarifeinnahmen günstigere Ergebnisse erzielen: 1989 wurden 50,5% der Aufwendungen durch betriebliche Erträge gedeckt.

Vermehrte Abgeltungen von gemeinwirtschaftlichen Leistungen brachten die Bahn gemäß „offizieller“ Gewinn- und Verlustrechnung in die Gewinnzone. In den folgenden Jahren verschlechterte sich die Situation wieder. Im Zuge der Angebotsausweitungen (Austrotakt) wurden Personalstand und Materialeinsatz erhöht. Die ÖBB

mußten sich stärker verschulden, der Zinsaufwand nahm zu. Die Tarifeinnahmen blieben hinter den Aufwandsteigerungen zurück. Das Ergebnis 1991 lag mit einer Aufwanddeckung von 48,4% wieder auf dem Niveau von 1987. 1994 und 1995 waren die Aufwendungen zu weniger als 39% durch Betriebserträge gedeckt.

Die Verschlechterung der finanziellen Situation der Bahn hat externe und interne Ursachen. Der Wettbewerb durch Straße und Luftfahrt verstärkte sich in den letzten 40 Jahren ständig. Der Markt setzte den Bahntarifen im Freizeit- und Urlaubsverkehr sowie im Güterverkehr Grenzen. Die Tarife im Berufsverkehr standen zum Teil unter politischem Druck. Aus verkehrs- und regionalpolitischen Überlegungen hatten die ÖBB die wenig ertragreichen Schnellbahnen auszubauen und defizitäre Nebenbahnen weiterzuführen. In einem Unternehmen mit rückläufiger Beschäftigung bilden die Pensionen eine zunehmende Belastung: 1970 erreichte der Pensionsaufwand 65% des Aktivaufwandes, 1980 77%, 1990 84% und 1995 bereits 94%. Die internen Ursachen der wirtschaftlichen Schwäche der ÖBB werden im folgenden mit einem Vergleich der Bahnverwaltungen herausgearbeitet.

## RECHT UNTERSCHIEDLICHE STRUKTUR – GERINGE VERKEHRSDICHTE AUF ÖBB-NETZ

Gesamtwirtschaftliche, siedlungs-, wirtschafts- und verkehrsgeographische sowie verkehrspolitische Rahmenbedingungen beeinflussen wesentlich die Aufwendungen und Erträge der Eisenbahnen.

Österreich und die Schweiz haben als gebirgige Binnenländer ähnliche verkehrsgeographische Voraussetzungen. Die Produktionsstruktur der Industrie ist in Österreich und Deutschland „bahnaffiner“ als in der Schweiz, wo es kaum eine Grundstoffindustrie gibt. Der Güterverkehr der Schweizer Bahn profitiert von verkehrspolitischen Maßnahmen, wie dem Gesamtgewichtslimit für Lkw von 28 t und dem Nachtfahrverbot für Lkw.

Je kleiner und außenhandelsorientierter eine Volkswirtschaft ist, desto stärker hängt der Erfolg der Bahn von der Leistungsfähigkeit ihrer internationalen Anschlüsse ab. Im Personenverkehr spielt der internationale Verkehr nur eine untergeordnete Rolle. Im Güterverkehr betrug 1995 der Anteil des grenzüberschreitenden Verkehrs der DB 58%, der ÖBB 77% und der SBB 81%. Die ÖBB sind nicht nur von Problemen der italienischen, sondern auch der südosteuropäischen Bahnen unmittelbar betroffen.

Eine hohe Verkehrsdichte bewirkt eine entsprechende Fixkostendegression in der Bahninfrastruktur. Die SBB sind durch die Konzentration ihres Betriebs auf das

Übersicht 1: Beschäftigte, Netzlänge und Verkehrsleistungen von ÖBB, DB-AG und SBB

1995

		ÖBB	DB-AG	ÖBB = 100	SBB	ÖBB = 100
Beschäftigte	Jahresdurchschnitt	61 754 <sup>1)</sup>	294 911 <sup>1)</sup>	478	32 341 <sup>1)</sup>	52
Netzlänge	km	5.672 <sup>2)</sup>	41 700 <sup>2)</sup>	735	2 987 <sup>2)</sup>	53
Verkehrsleistungen	Mill. ekm	24 587	130 033	529	19 878	81
Personenverkehr	Mill. pkm	10 832 <sup>3)</sup>	60 515	557	11 721 <sup>3)</sup>	108
Güterverkehr	Mill. tkm	13 755 <sup>3)</sup>	69 492	505	8 157	59
Netzlänge je Beschäftigten	m	97 <sup>4)</sup>	141	145	92	95
Verkehrsdichte	Mill. ekm je km Netz	4.1 <sup>11)</sup>	3.2	78	6.7	163
Verkehrsleistungen je Beschäftigten	1.000 ekm	398	441	111	615	155

Q: Geschäftsberichte 1995 von DB, ÖBB und SBB; Bundesverkehrsministerium Bonn, Verkehr in Zahlen, Bonn, 1996; eigene Berechnungen. – <sup>1)</sup> Ohne Lehrlinge. – <sup>2)</sup> Einschließlich zugewiesener Beamter, ohne Auszubildende. – <sup>3)</sup> Ohne Personal in Ausbildung – <sup>4)</sup> Betriebslänge. – <sup>5)</sup> Vorläufige Betriebslänge. – <sup>6)</sup> Betriebene Linien. – <sup>7)</sup> Einschließlich Kraftwagen- und Schiffsbetrieb. – <sup>8)</sup> Einschließlich Schiffsbetrieb Bodensee. – <sup>9)</sup> Schienenbetrieb ohne Post- und Dienstgutverkehr, einschließlich Kraftwagenbetrieb (angenommene durchschnittliche Transportentfernung 30 km) – <sup>10)</sup> Netzlänge bezogen auf Beschäftigte im Schienenbetrieb (angenommener Beschäftigungsanteil gemäß Verkehrsleistungsanteil 95%) – <sup>11)</sup> Bezogen auf Schienenverkehrsleistungen.

Schweizer Hauptnetz begünstigt. Die weniger frequentierten Regionalbahnen (40% des Schweizer Bahnnetzes) werden von anderen Gesellschaften betrieben. Diese Bahnen zeichnen sich aber größtenteils durch eine sehr wirtschaftliche Betriebsführung aus. So war die

*Die Verkehrsdichte war 1995 auf dem SBB-Netz um mehr als 60% höher als auf dem ÖBB-Netz. Im Güterverkehr sind die ÖBB besonders von der Leistungsfähigkeit der italienischen und südosteuropäischen Anschlußbahnen abhängig.*

Deckung des Aufwands durch Betriebserträge z. B. in der Rhätischen Bahn in den letzten Jahren höher als in den SBB. Die Verkehrsdichte, gemessen in Mill. ekm (Einheitskilometern) als Summe aus Personen- (pkm) und Tonnenkilometern (tkm), war 1995 auf dem SBB-Netz um mehr als 60% höher als auf dem ÖBB-Netz (Übersicht 1).

Der Personennahverkehr wird generell aus sozial- und umweltpolitischen Überlegungen staatlich stark subventioniert. Dementsprechend hängt die Höhe der durchschnittlichen staatlichen Zahlungen je ekm auch von der Relation von Personen- zu Güterverkehrsleistungen in den Bahnunternehmen ab. Der Personenverkehrsanteil betrug 1995 59% in den SBB, 47% in der DB und 44% in den ÖBB.

**PERSONALAUFWAND ENTSCHEIDEND**

Die Daten über Aufwendungen, Erträge und staatliche Zahlungen wurden den Jahresabschlüssen der drei Bahnunternehmen entnommen (DB und ÖBB Gewinn- und Verlustrechnung, SBB Unternehmungserfolgsrechnung). Beim Vergleich der Ergebnisse der Rechnungsabschlüsse sind einige Faktoren zu berücksichtigen:

- Die Höhe des Zinsaufwands wird in erster Linie davon bestimmt, ob der Eigentümer Staat den Kapitalbedarf seiner Bahn laufend deckt oder ob sich die Bahn verschulden muß (um dann fallweise wieder vom Staat

entschuldet zu werden). Im Vergleich wurden Zinsaufwendungen und -erträge nicht eingerechnet.

- Die Anteile der Abschreibungen am Gesamtaufwand (Übersicht 2) sind recht unterschiedlich. Die DB hat ihr Anlagenkapital stark abgewertet und dadurch die Abschreibungen entsprechend verringert. Der Anteil der Abschreibungen am Gesamtaufwand betrug 1995 nur 5,2%; in den Aufwandsrechnungen von ÖBB und SBB war der Anteil rund dreimal so hoch, obschon diese Bahnen in den letzten 30 Jahren kaum stärker investiert haben als die DB.
- Auffallend sind auch die Differenzen zwischen den Anteilen des Sozialaufwands am Personalaufwand (1995 DB 15%, ÖBB 20%, SBB 25%). Die SBB deckten die Pensionszahlungen an ihre Pensionsparteien vollständig durch Beiträge an die Pensions- und Hilfskasse der Eisenbahner und an die Allgemeine Alters- und Hinterbliebenenvorsorge (AHV) ab. Die Rechnungsabschlüsse der AHV wiesen in den letzten Jahren beachtliche Überschüsse aus (Gaillard, 1996). Während also die SBB-Pensionen staatlich nicht bezuschußt werden, zahlt der Staat die Pensionen der Eisenbahner in Deutschland und Österreich in hohem Maße aus allgemeinen Steuermitteln. In Österreich schob der Bund den ÖBB-Pensionen 1995 netto 15,7 Mrd. S zu. Die Pensionen der ehemaligen Bundesbahnbeamten in Deutschland trägt der Staat indirekt über das Bundeseisenbahnvermögen.

*Der Personalaufwand war 1995 in allen drei Eisenbahnunternehmen die weitaus größte Aufwandsposition. Trotz der relativ niedrigen Entlohnung und des geringen Sozialaufwands erreichte der Anteil in den ÖBB mit fast 63% den höchsten Wert.*

- Erhebliche Unterschiede zwischen den Bahngesellschaften bestehen in der Entlohnung. Die Schweizer Eisenbahner verdienten 1995 um 90%, die deutschen um 11% mehr als die österreichischen (Übersicht 3).

## Übersicht 2: Verkehrsaufwand von ÖBB, DB-AG und SBB

1995

	ÖBB		DB-AG		SBB	
	Mill S	Anteile in %	Mill S	Anteile in %	Mill S	Anteile in %
Personalaufwand	28 224	62,8	140 088 <sup>1)</sup>	56,8	29 688	59,1
Lohnaufwand	22 484 <sup>2)</sup>	50,0	119 307	48,4	22 399 <sup>3)</sup>	44,6
Sozialaufwand	5 741	12,8	20 781	8,4	7 288	14,5
Sachaufwand	8 745 <sup>4)</sup>	19,5	93 826 <sup>5)</sup>	38,0	13 338 <sup>6)</sup>	26,5
Abschreibungen	7 950	17,7	12 916	5,2	7 218	14,4
Aufwand insgesamt	44 919	100,0	246 830	100,0	50 244	100,0
Minus aktivierte Eigenleistungen	- 5 670 <sup>7)</sup>		- 27 240		- 3 377 <sup>8)</sup>	
Minus sonstige Erträge	- 3 588 <sup>9)</sup>		- 20 373 <sup>10)</sup>		- 5 248 <sup>11)</sup>	
Verkehrsaufwand	35 661	79,4	199 217	80,7	41 619	82,8

Q: Geschäftsberichte 1995 von DB, ÖBB und SBB. Umrechnungskurse: 1 DM = 7,035 S, 1 sfr = 8,530 S. - <sup>1)</sup> Einschließlich erstatteter Personalkosten. - <sup>2)</sup> Einschließlich Mehraufwandsentschädigung. - <sup>3)</sup> Einschließlich Zulagen und Vergütungen. - <sup>4)</sup> Materialaufwand und Aufwendungen für bezogene Leistungen, übrige sonstige betriebliche Aufwendungen ohne Mehraufwandsentschädigungen und ohne Ausbuchung von Anlagenrestwerten abzüglich der Rückgewinne. - <sup>5)</sup> Materialaufwand ohne Zuwendungen des Bundes, Mieten und Pachten, übrige betriebliche Aufwendungen ohne sonstige Steuern. - <sup>6)</sup> Sachaufwand und nicht aktivierbare Investitionsaufwendungen. - <sup>7)</sup> Im Anlagevermögen berücksichtigte Eigenleistungen und ertragswirksame Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen und Auflösung passivierter Kostenbeiträge. - <sup>8)</sup> Eigenleistungen und Leistungen für Lageraufträge. - <sup>9)</sup> Übrige Umsatzerlöse und übrige sonstige betriebliche Erlöse. - <sup>10)</sup> Umsatzerlöse aus übrigen Tätigkeitsbereichen, Leistungen für Dritte und Materialverkäufe, Mieten und Pachten, übrige betriebliche Erträge. - <sup>11)</sup> Betriebs- und Infrastrukturlieferungen für Dritte, Mieterträge, Liegenschaften, Nebenerträge ohne Geldwechsel und Verschiedenes

Abgesehen von Unterschieden zwischen Lohnniveau und Lebenshaltungskosten müßten in den Lohnvergleich auch Arbeitszeiten und Sozialleistungen einbezogen werden. Die Zahl der jährlichen Arbeitsstunden je Beschäftigten war in den ÖBB um rund 7½%, in den SBB um 9% höher als in der DB (Preston et al., 1994). Gravierende Unterschiede bestehen zwischen den Pensionsregelungen. Die männlichen ÖBB-Bediensteten erlangten in der Regel bereits im Alter von 53 Jahren das Anrecht auf den vollen Pensionsbezug von 83% des Endgehalts. Die ÖBB-Personalvertretung konnte die günstige Ruhestandsregelung auch für Neueintretende in Form eines Arbeitszeitansparmodells ins neue Dienstrecht einbringen. Die SBB-Bediensteten erhalten hingegen erst mit 65 Jahren eine Pension, die nur 60% des Endbezugs ausmacht. Im Sinne von Erwartungen über Lebensverdienste werden bei günstigeren Pensionsregelungen niedrigere Gehälter akzeptiert. So betrachtet, wäre die Entlohnung der ÖBB-Beschäftigten entsprechend aufzuwerten. Der Personalaufwand war 1995 in allen drei Eisenbahnunternehmen die weitaus größte Aufwandsposition. Trotz der relativ niedrigen Entlohnung und des geringen Sozialaufwands erreichte der Anteil in den ÖBB mit fast 63% den höchsten Wert. Die niedrige Produktivität der ÖBB-Beschäftigten erklärt den relativ hohen Arbeitskostenanteil. Die Produktivität war, gemessen an den Verkehrsleistungen, um 10% geringer als in der DB und um 35% geringer als in den SBB (Übersicht 1).

- Die DB forciert seit einigen Jahren die Auslagerung von Arbeitsleistungen. Dadurch ergab sich, gemessen an den Verkehrsleistungen, eine zusätzliche Produktivitätsverbesserung der Beschäftigten; der Sachaufwand stieg entsprechend den vermehrten Zukäufen von Leistungen. Sein Anteil am Gesamtaufwand der DB betrug 1995 38% (ÖBB 20%). Auch die Energiekosten bilden eine recht unterschiedliche Position im Sachaufwand. Hier ist u. a. entscheidend, ob Strom

aus großteils bereits abgedeckten, bahneigenen Wasserkraftwerken oder aus kalorischen Kraftwerken bezogen bzw. überhaupt zugekauft wird.

- Neben den Aufwendungen für die eigentlichen Verkehrsleistungen fallen auch Aufwendungen für sonstige wirtschaftliche Aktivitäten der Bahn an. Die Aufwendungen für die Verkehrsleistungen werden im vorliegenden Fall als Differenz zwischen Gesamtaufwendungen und Erträgen für sonstige Aktivitäten ermittelt. Dabei wird unterstellt, daß die Aufwendungen für diese Aktivitäten den Erträgen entsprechen, also kostenneutral sind. Dazu zählen die aktivierten Eigenleistungen und sonstige Erträge (sonstige Umsatzerlöse, Mieten, Pachten, Materialverkäufe usw.). Die aktivierten Eigenleistungen der ÖBB waren 1995, gemessen an den Verkehrserträgen, mehr als doppelt so hoch wie jene der SBB (Übersicht 2). Der Verkehrsaufwand lag 1995 bei ungefähr 80% des Gesamtaufwands der Bahngesellschaften.

## STAATLICHE ZAHLUNGEN WICHTIGSTE ERTRAGSPOSITION FÜR BAHNUNTERNEHMEN

Übersicht 4 zeigt die Tariferträge aus Verkehrsleistungen und die staatlichen Transferzahlungen an die Bahnen. Die Verkehrserträge von DB und SBB stammen

### Übersicht 3: Aufwendungen und Erträge je Beschäftigten 1995

	ÖBB	DB-AG		SBB	
	In S	In S	ÖBB = 100	In S	ÖBB = 100
Lohnaufwand	364 089	404 555	111	692 603	190
Sozialaufwand	92 960	70 463	76	225 359	242
Personalaufwand	457 050	475 017	104	917 962	201
Verkehrserträge	285 586	383 084	134	688 466	241
Gesamterträge <sup>1)</sup>	435 516	544 530	125	955 156	219

Q: Eigene Berechnungen. Umrechnungskurse: 1 DM = 7,035 S, 1 sfr = 8,530 S. - <sup>1)</sup> Verkehrserträge, aktivierte Eigenleistungen, sonstige Erträge.

Übersicht 4: Verkehrserträge und staatliche Zahlungen

1995

	ÖBB		DB-AG		SBB	
	Mill. S	Anteile in %	Mill. S	Anteile in %	Mill. S	Anteile in %
Verkehrserträge	17.637	100,0	112.975	100,0	22.266	100,0
Personenverkehr	7.373 <sup>1)</sup>	41,8	59.572 <sup>2)</sup>	52,7	13.458	60,4
Güterverkehr	10.264	58,2	53.403	47,3	8.808	39,6
Staatliche Zahlungen	20.085	100,0	91.554	100,0	19.339	100,0
Abgeltung Personenverkehr	5.931 <sup>3)</sup>	29,5	51.356 <sup>4)</sup>	56,1	6.036 <sup>5)</sup>	31,2
Abgeltung Güterverkehr	2.089 <sup>6)</sup>	10,4	—	—	936 <sup>7)</sup>	4,8
Beitrag Personalkosten	—	—	23.947 <sup>8)</sup>	26,2	—	—
Beitrag Materialaufwand	—	—	16.251 <sup>9)</sup>	17,7	—	—
Beitrag Infrastruktur	12.065 <sup>10)</sup>	60,1	—	—	12.367 <sup>11)</sup>	64,0

Q: Geschäftsberichte 1995 von DB, ÖBB und SBB. Umrechnungskurse: 1 DM = 7,035 S, 1 sfr = 8,530 S. — <sup>1)</sup> Personen- und Gepäckverkehr. — <sup>2)</sup> Ohne Bundesleistungen und Bestellungen der Länder. — <sup>3)</sup> Beiträge für gemeinwirtschaftliche Leistungen, Bund und Burgenland. — <sup>4)</sup> Bundesleistungen und Bestellungen der Länder. — <sup>5)</sup> Gemeinwirtschaftliche Leistungen für den Bund. — <sup>6)</sup> Huk-kepackverkehr. — <sup>7)</sup> Ausgleichsleistungen des Bundes aufgrund des technisch-betrieblichen Rückstands im Bereich der früheren Deutschen Reichsbahn für erhöhten Personalaufwand. — <sup>8)</sup> Ausgleichsleistungen des Bundes für erhöhten Materialaufwand. — <sup>9)</sup> Beitrag des Bundes für den Jahresfehlbetrag „Infrastruktur“. — <sup>10)</sup> Leistungen für Infrastrukturverfolgsrechnung.

überwiegend aus dem Personenverkehr, für die ÖBB ist der Güterverkehr die größere Einnahmenquelle.

Die staatlichen Zahlungen an die Bahnen erfolgen unter den verschiedensten Titeln. Sie werden in den Jahresabschlüssen ausgewiesen als:

- Abgeltungen für gemeinwirtschaftliche Verkehrsleistungen (ÖPNV, Nebenbahnen usw.),
- Zahlungen für übernommene Infrastrukturleistungen und im Falle der DB als
- Ausgleich für die spezielle Belastung durch die Verschmelzung der DB mit der Reichsbahn.

Die Höhe der Zahlungen wird zumeist zwischen Regierung und Bahnunternehmen jährlich im voraus ausge-

handelt. Sind die Zahlungen geringer als der kassenmäßige Abgang, so muß sich die Bahn verschulden. Die Schulden wird letztlich der Staat begleichen

Die Summe aus Verkehrserträgen und staatlichen Zahlungen entspricht nicht unbedingt dem Verkehrsaufwand. Die Differenzen zwischen den vorliegenden Rechnungen für DB und ÖBB erklären sich durch die im Aufwand nicht berücksichtigten Salden aus Erträgen und Verlusten aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens, Auflösungen von Rückstellungen und Wertberichtigungen sowie Steuern, Jahresüberschüssen und durch die speziell für die ÖBB sehr hohen Zinsaufwendungen (1995 2.849 Mill. S). In der SBB-Rechnung stimmt die Summe aus Verkehrserträgen und staatlichen Zahlungen mit dem Verkehrsaufwand überein.

1995 konnten die DB ihren Verkehrsaufwand zu 57%, die SBB zu 54% und die ÖBB zu 50% durch Verkehrserträge decken (Übersicht 5). Für einen objektiven Vergleich ist, aus den bereits diskutierten Gründen, das Ausmaß der Deckung des Verkehrsaufwands ohne Sozialaufwand und Abschreibungen die geeignetere Kennzahl. Der Deckungsgrad für diesen Aufwand erreichte für die SBB 75%, für die ÖBB 71% und für die DB 66%.

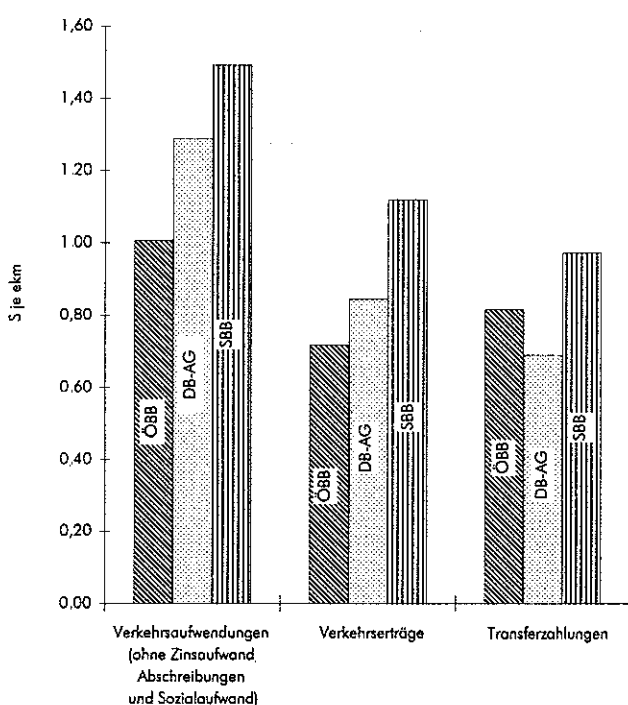
**ÖBB PRODUZIEREN KOSTENGÜNSTIG, SBB ERZIELEN HÖCHSTE ERTRÄGE**

Eingangs wurde gefragt, wieviel die Verkehrsleistungen der Bahnen kosten und welche Beiträge Benutzer und Staat leisten. Auf der Basis der vereinheitlichten Aufwands-Ertragsrechnung läßt sich diese Frage beantworten:

- Der Verkehrsaufwand (ohne Sozialaufwand und Abschreibungen) für einen Einheitskilometer betrug 1995 in den ÖBB 1,01 S, in der DB 1,27 S und in den SBB 1,49 S (Übersicht 6)
- Die Bahnbenutzer zahlten in Österreich je Personenkilometer nur 0,68 S gegenüber 0,98 S in Deutsch-

Abbildung 2: Verkehrsaufwendungen und -erträge sowie staatliche Transferzahlungen je Einheitskilometer

1995



Übersicht 5: Deckung des Verkehrsaufwands durch Verkehrserträge

1995

	ÖBB	DB-AG Deckung in %	SBB
Verkehrsaufwand	49,5	56,7	53,5
Ohne Abschreibungen und Sozialaufwand <sup>1)</sup>	71,4	65,7	75,2

Q: Eigene Berechnungen – <sup>1)</sup> Sozialaufwand und Abschreibungen verringert um einen fiktiven Aufwandsanteil für aktivierte Eigenleistungen und sonstige Erträge (ÖBB 20,6%, DB-AG 19,3%, SBB 17,2%)

land und 1,15 S in der Schweiz. Im Güterverkehr nahmen die ÖBB je Tonnenkilometer unwesentlich weniger ein als die DB, aber um ein Drittel weniger als die SBB. Insgesamt waren die Verkehrserträge je Einheitskilometer in den ÖBB mit 0,72 S um 17% niedriger als in der DB und um 36% niedriger als in der SBB.

Die Bahnbenutzer zahlten in Österreich je Einheitskilometer 0,72 S, in Deutschland 0,87 S und in der Schweiz 1,12 S. Dagegen erreichte der Verkehrsaufwand je Einheitskilometer in den ÖBB 1,45 S, in der DB 1,53 S und in den SBB 2,10 S.

- Die staatlichen Zahlungen für den laufenden Bahnbetrieb je ekm betragen 1995 für die DB 0,70 S, für die ÖBB 0,82 S und für die SBB 0,97 S. Je Einheitskilometer schoß also der Staat 1995 in der Schweiz um 19% mehr und in Deutschland um 18% weniger zu als in Österreich. Die Höhe der Zahlung für die SBB ist auch im Hinblick auf den hohen Personenverkehrsanteil zu beurteilen.

### ANSÄTZE FÜR EINE WIRTSCHAFTLICHE „REVITALISIERUNG“ DER BAHN

Die Vergleiche machen einige Schwachstellen und Stärken der Bahnunternehmen deutlich. Diese sollten bei der Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der finanziellen Situation der Bahnen beachtet werden.

Die SBB verzeichneten unter den drei untersuchten Bahnen die höchste Arbeitsproduktivität. Mit der Reduktion des Nebenbahnennetzes würden sich für die beiden anderen Bahnen Produktivitätssteigerungen ergeben, vorausgesetzt daß sie dabei ihren Personalstand entsprechend anpassen und nicht wesentlich an Transportaufkommen verlieren.

Die DB hat im Bereich der ehemaligen DDR-Reichsbahn große Probleme zu lösen. Die Arbeitsproduktivität der Reichsbahn war niedrig, nicht nur weil zu viele schwach frequentierte Strecken betrieben wurden, sondern weil der Betrieb generell erst wenig automatisiert und Bahn-

Übersicht 6: Erträge, Aufwendungen und staatliche Zahlungen, bezogen auf Verkehrsleistungen

1995

		ÖBB In S	DB-AG In S	ÖBB = 100	SBB In S	ÖBB = 100
Verkehrserträge	je ekm	0,72	0,87	121	1,12	156
Personenverkehr	je pkm	0,68	0,98	144	1,15	168
Güterverkehr	je tkm	0,75	0,77	103	1,08	144
Verkehrsaufwand	je ekm	1,45	1,53	106	2,10	145
Ohne Abschreibungen und Sozialaufwand <sup>1)</sup>	je ekm	1,01	1,27	126	1,49	148
Lohn- und Sachaufwand	je ekm	1,27	1,64	129	1,79	142
Lohnaufwand	je ekm	0,91	0,92	101	1,13	124
Sachaufwand	je ekm	0,36	0,72	200	0,67	186
Abschreibungen	je ekm	0,32	0,10	31	0,37	113
Staatliche Zahlungen	je ekm	0,82	0,70	86	0,97	119

Q: Eigene Berechnungen – <sup>1)</sup> Sozialaufwand und Abschreibungen verringert um einen fiktiven Aufwandsanteil für aktivierte Eigenleistungen und sonstige Erträge (ÖBB 20,6%, DB-AG 19,3%, SBB 17,2%)

höfe, Baudienste und Werkstätten zu reichlich mit Personal ausgestattet waren. Der Bund leistet bis zum Jahr 2002 abnehmende Beiträge an die DB zum Ausgleich für den erhöhten Aufwand für Personalkosten (und Materialkosten) infolge des technisch-betrieblichen Rückstands im Bereich der ehemaligen Reichsbahn. Bis zu diesem Jahr sollten also die Produktivitätsrückstände abgebaut werden.

Die Rationalisierungsreserven der ÖBB liegen zum Teil in Automatisierungen und vor allem in der Auslagerung von Arbeiten des Bahnhofs-, Werkstätten- und Baudienstes. Aufgrund des Dienstrechtes können die Reserven nur im Wege des Nichtersatzes natürlicher Abgänge von Beschäftigten ausgeschöpft werden. Rationalisierungsinvestitionen und Auslagerungen wurden vielfach nicht durchgeführt, weil sie, bedingt durch das relativ niedrige Lohnniveau der ÖBB-Mitarbeiter, für das Unternehmen nicht rentabel erschienen. Für den Eigentümer Bund wären aber Kalkulationen interessant gewesen, die auch die „besonderen“ Pensionskosten der Eisenbahner berücksichtigen, da er auch dafür aufzukommen hat.

Die Produktivitätsreserven der ÖBB liegen in Automatisierungen und vor allem in der Auslagerung von Arbeiten des Bahnhofs-, Werkstätten- und Baudienstes. Auf der Ertragsseite wären insbesondere die Tarifermäßigungen im Personennahverkehr zu diskutieren.

Die SBB können ihre Verkehrsleistungen zu den höchsten Tarifen verkaufen. Im Güterverkehr werden DB und ÖBB das Schweizer Tarifniveau angesichts der Struktur der Transportnachfrage und der stärkeren Konkurrenz durch Lkw und Binnenschifffahrt kaum erreichen. Die Möglichkeiten zur Verbesserung der Tarife im Personenverkehr sollten aber geprüft werden. Zu diskutieren

wäre insbesondere das Ausmaß der *Tarifermäßigungen im Personennahverkehr*. Die ÖBB gewähren für Streckenkarten im Personennahverkehr Tarifermäßigungen von rund 80%. Monatsstreckenkarten in der Tarifstaffel 21 bis 25 km kosteten Ende 1995 in Deutschland um 140%, in der Schweiz um 180% mehr als in Österreich

Zweck der billigen Streckenkarte (früher „Arbeiterwochenkarte“) war es ursprünglich, sozial Schwache zu entlasten und ihre berufliche Mobilität zu fördern. Wie Verteilungsanalysen für Österreich (Puwein, 1987) und Deutschland (Brunnbauer, 1981) zeigen, profitieren von Fahrpreisermäßigungen nunmehr vor allem mittlere Einkommenschichten. Niedrigtarife erhöhen zudem die Attraktivität von Standorten in Ballungsgebieten. Das erschwert die regionalpolitisch erwünschte Verlagerung von Arbeitsstätten in wirtschaftsschwache Regionen. Derzeit stehen für die Tarifgestaltung umweltpolitische Ziele im Vordergrund. Niedrige Fahrpreise sollen Individualverkehr auf die Bahn bringen und damit die Umwelt entlasten. Dazu müssen freilich auch die erforderlichen Bahnverbindungen mit entsprechendem Benutzerkomfort angeboten werden. Wie sich in der Schweiz zeigt, ist die Angebotskomponente wichtiger als die Preiskomponente: Trotz der hohen Bahntarife war die Zahl der Bahnfahrten je Einwohner in der Schweiz um 70% höher als in Österreich.

Die Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen der Bahn reagiert auf Fahrpreisänderungen insgesamt unelastisch. Zum Teil ist dies auf das niedrige Niveau des Streckenkartenpreises zurückzuführen. Besonders in Ballungszentren, wo die Konkurrenz des Individualverkehrs durch Verkehrsraumengpässe (Stauungen, Park-

raumnot) begrenzt wird, besteht eine sehr preisunelastische Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsleistungen, wie sie auch die Bahn anbietet. Der Nahverkehr im ländlichen Raum ist aufgrund der Verkehrsalternativen (Pkw, Zweiräder, zum Teil Busse) viel preiselastischer. Im Intercity-Verkehr steht die Bahn mit dem Individualverkehr und zum Teil mit dem Flugzeug im Wettbewerb. Die Bahnunternehmen nutzen die recht unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen und Nachfrageelastizitäten zur Einnahmenoptimierung nur wenig.

Die *staatlichen Zahlungen* richteten sich in der Vergangenheit weitgehend nach dem Finanzbedarf der Bahnen. Dem Bahnmanagement wurde so der „Druck der roten Zahlen“ weitgehend genommen. Durch entsprechende Darstellung im Rechnungswesen gelang es sogar, Gewinne auszuweisen. Eine Rechnung, die zeigt, wie sich die eigentlichen Kosten der Verkehrsleistungen und ihre Deckung durch Tariferträge und Transferzahlungen des Staates entwickeln, wäre für die Beurteilung der Fähigkeiten des Managements zur „Revitalisierung“ der Bahn aussagekräftiger.

## ZUSAMMENFASSUNG

Die Markterträge der ÖBB bleiben immer weiter hinter den Aufwendungen zurück. Der Bund mußte seine Transferzahlungen laufend erhöhen. Auch für andere Bahnen sind die staatlichen Zahlungen eine wichtige Ertragsposition. Auf der Basis der Rechnungsabschlüsse 1995 wurde versucht, vergleichbare Kennzahlen über die Aufwands- und Ertragsstrukturen der DB-AG, der ÖBB und der SBB zu ermitteln. Konkret wurde errechnet, zu welchen Kosten eine Leistungseinheit (Einheitski-

### *The Production Costs of Railway Services*

#### *A Comparison of Performance between the German, Swiss, and Austrian Railway Companies – Summary*

Market revenues of the Austrian Federal Railways (ÖBB) have increasingly lagged behind expenditure, necessitating ever higher subsidies from the Federal government. Other railway companies too, rely heavily on public transfers. On the basis of the 1995 financial accounts the article develops a set of comparative indicators of cost and revenue patterns for the German Railways Ltd. (DB-AG), the Swiss Federal Railways (SBB), and the ÖBB. A major focus of analysis is, at what cost one unit of output (unit kilometer) was being produced, and to what extent such cost was covered by contributions from users (customers) on the one hand, and by the government on the other. Excluding interest payments, social outlays and depreciation, items for which a base for comparison is difficult to establish, costs per unit-km were calculated at 1.01 ATS for ÖBB, 1.27 ATS for DB-AG, and

1.49 ATS for SBB. These costs were covered by revenues from customers at a ratio of 68 percent at DB-AG, 72 percent at ÖBB and 75 percent at SBB. Public subsidies (excluding retirement payments) per unit km amounted to 0.70 ATS at DB-AG, 0.82 ATS at ÖBB and 0.97 ATS at SBB in 1995, with pensions only for the SBB not being financed by the government. For the sake of comparison, public transfers including (net) pensions to the ÖBB totaled 1.45 ATS per unit km in 1995. Of the three companies surveyed, SBB exhibited the highest labor productivity and the highest customer fees, with profitability being squeezed by the high wage level. The ÖBB may boost significantly its rather low productivity by outsourcing of activities and rationalization measures. On the revenue side, customer fees notably for daily commuters offer scope for improvement.



lometer) produziert wurde und in welchem Ausmaß Benutzer und Staat die Kosten deckten. Ohne die kaum auf eine vergleichbare Basis zu bringenden Aufwendungen für Zinsen, Soziales und Abschreibungen errechnen sich Kosten je Einheitskilometer von 1,01 S für die ÖBB, 1,27 S für die DB-AG und 1,49 S für die SBB. Diese Kosten konnten die DB-AG zu 68%, die ÖBB zu 72% und die SBB zu 75% aus Tarifeinnahmen abdecken. Die staatlichen Transferzahlungen (ohne Pensionszahlungen) je Einheitskilometer betragen 1995 0,70 S für die DB-AG, 0,82 S für die ÖBB und 0,97 S für die SBB, wobei aber nur die SBB-Pensionen den Staatshaushalt nicht belasten. Die staatlichen Transferzahlungen einschließlich Pensionen (netto) an die ÖBB erreichten 1995 1,45 S je Einheitskilometer. Die SBB weisen die höchste Arbeitsproduktivität und die höchsten Tarife auf; das hohe Lohnniveau drückt ihr wirtschaftliches Ergebnis. Die ÖBB könnten ihre niedrige Produktivität

durch Auslagerungen und Rationalisierungsmaßnahmen noch wesentlich verbessern. Auf der Ertragsseite besteht vor allem in den Tarifen des Personennahverkehrs ein Spielraum.

## LITERATURHINWEISE

- Brunnbauer A., et al, Verteilungseffekte der Verkehrsausgaben in bezug auf ausgewählte Bevölkerungs- und Einkommensgruppen, Leitershofen, 1981
- Gaillard, S., „Finanzierung der Sozialversicherungen“, Die Volkswirtschaft, 1996, (111), S 64-69
- Preston, J. M., et al, „European Railway Comparisons. Final Report“, The University of Leeds, Institute for Transport Studies, Working Paper, 1994, (418)
- Puwein, W., „Verteilungswirkungen des Verkehrswesens“, in Guger, A. (Koordination), Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich, WIFO, Wien, 1987, S 377-407.

uebrigens;

print  
versand  
logistik  
offsetdruck  
abo-service  
digitaldruck  
druckberatung  
personalisieren  
fulfillment-service



**ueberreuter**

Print und Digimedia@

digimedia  
dtp  
satz/repro  
grafik-beratung  
intranet/internet  
datenkonvertierung  
digitale fotografie  
datenbank-management  
cross-media-publishing

uebrigens; wir machen Ihnen gerne ein Angebot 02262/789